Nr. 79 — 14. Jahrgang | Einzelnummer 0.30 Złoty | Katowice, den 19. März 1932

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche).
Bezugspreis: 5 Złoty.

Groener bestätigt Hitlers Angaben

SA.-Zusammenziehung am 13. 3. war angemeldet und gebilligt — Severings Polizei-Aktion ohne Unterrichtung der Reichsregierung

Noch kein Ergebnis der Haussuchungen

Scharfe Kritik demokratischer Blätter an Preußens Vorgehen

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 18. März. Zu der polizeilichen Aktion gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Preußen, deren Ergebnis bisher noch nicht veröffentlicht worden ist, und zu den Beschwerden der Partei hat jetzt auch Reichsinnenminister Dr. Groener Stellung genommen. Er veröffentlicht eine Erklärung, die in wesentlichen Punkten die Aussagen Adolf Hitlers bestätigt, daß die NSDAP. ihn von der beabsichtigten Zusammenziehung der SA.-Formationen am 13. März unterrichtet und daß er diese Maßnahme gebilligt habe.

Weiterhin bezeichnet Groener die Meldungen über angebliche nationalsozialistische Aufmarschpläne als „altbekannte Nachrichten". Wenn er in seiner Erklärung auch nicht förmlich von dem Vorgehen des Preußischen Innenministeriums abrückt, so wird doch die Tatsache sehr stark unterstrichen, daß Severing **ohne Unterrichtung und Billigung der Reichsregierung** gehandelt hat, und diese Tatsache hat bis in demokratische Kreise hinein sehr lebhaftes Mißfallen erregt. Die Erklärung des Reichsinnenministers lautet:

„Es ist zutreffend, daß Herr Röhm einige Tage vor den Wahlen mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, daß er beabsichtige, für den Wahltag die SA. in ihren Unterkunftsräumen geschlossen zusammenzuhalten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen. Gegen diese Maßnahmen bestanden beim Reichsministerium des Innern keine Bedenken besonders auch deshalb, weil dadurch die Verantwortlichkeit der obersten SA.-Leitung für alle etwaigen Vorkommnisse klar festgestellt war. Der ruhige Verlauf des Wahltags hat der Auffassung des Reichsinnenministers rechtgegeben. Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der SA. und Putschabsichten anbetrifft, so handelt es sich dabei um altbekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unverzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet, und jede Nachricht auf ihre Richtigkeit nachgeprüft. Ich habe den Preußischen Minister des Innern gebeten, mir schleunigst das bei den Haussuchungen der letzten Tage gefundene Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine weiteren Beschlüsse fassen."

Sicherlich fühlt sich die Nationalsozialistische Partei durch diese Aeußerung des Reichsinnenministeriums in ihrem Protest bestärkt, und sie hat bereits mitteilen lassen, daß sie **neben der formellen Beschwerde an den Preußischen Innenminister Severing, die bereits abgegangen ist, eine**

Klage beim Staatsgerichtshof

der Deutschen Republik einreichen wird.

Die Abgeordneten der Reichstagsfraktion Goering und Frank II haben am Freitag **dem Reichsinnenminister einen Besuch abgestattet und ihm nochmals eine Legalitätserklärung der gesamten Partei und ihrer Leitung abgegeben.** Sie haben weiterhin eine schriftliche Erklärung angekündigt, die eine solche Legalitätsversicherung enthält und **von sämtlichen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei unterzeichnet ist.** Der Reichsinnenminister hat den auf Befehl der Parteileitung erfolgten Besuch und die Erklärung entgegengenommen, ohne sich zu der Frage des preußischen Vorgehens weiter auszulassen.

Die Preußische Regierung

hüllt sich über den Verlauf und über die Ergebnisse der Haussuchungen vorläufig noch in Schweigen. Die Zusammenstellung und Sichtung des Materials sei noch nicht beendet. Das Vorgehen des Preußischen Polizeiministers hat auch in der Presse, die nicht unbedingt zur Opposition gehört, keineswegs allgemeine Billigung gefunden. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß **ein so scharfes und über das ganze Land ausgedehntes Vorgehen wie gegen die NSDAP. von der derzeitigen Preußischen Regierung gegen die Kommunistische Partei niemals geübt worden sei.**

Adolf Hitler hat im „Völkischen Beobachter" einen

Aufruf an alle Angehörigen der Partei

erlassen, indem er sie unter Hinweis auf die preußischen Maßnahmen auffordert, sich durch nichts zu einer Ungesetzlichkeit provozieren zu lassen, aber mit dem letzten Fanatismus für die Ziele der Partei zu arbeiten.

Alle von den Haussuchungen und sonstigen Maßnahmen der Polizei betroffenen Stellen sind aufgefordert worden, sofort über das Vorgehen der Polizei und die hierbei etwa unterlaufenen Ungesetzlichkeiten an den Leiter der Rechtsabteilung der Partei, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank II zu berichten. Dr. Frank veröffentlicht in der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz" einen Artikel, in dem er namens der Reichsleitung der Partei die Legalität betont und weiterhin schreibt: daß der **„neue Versuch, ein Verbot bezw. eine organische Vernichtung der NSDAP. und ihrer Einrichtungen durch die Behauptung zu erreichen, daß die NSDAP. auf gewaltsame Weise sich die politische Macht im Staate erkämpfen wolle, ebenso wie alle bisher unternommenen Versuche an der absoluten, unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der Führung der NSDAP. scheitern werde. Auf Anordnung der Reichsleitung würden gegen jede Maßnahme, wie Haussuchung, Verbote, organisatorische Auflösungen usw., die geeigneten rechtlichen Schritte mit Nachdruck betrieben werden".**

Erstaunlich scharf ist die

Kritik des „Berliner Börsen-Courier",

eines Blattes, das gewiß nicht verdächtig ist, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren, und in dem Severing u. a. mit folgenden Ausführungen angegriffen wird:

„Eine Bombe sollte platzen. War sie mit echtem Sprengstoff gefüllt, so hätte sie schon früher, wirksamer und unauffälliger entladen werden können. Jetzt ist es nicht gewiß, ob sie überhaupt platzt. Jedenfalls ist die Wirkung schwächer als die Sache selbst."

Das Blatt fährt dann fort:

„Wenn Minister Severing Material herbeigeschafft hat, das zwar durchaus ernst genommen werden muß, aber nicht neu ist, **wenn er sich vor allem mit dem Reichsinnenminister nicht in Verbindung gesetzt hat und sich damit von ihm distanziert, so ist das zu bedauern. Gerade Severing hat doch mit Haussuchungen mit bekannt gewordenem Material und allzu zeitgemäßen Enthüllungen seine Erfahrungen gemacht. War es seine Absicht, auf das Ergebnis kommender Wahlen zu wirken,** so wird gerade dieser Zweck kaum erreicht. Wollte er den Staat gegen eine an sich durchaus ernste Gefahr rüsten, so hat er **unzweckmäßige Mittel im falschen Augenblick eingesetzt. Er hat eine notwendige Aufgabe der Wachsamkeit und Abwehr falsch angefaßt."**

Mit besonderem Interesse bemerkt die Oeffentlichkeit in den Blättern der Rechten, daß an dem gleichen Tage, als die S. A. zusammengezogen wurde, **auch das Berliner**

Reichsbanner in Bereitschaft

stand, teilweise sogar durch telephonische Verbindung zwischen den einzelnen konzentrierten Stellen dauernd Fühlung hielt und erst im Laufe des Montags die Alarmbereitschaft aufgab.

Ruhige Betrachter unterschätzen keineswegs die Gefahren, die aus Selbstbewaffnung und Truppsbildung innerhalb des Staates sich ergeben können, überschätzen aber auch keineswegs das bisher von Preußen der Oeffentlichkeit übergebene Material. Zur endgültigen Klärung **bedarf es unbedingt eines Zusammenarbeitens zwischen Reichsinnenministerium und Preußischem Innenministerium. Es bleibt zumindest verwunderlich, daß der Preußische Innenminister bei einer nach seiner Meinung für den Bestand des Staates so hochwichtigen Aktion den Reichsinnenminister nicht vorher verständigt hat.**

Die schupistische SPD.

Nach dem Verzicht Duesterbergs auf die Beteiligung am zweiten Gang zur Reichspräsidentenwahl wird in politischen Kreisen die Frage lebhaft erörtert, welche Stellung Hugenberg beziehen wird. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", glaubt zu wissen, daß Hugenberg Hand in Hand mit dem Stahlhelm versucht habe, Hitler zum Verzicht auf seine Kandidatur zu bewegen und die Zustimmung der Nationalsozialisten zu einer Sammelkandidatur der nationalen Opposition zu erhalten. Als Sammelkandidat wird der aus den Flandernkämpfen ruhmreich bekannte Admiral von Schroeder, der Vorsitzende des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, genannt. Wir sind überzeugt, daß diese Nachricht jeder ernsten Grundlage entbehrt, glauben vielmehr, daß Hugenberg mit der Deutschnationalen Volkspartei auf jede Beteiligung am zweiten Wahlgang verzichten wird, während die Bundesleitung des Stahlhelms noch keine offizielle Entscheidung darüber getroffen hat, ob sie dem Stahlhelm die Beteiligung freigibt oder zum Verzicht auf die Beteiligung überhaupt aufruft, weil jede Gegenkandidatur gegen Hindenburg aussichtslos ist.

*

Die überraschende Disziplin der sozialdemokratischen Anhängerschaft beim ersten Wahlgang hat im Ausland ein lebhaftes Echo gefunden; man hat es vielfach nicht für möglich gehalten, daß die Sozialdemokraten so geschlossen für den Generalfeldmarschall von Hindenburg eintreten würden. Nur das in deutschen Fragen meist sehr gut unterrichtete „Journal de Genève" erklärt das Verhalten der SPD. auf folgende natürliche Art: Was in Deutschland arbeitslos ist, ist heute kommunistisch oder nationalsozialistisch; wer noch in Lohn und Brot steht, ist Gewerkschaftler und Sozialist. Der deutsche Sozialist fühlt sich immer als kleiner Bourgeois; ihm sitzt die Disziplin in den Knochen: er trägt ein Stück Gendarm in sich. Daher sind angeblich 80 Prozent der Schutzpolizei Sozialdemokraten! Dieser schupistische Sozialist will im Besitz seiner Errungenschaften nicht gestört werden und tritt deshalb Seite an Seite mit den Mittelparteien für den Schutz des Systems gegen den umstürzlerischen Nationalsozialismus in die Front. Der deutsche Sozialist hat bei einer Aenderung der heutigen Verhältnisse nichts zu gewinnen, nur zu verlieren; der Kommunist dagegen hat nichts zu verlieren und nur zu gewinnen — so erklärt sich der Unterschied zwischen der Haltung der Sozialisten und der Kommunisten zur Reichspräsidentenwahl. (Kommentar überflüssig!) —dt.

Die Behauptung der „Washington Post", daß Mellon in London eine **Ermäßigung der britischen Zahlungen an Amerika** erörtern werde, wird vom Staatsdepartement als unbegründet bezeichnet. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung in der Schuldenfrage habe sich nicht geändert.

---

1 £ = 15.23 RM.

Vortag: 15,23.

Scheringer als Sündenbock

Krach in der KPD. / Moskau von den 4 Millionen enttäuscht

Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl vom 13. März hat in der Kommunistischen Partei zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Ueber den Kopf des Parteikandidaten und Führers Thälmann hinweg ist ein heftiger Kampf innerhalb der kommunistischen Parteiführung über die Taktik und „Linie“ der Partei entbrannt, dessen Ausläufer oder auch Ursachen bis nach Moskau reichen. Man hat bei der KPD. mit einer Stimmenzahl von mindestens sieben bis acht Millionen für Thälmann gerechnet und ist über das unerwartete Ergebnis naturgemäß schwer enttäuscht. Teilweise wird für den Mißerfolg die Person des Kandidaten verantwortlich gemacht, andere Gruppen wieder, die ihre Hauptstütze in Stalin selbst haben, machen dafür den von der Partei letzthin eingeschlagenen Kurs mit der Betonung der „nationalen“ Belange haftbar. Die Enttäuschung Moskaus geht so weit, daß stellenweise sogar mit dem Ausschluß der nationalen Aktivisten um Scheringer aus der KPD. gerechnet wird, da in der Parteileitung vielfach die nationalbolschewistischen Tendenzen, die durch Scheringer in die Partei hineingetragen wurden, als Ursache für den Stillstand in der Entwicklung der KPD. angesehen werden.

„Krieg dem Papierkrieg“

Reichswehr-Erlaß zur Hebung der Frontstärken

(Drahtmeldung uns. Berliner Redaktion)

Berlin, 18. März. Der Chef der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein, erläßt einen Befehl über die Heeresvereinfachung und die Maßnahmen zur Hebung der Frontstärken, die in den nächsten 5 Jahren durchgeführt werden sollen. Die beiden bedeutendsten Punkte sind:

1. Die Personalabstriche bei Stäben dienen mittel- und unmittelbar dem Heben der Frontstärken. Anträge auf Verstärkung der Stäbe sind unnütz. Verstärkungen durch Kommandierungen über den von mir genehmigten Rahmen hinaus sind verboten.

2. Die Maßnahmen, die die Schreiberei im Heere verringern sollen, schließen den Zweck in sich, die Verantwortung der einzelnen Personen zu schärfen und die Persönlichkeitswerte zu heben.

Die Fenster des litauischen Konsuls

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. März. Zu der Meldung, daß im litauischen Generalkonsulat Fensterscheiben eingeworfen worden seien, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß es sich nicht um das Dienstgebäude des litauischen Konsulats, sondern um die Privatwohnung des litauischen Honorarkonsuls, der übrigens Reichsdeutscher ist, gehandelt habe.

Reichsverband der Deutschen Industrie

Wirtschaftspolitische Ueberlegungen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. März. Unter dem Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach beschäftigte sich das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit den wirtschaftspolitischen Erfordernissen der gegenwärtigen Lage. Das Präsidium vertrat den Standpunkt, daß es **in erster Linie darauf ankomme, die Vertrauenskrise zu beseitigen, die jede Unternehmungstätigkeit lähme.** Es müsse von der Regierung gefordert werden, daß sie **alles daransetze, die Hemmungen zu beseitigen, die einer freien Entwicklung der Privatinitiative im Wege stehen.** Es müßten unbedingt die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß **die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können, da anders die private Initiative nicht geweckt werden könne.** Im Rahmen der Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeiten müsse vor allem auch auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermögliche.

Auf dem Gebiete der

Finanzpolitik

sei es notwendig, **endlich zu einer einheitlichen Finanzordnung, insbesondere auch für die Kommunen,** zu gelangen. Ebenso dringlich sei die **Umschuldung der Gemeinden sowie eine durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge** mit dem Ziel einer Vereinheitlichung und Ausgabenersparnis.

Das Präsidium beschäftigte sich ferner mit der

Devisenpolitik, der Handelspolitik und der Frage des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Alle künstlichen, mit Milliardensummen rechnenden Arbeitsbeschaffungsprogramme seien abzulehnen. **Für zusätzliche Arbeitsbeschaffung komme allein der organisch gewachsene, aber bisher zurückgestaute** Bedarf in Frage, wenn dafür, wie auch der Reichswirtschaftsrat **in dem** Bericht des Zentralausschusses betont habe, einwandfreie und brauchbare Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten.

Das Präsidium drückte seine Verwunderung darüber aus, daß

England

sich über gewisse, die Einfuhr englischer Waren hemmende Maßnahmen beschwert fühle, nachdem es selbst, besonders durch seine Notzölle, die **Einfuhr einer großen Anzahl deutscher Exportartikel zu 100 Prozent verhindert und damit die deutsche Wirtschaft stark geschädigt habe.** Das Präsidium stellte fest, daß **durch die englischen Schutzzölle die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrages einseitig zuungunsten Deutschlands verschoben** worden sei und daß die **neuen englischen Zölle gegen die Bestimmungen des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag verstoßen,** die vorsehen, daß jeder der beiden vertragschließenden Staaten **bei der Abänderung seines Zolltarifes und bei der Festsetzung künftiger Zollsätze auf die Interessen des anderen Partners gebührend Rücksicht zu nehmen habe.** Der Reichsverband der Deutschen Industrie erwartete, daß die Reichsregierung diesen grundsätzlichen Bestimmungen des Handelsvertrages baldigst zum Erfolge verhelfe.

Ueber die mit dem

Donaukonföderations-Plan

zusammenhängenden wirtschaftlichen und politischen Fragen berichtete Staatssekretär Dr. von Simson. In Uebereinstimmung mit der vor wenigen Tagen abgegebenen Erklärung der Reichsregierung stellte sich das Präsidium auf den Standpunkt, daß eine **Hilfe für Oesterreich, zu der Deutschland grundsätzlich bereit sei, rasch erfolgen müsse,** daß aber die Notlage in Oesterreich und den übrigen Donauländern ihren Ursprung in einer Absatzkrise habe und deshalb eine Lösung, die die Hauptabsatzländer dieser Staaten, insbesondere also Deutschland, ausschließe, als unmöglich angesehen werden müsse.

Seminar für Auslandspolen in Posen

Auf Veranlassung des Kardinals und Primas von Polen, Dr. Hlond, ist in Posen ein Seminar für Auslandspolen gegründet worden. Auf dem Seminar sollen Geistliche für die seelsorgerische Tätigkeit in polnischen Auslandsgemeinden vorbereitet werden. Die Zöglinge des Seminars sollen außer philosophischem und theologischem Unterricht eine besondere journalistische und sprachliche Ausbildung erhalten und mit allen Fragen des Auslandspolentums sorgsam vertraut gemacht werden. Das Seminar ist wie ein Mönchsorden organisiert worden, da ein Mönchskaplan im Auslande seine Aufgaben eher erfüllen könne als ein weltlicher Kaplan, weil er bei seinem Orden in jedem Lande eine starke Unterstützung finde. In der Eröffnungsrede hieß es:

„Helft auf seelsorgerischem und kulturellem Gebiete den Menschen, die nicht das Glück genießen, ihr Brot im Mutterlande zu verdienen, so gut es irgend geht. Besorgt ihnen Geistliche und Lehrer in ihrer Muttersprache, damit diese Menschen ihrem Volkstum nicht verloren gehen.“

Diese Erkenntnis von hoher polnischer Seite ist außerordentlich wertvoll. Es wäre zu wünschen, daß Polen sie auch gegen die Angehörigen der fremdsprachigen Minderheiten in Polen anwendet.

Not in Zahlen

Anwachsen der Berliner Selbstmordzahlen

Im Jahre 1931 sind in Berlin nicht weniger als 1900 Menschen freiwillig aus dem Leben geschieden. Im Jahre zuvor, 1930, endeten 1827 Personen durch Selbstmord, das bedeutet eine Steigerung um 73 Fälle. Zwar gehörte in beiden Jahren die Mehrzahl der Selbstmörder dem männlichen Geschlecht an, aber während sich der Anteil der männlichen Selbstmörder im Jahre 1930 noch auf 1178 Personen oder 64,5 Prozent belief, ist im Jahre 1931 trotz der Steigerung der absoluten Selbstmordzahlen ein Rückgang auf 61 Prozent eingetreten, während auf seiten der Selbstmörderinnen eine entsprechende Steigerung von 35,5 Prozent auf 39 Prozent zu verzeichnen war. Nicht weniger als 419 Personen über 60 Jahre oder 22 Prozent der Gesamtzahl sahen nach einem arbeitsreichen Leben in ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis keinen anderen Ausweg als den freiwilligen Tod — darunter 132 Menschen, die bereits das Alter von 70 und mehr Jahren erreicht hatten. Auf der anderen Seite verübten 663 Personen im Alter von 30 bis 50 Jahren in der Vollkraft ihrer Leistungsfähigkeit wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, zumal aus Verzweiflung über ihre Arbeitslosigkeit, Selbstmord. Bei den 326 jugendlichen Personen, die im Alter von 20 bis 30 Jahren sich selbst den Tod gaben, dürften zum Teil Liebeskummer oder Eifersuchtsregungen die Gründe für die traurige Tat gewesen sein. Im Alter bis zu 20 Jahren legten 86 Berliner Hand an sich, darunter 5 im Kindesalter von 10 bis 15 Jahren. Bei der Mehrzahl aller dieser Fälle handelt es sich um Jugendliche, die aus Furcht vor Strafe wegen kleiner Vergehen oder Unterschlagungen oder (bei Schülern) wegen Nichtversetzung den verhängnisvollen Schritt taten.

Zinssenkung und Pachtschutz für Siedler

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 18. März. Der Siedlungsausschuß des Reichstages beriet am Freitag die Notlage der landwirtschaftlichen Siedler. Zu einem sozialdemokratischen Antrag, Siedlungsbestimmungen abzuändern, sodaß auch unbemittelten Bewerbern, insbesondere Landarbeitern, der Erwerb einer Siedlung ermöglicht werde, ließ das Reichsarbeitsministerium erklären, daß die neuen Richtlinien vom 10. November diesem Wunsche schon Rechnung trügen. Die Reichsregierung werde dafür Sorge tragen, daß der Gedanke der Gruppensiedlung, der im Einvernehmen mit dem Ausschuß durch die Richtlinien in den Vordergrund gerückt sei und der die Siedlung verbillige, auch verwirklicht werde.

Aus aller Welt

Zwei Erpresser festgenommen

Berlin. Von Erpressern befreit wurden heute ein Frauenarzt aus Berlin W. und ein junges Ehepaar aus Schöneberg, die in letzter Zeit Drohbriefe erhalten hatten. Dem Arzt wurden in den Briefen zahlreiche Abtreibungen vorgeworfen. Als Schweigegeld wurde von ihm der Betrag von 2000 Mark gefordert, der in einer Gaststätte abzugeben sei. Der Arzt, der ein reines Gewissen hatte, verständigte die Kriminalpolizei und gab in der angegebenen Gastwirtschaft einen Brief ab, in dem sich nur ein leerer Bogen befand. Bald darauf erschien eine Frau im Alter von etwa 35 Jahren, die den Brief aus der Wirtschaft abholte. Beamte, die das Gasthaus beobachtet hatten, folgten ihr unauffällig. Die Frau lief nun stundenlang durch die Straßen Berlins, so daß sie den Beamten schließlich aus den Augen kam. Der Erpresser, der jetzt das leere Kuvert in den Händen hatte, richtete an den Arzt neue Drohbriefe. Wieder wurde ein Brief abgegeben, wieder wurde die Frau verfolgt und konnte schließlich festgenommen werden. Sie legte ein Geständnis ab. Der Urheber der Erpressung ist der Liebhaber der verhafteten Frau. Er konnte noch nicht verhaftet werden.

Der zweite Fall spielte sich in Schöneberg ab. Die Frau eines jungen Kaufmanns, mit dem sie seit zwei Jahren in glücklicher Ehe lebt, erhielt plötzlich von ihrem früheren Verlobten Drohbriefe. Er schrieb ihr u. a., daß er sie — wenn sie ihm nicht Geld gebe, bei ihrem Manne schlecht machen würde. In ihrer Angst traf sich die junge Frau mit ihm und gab ihm auch einmal 20 Mark. Der Bursche wollte aber jetzt Hunderte haben. Nun offenbarte sich die Frau ihrem Manne, der die Polizei verständigte. Der Erpresser behauptete, er habe aus wirtschaftlicher Not gehandelt.

Die Ehefrau niedergestochen

Berlin. In einer Polizeiwache im Norden Berlins erschien der 26 Jahre alte Schlächter **Neumann mit einem offenen Schlächtermesser in der Hand und erklärte den Beamten, daß er in seiner Wohnung soeben seine Frau niedergestochen habe.** Neumann wurde festgenommen. Die Beamten eilten in die auf dem Hof eines Hauses in der Bergstraße gelegene Wohnung des Schlächters und **fanden dort die blutüberströmte Frau.** Sie brachten sie zur Rettungsstelle, wo der Arzt einen langen Schnitt am Halse feststellte, der aber nicht die Hauptschlagader getroffen hatte. Die Ehe war bereits seit längerer Zeit unglücklich, da der **Ehemann seine Neigung einer anderen, jüngereren Frau zugewandt hatte.** Den Ueberfall auf seine Frau hatte er verübt, obwohl diese gerade ihr kleines Kind auf dem Arme trug. Neumann wird sich wegen Mordversuchs zu verantworten haben.

Vernünftiges Deutsch — auch in Gesetzen!

Berlin. Die Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins hat kürzlich die preußische Durchführungsverordnung zu einem Reichsgesetz zum Anlaß genommen, an der sprachlichen Fassung dieser Verordnung Kritik zu üben. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Dr. Braun auf Grund dieser Kritik sämtliche Staatsminister darauf hingewiesen, daß er einer **schlichten, einfachen und verständlichen Sprache in den Gesetzen und Verordnungen eine staatspolitische Bedeutung** beimesse. Darüber hinaus hat Ministerpräsident Dr. Braun zur Erwägung anheimgestellt, den Deutschen Sprachverein, der sich zur Mitarbeit bereit erklärt hat, zu der sprachlichen Fassung von Gesetzen und Verordnungen, soweit angängig, heranzuziehen.

10 Jahre unter falschem Namen

Berlin. Mit einem eigenartigen Fall hatte sich das Erweiterte Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu beschäftigen, vor dessen Schranken ein 37jähriger Juwelenhändler wegen Mittäterschaft an einem Autodiebstahl stand, der verschiedentlich vorbestraft war. Im Dezember 1922 **entsprang er während eines Transports zum Zuchthaus und lebte unter falschem Namen in Berlin zehn Jahre lang.** Bei seiner jetzigen Verhaftung wurde durch Fingerabdruck ermittelt, daß er der gesuchte Flüchtling war, der noch zwei Jahre Zuchthaus und 178 Tage Gefängnis zu verbüßen hat. Er wurde wegen Hehlerei zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis verurteilt und bleibt in Haft.

Die roten Hände

Berlin. Der Arbeiter **Ludwig Sack, der** in der Strafanstalt gestanden hatte, daß er vor über fünf Jahren einen Raubüberfall auf eine alte Frau in Lichtenrade verübt hatte, wurde von dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu **drei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung** verurteilt. Mit dem Geständnis des Täters hatte es seine besondere Bewandtnis. Die überfallene Frau hatte nämlich nach dem Ueberfall angegeben, ihr sei bei dem Täter, der sich maskiert hatte, aufgefallen, daß er überaus rote Hände gehabt habe. Auf Grund dieser Angabe war ein Verfahren gegen einen Fouragehändler, der häufig Kohlen für die Frau brachte und stark rote Hände hatte, eingeleitet worden, es mußte aber, da er nicht überführt werden konnte, eingestellt werden. Der wirkliche Täter hatte in der Strafanstalt von einem Mitgefangenen gehört, daß das Verfahren mit der Verurteilung des Fouragehändlers geendet hätte. Daraufhin hatte er jetzt die Tat eingestanden.

Lehrer opfert sich für seine Schüler

Soest. Ein tragischer Unglücksfall forderte auf dem Möhnsee zwei Todesopfer. Einige Schulkinder hatten das Eis am Ufer des Sees betreten und wagten sich dann zu weit auf den See hinaus, so daß sie durch die dünne Eisfläche durchbrachen. Dem Lehrer Alteköster gelang es, zwei Kinder zu retten. Bei dem Versuch, auch das dritte Kind zu bergen, brach er selbst ein und ertrank mit ihm. Die beiden Leichen konnten geborgen werden.

Todessprung eines Liebespaares

Saarbrücken. Ein 21jähriger Arbeiter und ein 15jähriges Mädchen sprangen von einer Brücke außerhalb der Stadt in die Saar. Beide fanden den Tod. Sie hatten Abschiedsbriefe an Eltern und Bekannte zurückgelassen.

Sonntagsjäger und Telegraphenstangen

Lübeck. Das Lübecker Telegraphenamt hat eine Aktion unternommen gegen die Sonntagsjäger (!), weil festgestellt worden ist, daß die Sonntagsjäger zwar die beste Absicht hätten, die Hasen zu schießen, daß sie aber unseligerweise das Ziel gar zu oft verfehlen und die Telegraphenpfähle treffen. Diese Pfähle weisen seit längerer Zeit so viele Beschädigungen durch Schüsse auf, daß man von ernsten Schäden sprechen könne. Die Sonntagsjäger müßten also entweder die ganze Schießerei unterlassen oder wenigstens — „sicher treffen“!

Künstliche „Entnebelung“

Hamburg. Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht ein Interview mit Prof. Dr. Wigand, dem gegenwärtigen Rektor der Hamburger Universität, der ein Verfahren für künstliche Entnebelung erfunden hat. Prof. Wigand arbeitet bereits seit 9 Jahren an Versuchen, **Nebelschwaden künstlich aufzulösen.** Sie wurden zunächst bei Stuttgart, dann in Hamburg, wo Prof. Wigand Leiter der meteorologischen Versuchsstation der deutschen Seewarte und des Meteorologischen Universitätsinstituts ist, angestellt. Es handelt sich bei dem Wigandschen Verfahren um die Zerstäubung eines elektrisch entgegengesetzt geladenen Nebels, gewissermaßen als eines Gegengifts, das in Form von Wasserstaub oder Spiritus durch Düsen ausgespritzt wird, den natürlichen Nebel zum „Nässen“ bringt und damit Aufklärung erzielt. Die Schwierigkeit liegt vor allem in der richtigen Dosierung des Gegennebels, doch sind die Versuche bisher durchaus vielversprechend. Man hat bereits bis 1200 Kubikmeter im freien Raum entnebeln können, und es ist z. B. **möglich, das Schiffe, mit der Wigandschen Apparatur am Bug ausgerüstet, sich bis 200 Meter voraus Aufklärung verschaffen** könnten. Die Schiffahrt, für die die Erfindung — hält sie, was sie verspricht — naturgemäß von besonderer Bedeutung sein würde, ist über die bisherigen Ergebnisse bereits eingehend unterrichtet.

Österreich wird „trocken“

Wien. Unbemerkt von der Oeffentlichkeit des Auslandes vollzieht sich allmählich in Oesterreich, dem Land gepflegter und beliebter Biere, ein Trockenlegungsprozeß. Aus Fachkreisen wird ein katastrophaler Rückgang des Bierverbrauches gemeldet. Aus der Entwicklung des Bierkonsums in den ersten drei Monaten dieses Jahres kann geschlossen werden, daß dieser **Rückgang rund 50 Prozent des bisherigen österreichischen Bierverbrauchs betragen wird.** Einige Bierbrauereien habe bereits ihre Betriebe stillgelegt. So werden in Wien das altberühmte Brauhaus Hütteldorf, ferner die Brauereien Simmering und Jedlesee, die Biererzeugung einstellen. Auch das Gmünder Brauhaus in Oberösterreich wird dieser Tage geschlossen. Schuld an dieser Entwicklung trägt **neben der Wirtschaftskrise vor allem die zunehmende Ausbreitung des Sports.**

Drei Kinder verbrannt

Paris. Ein Jahrmarktwagen, der sich bei Montargis befand, ist in Brand geraten. Die Frau des Wagenbesitzers war gerade weggegangen, um Einkäufe zu machen und hatte ihre fünf Kinder, von denen das älteste acht Jahre alt ist, zurückgelassen. Anscheinend haben die Kinder mit Streichhölzern gespielt, denn kurze Zeit darauf stand der Wagen in Flammen. Während zwei Kinder sich retten konnten, sind die **drei anderen im Alter von ein, vier und sieben Jahren verbrannt.**

Minister und Eiskunstläufer

London. Zum ersten Male in der englischen Geschichte trat gestern ein Minister als Eisläufer bei einem Eiskarneval im Londoner Westen auf. Es handelt sich um den Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, der nach dem Urteil von Sachverständigen der größte Tennisspieler Englands geworden wäre, wenn er sich nicht der Politik zugewandt hätte. Sir Samuel Hoare führte im Kostüm eines Schwarzritters eine Eiskür vor. Pressevertretern gegenüber erklärte der Minister, wie in der Politik gebe es beim Eislaufen viel „Auf und Ab“, und ebenso wie in der Politik müsse man auch beim Eislaufen „gut umfallen“ können.

Unterhaltungsbeilage

Der Weg in den Tod / Hermann Mostar

Das Mädchen überlas noch einmal ihren Brief: es war merkwürdig, daß ihre Schriftzüge fest und gleichmäßig aussahen, obwohl doch ihr Denken ein einziges, schmerzhaftes Brausen und Beben war. Sie verschloß das Kuvert, schrieb die Adresse: „An die gnädige Frau" und legte es auf den Tisch im Kinderzimmer. Auch dieses Vorgehen war so merkwürdig gut überlegt: die Herrschaft war ins Weekend gefahren, mit den Kindern, und würde vor Montag früh nicht wieder hier sein; bis dahin war alles längst, längst vorbei.

Sie übersah noch einmal das Kinderzimmer; an den hellen Wänden hingen Photographien von Bübchen und Mädi; es rührte sie nicht. Mein Gott, es waren nette Kinder, aber es waren nicht ihre Kinder: es waren Kinder einer Frau, die einen Mann hatte, einen geliebten Mann — und sie war seit heute abend eine Frau, die den Geliebten verloren hatte, verloren auf die schäbigste und lächerlichste und schmerzlichste Art: ein Schwindler war er gewesen, hatte sie um ihre Ersparnisse geprellt und, was schlimmer war, um ihr Gefühl — denn dies war das Aergste: sie liebte ihn: noch immer; noch ein, zwei Stunden lang, bis sie an der Themse sein würde. Nein, es gab keine Brücke zwischen diesem Glück hier und solcher letzten Verlassenheit.

Sie wandte sich kurz weg, ging rasch durch den Korridor, Mantel und Hut hatte sie schon, schloß die Wohnungstür, legte den Schlüssel unter die Fußmatte, wie sie es in dem Brief angekündigt hatte. Die Treppen hinunter, zur Haustür hinaus ins neblige Dunkel, der Autobus nach Southend kam gerade vorbei. Sie lief, um noch die Haltestelle zu erreichen, lief, als dürfe sie gerade diesen Anschluß nicht versäumen, als habe sie keine Minute zu verlieren. Sie erreichte den Autobus, setzte sich in die dunkelste Ecke, das Taschentuch vor den Mund gepreßt, welcher zitterte, ohne zu weinen. Das Stampfen der Räder, das hohle Klappern des Motors, das Summen der Gespräche ringsum, das Vorbeiblitzen der Schaufenster und Straßenlampen vermischte sich auf eine gespenstische Art mit dem Flirren und Sausen in ihrem armen, einfältigen Kopf, mit dem wirren Schlag ihres maßlos erregten Herzens. Dies alles war nicht mehr ein Weg zur Tat, es gehörte schon zur Tat, es war ein Teil von ihr, so schwer und so leicht wie nachher der Sprung ins Wasser; sie wußte, daß sie diesen Sprung so gut tun würde wie den Sprung auf den Autobus; alles war bereits Fall, tiefer, langer, unwiderruflicher Fall aus dem Leben in den Tod.

Die Fahrt dauerte mehr als eine Stunde, es machte ihr nichts, sie merkte es nicht, es gab keine Zeit mehr für sie; auch die Zeit gehörte zu dem, was gewesen war, zu Stellung und Dienst und Liebe und Verrat und Wut und unerträglichem Schmerz. Southend, Endpunkt, Lebensend — alle stiegen aus, auch sie, schnellen und kaum wankenden Schritts ging sie die Straße zum Flusse hin, anfangs hallten Häuser rechts und links noch das Echo ihrer Schritte, dann hörte auch das auf, die Laute ihres Daseins, Atem, Schritt, Kleiderrascheln, schluckte grauweißer, stumpfer Nebel — nun ein Geruch nach Schlamm, Salz, Fisch, Teer: die Themse. Sie preßte das Tuch ganz fest vor den Mund, fest hinein in den Mund wie einen Knebel, daß sie die Tränen wieder schmeckte, die sie vor drei Stunden geweint hatte — sie begann zu laufen, immer schneller, immer schneller, sie wollte hineinlaufen in das Wasser, so schnell es ging, schon rannte sie über den Dammweg, gleich würde es steil hinuntergehen.

„Hallo! Haben Sie was gesehen?"

Sie war hineingelaufen in eine kleine Gruppe Menschen, die am Ufer stand: ein Polizist, zwei Männer, eine Frau. Sie hielt keuchend inne. Wieder die Frage, der Policemann stellte sie ihr: „Haben Sie was gesehen?"

„Was denn?" Ihre Gegenfrage kam wie von fern.

„Ach so, Sie wissen noch nicht ... Bitte helfen Sie uns. Es hat sich eben eine Frau hier ins Wasser gestürzt, hier irgendwo ... Vielleicht können wir sie noch retten, zwei Boote sind schon auf dem Fluß, es kann aber sein, daß sie hier am Ufer treibt oder noch hier herumirrt ... wir müssen uns längs des Ufers verteilen, bitte, einer von den Herren auf die Hullbrücke, linke Seite, einer rechte Seite, die beiden Damen am Ufer entlang, Sie hier nach rechts, Sie nach links, bis zum Meer, ich selbst muß hier bleiben, auf die Boote passen; schnell bitte, schnell, es ist keine Minute zu verlieren!"

Und das Mädchen geht plötzlich dem Meere zu, wie ihr befohlen wurde, sie späht durch den milchigen Nebel, über die flüsternde Fläche, die das Wasser sein muß — späht nach einer anderen, nach einer Leidensgefährtin, freilich, man liest so oft, daß gerade hier viele ins Wasser gehen, darum auch ist sie ja hierher gefahren, es wird ihr erst jetzt klar ... Nun dieser Aufenthalt, es ist ja eigentlich sinnlos, sie muß doch Schluß machen, was sucht sie denn hier herum, was geht sie das denn noch an und übrigens soll man doch der anderen ihren Willen lassen, umsonst tut das doch keiner, ins Wasser gehn ... aber freilich, weiß man denn, warum sie es tat, es ist vielleicht, es ist gewiß nichts so Schlimmes, Unabänderliches wie in ihrem Fall, und man kann doch nicht einfach so einen Menschen ins Wasser gehen lassen; es ist doch möglich, und wie möglich, daß sich für die andere noch vieles, noch alles zum Besten wendet, wenn man sie zurückhält ...

Und sie geht und späht, geht und späht immer weiter. Manchmal tritt sie ganz ans Ufer, so dicht heran, daß ihre Füße naß werden: aber sie sieht nichts. Beinah ist sie dankbar, dem Nebel, dem Dunkel dankbar, daß sie im Wasser nichts sieht, das, was im Wasser zu sehen wäre, das wäre doch nur eine Tote, wie grauenhaft müßte das sein ... Vielleicht aber irrt sie noch am Ufer hin, lebend, ach, möchte sie die andere doch finden, sicher könnte man so was gutes tun, noch einmal. Es fröstelt sie, nur die Hand vor ihrem Munde ist warm vom Hauch des Lebens, oft stolpert sie über Steine — da, hier ist ein Zaun bis zum Wasser, sie kann nicht weiter, muß umkehren.

Sie geht den einsamen Weg zurück. Sie späht noch immer, sie sieht nichts. Gewiß aber haben die im Boot etwas gefunden, oder die auf der Brücke. Sie wünscht es inbrünstig, sie weiß eigentlich nicht, warum sie es so inbrünstig wünscht. Da — da vor ihr taucht ein Schatten aus dem Nebel — ihr Herz steht still, mitten im noch immer wilden Hämmern. Aber nun sind es zwei Schatten, eine ganze Anzahl Schatten: sie ist wieder an der Stelle, von der sie ausging, der Polizist ist da, die Frau, die Männer, dazu noch andere, zwei Boote liegen am Ufer.

„Nichts?" fragt der Polizist.

„Nichts ..."

„Wir auch nicht. Also zu spät."

Einige Männer zucken die Achseln, hilflos, ergeben.

Eine Weile stehen alle ratlos. Dann sagt der Polizist: „Ich glaube, wir können gehen."

Keiner geht. Alle starren aufs Wasser. Das Mädchen schließt die Augen, tut rasch sie wieder auf: vor den geschlossenen Lidern sah sie etwas vorbeitreiben, tot, gebauschte Kleider, schmerzhafte Vision ...

„Was war denn das für eine?" fragt sie, um sich zu erlösen von dem Bild.

„Ich weiß auch nicht genau", sagt der Policeman. „Wir sind angerufen worden aus der Stadt, wir auf der Revierwache. Eine Hausangestellte, glaube ich." Er zieht einen Zettel, läßt ein Streichholz aufglühn:

„So viel ich lesen kann: Mary Smith oder so ..."

„Mary Smith?" sagt das Mädchen, kindlich erstaunt. „Das bin ja ich!"

„Sie ...? Wohnen Sie Walker-Street?"

„Ja ..."

„Wollten Sie sich denn ...?"

Sie nickt.

Alle stehen eine Weile wie aus Stein. Dann schlägt ein Mann sich auf den Schenkel und beginnt zu lachen. Dann lachen alle. Es ist zunächst nichts da als Lösung, Erleichterung: kein Tod, gottlob kein Tod! Und das Mädchen — das Mädchen lacht mit. Auch in ihr ist nichts anderes, ist, ganz losgelöst von ihr selbst, nur das Lachen des Lebens: kein Tod ... kein Tod ... kein Tod!!

„Na, hören Sie mal", sagt endlich der Polizist, „das ist doch aber ...! Dann ist ja das allerdings kein Wunder, daß wir Sie nicht gefunden haben!"

Wieder lachen die anderen. Aber das Mädchen nimmt plötzlich wieder das Tuch vor den Mund, schlägt sich fast vor den Mund, schließt die Augen wie in wahnsinnigem Schmerz, zittert, wankt ... Es ist ja doch ein Wunder, daß sie sie nicht gefunden haben ... sie hat sich selbst gesucht ... die Tote, die sie da vorhin sah, visionär, das war — das war ja sie selbst, sie, Mary Smith, sie hat man gesucht, sie hat sich selbst gesucht, und ... nicht mehr ... gefunden ... sie treibt im Wasser, Kleider gebauscht, Glieder gebauscht, Glieder geschlafft, Mund und Augen schreckhaft geöffnet, Herz still ...

Sie schreit gellend auf und bricht zusammen.

Auf der Polizeiwache kommt sie zu sich, aber sie kann die Augen nicht öffnen. Sie hört von weit her die Stimme des Mannes, bei dem sie dient, eine Feder raschelt seinen Worten nach, er gibt zu Protokoll: „Weil der Junge unterwegs erkrankte, fuhren wir zurück, fanden den Brief. sie gab an, daß man sie an der Hullbrücke suchen solle. Ich rief sofort hier an, vermutlich noch ehe sie mit dem Autobus bis hierher gekommen war."

„Sie wacht auf!" sagt der Revierarzt. „Aber rufen Sie bitte sofort das nächste Krankenhaus an. Es gibt ein Nervenfieber."

Sie hört es. Sie lächelt. Nervenfieber, gut, meinetwegen Nervenfieber. Aber sie lebt ... lebt! Kein Tod ... kein Tod ...!

Tschechische Gefängnisse bekommen Radio

Die Gefangenenfürsorge schreitet in allen europäischen Ländern rapide vorwärts. Nach amerikanischem Muster hat jetzt das tschechische Justizministerium die Einführung des Rundfunks in verschiedenen Gefängnissen — vorerst probeweise — beschlossen. Dabei will man weiter gehen, als es bislang schon in Staaten wie England, Deutschland, Dänemark und Holland der Fall ist. In erster Linie sollen natürlich erzieherische Wirkungen erzielt werden; man will aber auch reine Unterhaltungsdarbietungen den Gefangenen vermitteln.

Professional der Liebe

25 ROMAN von ERNST KLEIN

Der Vorsitzende wollte sie unterbrechen, doch in ihrer Erregung gab es kein Halten mehr für sie. Ganz dicht trat sie an den Staatsanwalt heran. Mit glühenden Augen schrie sie ihm ihre Anklage ins Gesicht. „Sie wissen schon, warum Sie den da festhalten! Er ist arm, fremd in der Welt, so etwas wie ein Paria — um Gottes willen, niemanden von der guten Gesellschaft in Gefahr bringen! Den Grafen Balassy haben Sie mit Samthandschuhen angefaßt, Sie und die Polizei! Weil er ein großer Herr ist, ein Graf —!"

Heller Aufruhr. Der Vorsitzende war selbst auf den Füßen. Die Glocke in seiner Hand schrillte. Doch niemand gab acht in dem Lärm. Die Geschworenen außer Rand und Band. Wilde Gestikulationen, drohende Rufe. — Durch die ersten Reihen des Zuschauerraumes zitterte Aufregung, Spannung. Die geheime Erwartung, die sie hergebracht hatten, erfüllte sich. Ein Name spritzte auf: Balassy. Die Schauspielerin — die Bannert! —

„Ich habe mich immer gewundert, daß Balassy eine solche Person heiraten konnte!" flüsterte Frau von Stellwin ihrer Nachbarin zu.

Rückwärts in ihrer Ecke hatte Melanie das Gefühl, als versänke sie in einem luftleeren Raum des Entsetzens. Aufspringen! Hinstürzen zu dem Richtertisch! Die Wahrheit herausschreien! Ich bin es! Ich bin die Frau, die Olga Lenz sucht —! Ein Wirbelsturm drehte sie um und um. Die Leute, die neben ihr saßen, wurden aufmerksam. Blickten erstaunt nach ihr hin. Irgendwie hielt sie sich zusammen. Der Wahnsinnsgedanke, sich hier vor aller Welt selbst ans Kreuz zu schlagen, gab sie wieder frei. Gott im Himmel, bin ich feig, bin ich jämmerlich! stöhnte sie. Und rührte sich nicht. Henny, die den Mut gehabt hatte, aufzudecken, was aufzudecken ihre Pflicht war, Henny war in Gefahr. Und sie hockte da, stumm, widerstandslos — feige, jämmerlich!

Vor dem Richtertisch verwehte die Aufregung. Sowohl der Staatsanwalt wie der Verteidiger taten ihr Möglichstes, um den Namen Balassys vor den Krallen der Oeffentlichkeit zu retten. Kriminalkommissar Schiller wurde sofort hereingerufen und berichtete, wie er sich selbst davon überzeugt hätte, daß Balassy unter keinen Umständen als Täter in Frage kommen konnte.

„Ueber seine Beziehungen zu dem Ermordeten gab er mir vollkommen befriedigende Auskunft. Er war früher mit ihm befreundet, scheint aber dann über den wahren Charakter Gardeners aufgeklärt worden zu sein, so daß er mit ihm den Verkehr abbrach. Die Polizei hatte keine weitere Veranlassung, sich mit Herrn Grafen von Balassy zu beschäftigen."

Die Lenz büßte für ihren Verzweiflungsausbruch. Wenn sie irgendwo bei irgend jemandem im Saale noch Sympathie gehabt hatte, so war das jetzt alles verschwunden. Von den rückwärtigen Zuschauerbänken kamen ganz laute Schimpfworte: „Gemeinheit! Sie paßt zu dem Kerl!"

Doch sie war nicht niederzuringen. Die Verzweiflung in ihr war stärker als die Furcht dieses unglücklichen, vom Schicksal verprügelten Weibes. „Wenn es die nicht ist, dann ist es eine andere!" kreischte sie. „Und ich werde sie finden. Ihnen zum Trotz, Herr Staatsanwalt!"

Dann bekam sie einen Schreikrampf. Zwei Wärter trugen sie hinaus, schluchzend, kreischend. Im Saale rührte sich kein Mensch. Die Hände vors Gesicht geschlagen, hockte Stanitsch hinter seiner Schranke. Von draußen herein tönte das Schreien des Weibes, das er so unglücklich gemacht hatte. —

XXV.

Melanie kam nach Hause. Sie war aus dem Verhandlungssaal davongelaufen. Sie traute sich nicht mehr die Kraft zu, sitzen bleiben zu können. Sie rannte auf die Straße hinunter, beinahe direkt in ein Auto hinein. — Irgendwie war sie dann in ihrem Zimmer, kauerte auf der Chaiselongue. — Sie hatte noch den Mantel an, den Hut auf. —

Ich spreche mit ihm! Heute! Unwiderruflich!

Endlich erhob sie sich, ließ sich ein Bad zurechtmachen und zog sich um. Gegen sieben Uhr kam sie hinunter und setzte sich mit den Abendzeitungen, die sie sich hatte bringen lassen, in die Bibliothek. Obwohl sie die furchtbaren Szenen selbst miterlebt hatte, las sie alle Zeitungen von Anfang bis zu Ende durch, wie, wenn sie nach einem Wort fahndete, das sie vor sich selbst freizusprechen imstande war. Sie suchte ein Wort der Entscheidung für sich selbst! Von Balassy wurde nichts erwähnt. Nur ein, zwei Blätter sprachen von einem bedauerlichen Zwischenfall, den die Freundin des Angeklagten hervorrief, indem sie ganz unberechtigterweise den Namen eines bekannten Aristokraten in Zusammenhang mit der Mordaffäre brachte. Doppelte Schuld für Melanie! Alles wurde in diesem Prozeß zur Anklage gegen sie! Abermals verschwor sie sich vor dem eigenen Gewissen, heute noch mit Herbert zu sprechen. Sie ertrug es nicht mehr. Die Scham zerhämmerte sie.

Sie schreckte auf. Das Telephon. Granenberg selbst: „Melanie, entschuldige, wenn ich dir mit zwei Gästen ins Haus falle. Kannst du noch ein anständiges Abendbrot herrichten lassen? So für halb neun? Ich bringe Hiller mit und Walsh. Du weißt doch, den Amerikaner, der hier mit mir verhandeln soll."

„Selbstverständlich, Herbert! Um halb neun!"

Sie war glücklich, daß sie etwas zu tun bekam. Daß sie ihren Gedanken einen Schwung in ganz andere Richtung geben konnte. Sie eilte selbst in die Küche hinunter, traf ihre Anweisungen. Dann ging sie noch einmal in ihr Garderobenzimmer und legte große Toilette an. Stanfield Walsh war ein Prominenter. Ihn mußte man in Gala empfangen.

Das Diner ein voller Erfolg. Melanie, ihrer Pflichten eingedenk, gab sich als bezaubernde Hausfrau und war auch wirklich bezaubernd. Stanfield Walsh, amerikanischer businessmann ganz großen Stils, machte kein Geheimnis daraus, wie sehr sie ihn entzückte. Chefredakteur Hiller, der mit ihrem Mann zusammen die Schulbank gedrückt hatte, war auch ihr ein alter und lieber Freund.

Ohne das sie wußten, war auf einmal das Gespräch bei dem großen Mordprozeß, der ganz Berlin erregte. Irgend jemand hatte zuerst davon gesprochen. Vielleicht sie selbst. Sie wußte es nicht. Sie vernahm plötzlich zu ihrem allergrößten Erstaunen, daß Hiller selbst auf der Geschworenenbank saß. Einen Moment lang überfiel sie lähmende Angst, doch in der nächsten Minute konnte sie sich wieder beruhigen. Er hatte sie nicht entdeckt. Und sie in ihrer leicht begreiflichen Erregung hatte sich die zwölf Köpfe auf der Geschworenenbank nie recht angesehen. Sie waren ihr ein verschwommenes Etwas, ein Ganzes, das wie ein bösartiges Tier auf seinem Platz hockte.

„Der arme Teufel", sagte Hiller, „hat den schwersten Fehler begangen, den ein Mensch in seiner Situation machen kann. Er zeigt sich von der unsympathischesten Seite. Man kann wirklich kein Mitleid mit ihm haben. Und seine Frau oder seine Geliebte, die hat heute nachmittag den Karren total verfahren." —

Melanie stemmte die beiden Arme auf den Tisch und legte den Kopf auf die eine Hand. Ihre Haltung zeigte größtes Interesse. „Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß diese Frau Lenz behauptete, Gardener hätte mit einer Dame der Gesellschaft durchgehen wollen. Ich verstehe wirklich nicht, warum die Polizei diese Spur nicht verfolgt hat."

„Aus Vorsicht vielleicht", meinte der Amerikaner. „So einer Spur nachzugehen, die in die Gesellschaft hineinführt, ist für die Polizei immer eine gefährliche Sache. Bei uns drüben hat sie sich ein paarmal auf die Nase verbrannt. Und hier werden sie auch denken: Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit."

Hiller protestierte. „Da muß ich unsere Polizei in Schutz nehmen. Diese Spur wurde verfolgt. Ich weiß es ganz genau. Und hätte die Polizei etwas entdeckt, würde sie damit nicht hinter dem Berge halten. Sie sehen es ja bei diesem Fall Balassy. Der Kriminalkommissar war sofort bei dem guten Grafen oben und hätte ihn, ohne mit der Wimper zu zucken, mitgenommen, wenn er Veranlassung dazu gehabt hätte. Also so ist es auch nicht, Herr Walsh, daß die Polizei nicht an die Paläste und die Villen klopft. Sie klopft schon! Sie erzwingt sich auch den Einlaß, wenn es sein muß, aber was diesen geheimnisvollen Mann im Staubmantel anbetrifft — den hat die Polizei beim besten Willen nicht gefunden. Sie hat sich ehrlich Mühe gegeben. Aber die Aussagen der Zeugen sind absolut unbestimmt. Es heißt, der Mann hätte einen Staubmantel getragen. Man hat den Zeugen Stanitsch in einem Staubmantel vorgeführt. Der eine sagt: ja! der andere sagt: nein! Man hat nach dem Chauffeur gesucht, mit dem der geheimnisvolle Mann gekommen sein soll. Diesen Chauffeur hat man nicht gefunden. Vielleicht meldet sich der Mann noch. Vielleicht ist er inzwischen gestorben. Es gibt immer Rätsel und Ungeklärtheiten, gegen die der gewiegteste Kriminalist nicht ankommt."

„Und doch hängt ein Menschenleben von ihnen ab!"

„Das ist das Tragische daran", erwiderte Hiller. „Aber ändern können wir es nicht. Die Maschine läuft trotzdem weiter. Wir stecken nun einmal alle in ihr, in dieser Maschine der Justiz: der Richter, der Staatsanwalt, wir, die Geschworenen, der Angeklagte. Keiner von uns kann sich freimachen. Das Rad dreht sich, und wir drehen uns mit ihm. Vielleicht ist Stanitsch unschuldig. Er behauptet, er hätte an diesem Tage überhaupt keinen Mantel getragen. Es ist ja möglich, daß der andere, der Mann, der wirklich den Staubmantel getragen hat, und den man nicht eruieren kann, der Mörder ist. Wenn Sie mich ehrlich fragen, möchte ich das fast annehmen. Denn, sehen Sie einmal, so unintelligent und unkompliziert dieser Stanitsch auch ist, so dumm wird er nicht sein, einen Mord zu begehen, den man ihm binnen zwei Stunden nachweisen kann. Nein — nein — nein —!"

„Also glauben Sie, Hiller", fragte Melanie, „daß der Mann unschuldig ist?" Sie fühlte, daß sie vorsichtig sein mußte. Die Frage war zu hastig gekommen.

„Persönlich ja", sagte der Journalist. Er hatte ein scharf gezeichnetes, geistiges Gesicht mit einem kahlen, mächtig sich wölbenden Schädel. In Deutschland war er zweifellos der größte Publizist der Gegenwart. Ein Mann von absoluter Ehrenhaftigkeit und ebenso großem körperlichen wie geistigen Mute. Bernhard Hiller hatte seine Ueberzeugung stets offen verfochten. Auch unter den schwierigsten Umständen.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung!

In der gestrigen Todesanzeige lautet der Name des Verstorbenen:

Kaufmann Alfred Taschka
Groß Strehlitz,

nicht wie irrtümlich angegeben Kaschka.

Danksagung.

Allen, die uns durch Wort und Schrift sowie durch herrliche Kranzspenden beim Hinscheiden unserer lieben, guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter ihre aufrichtige Teilnahme bewiesen haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Beuthen OS., Frankfurt a/O., Hirschberg i/Rsg., den 18. März 1932.

A. Stiebler und Frau.
O. Stiebler und Frau.
R. Stiebler und Frau.

Für die aufrichtige Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer innniggeliebten, herzensguten Mutter und Schwester, Frau **Marie Bergmann,** sagen wir allen unseren **innigsten Dank.**

Beuthen OS., im März 1932.
Ring 17.

Lotte und Adolf Bergmann.
Bernhard Weiß.

Ich bin zum

Notar

ernannt worden.

Dr. Reichmann
Rechtsanwalt und Notar
Beuthen OS., Gleiwitzer Str. 28.

Dame, aus gut bürgerlicher Familie, kath., brün., schlank, 1,68 m groß, musik-, sport- u. naturliebend, von lieb. heit. Wesen, ideal veranl., sucht a. d. Wege

Lebenskameraden

gleich. Wesens. Alter 35—40 J. Welch. Herr, der sich nach d. Tages Müh u. Arbeit nach froher, heit. Gesellsch. sehnt, schreibt mir? Zuschr. unt. C. d. 330 a. d. G. d. Z. Beuth.

Oberschlesisches Landestheater

Sonnabend, den 19. März
Gleiwitz
20 (8) Uhr
26. Abonnementsvorst.
letztes Gastspiel Alexander Moissi
Faust I
(Mephistopheles: Moissi)
Beuthen
20 (8) Uhr
Die Geisha
Operette von Sidney Jones
(Preise II)

Sonntag, den 20. März
Beuthen
$11\frac{1}{2}$ Uhr
Morgenfeier
$15\frac{1}{2}$ ($3\frac{1}{2}$) Uhr
Die Blume von Hawai
Volksvorstellg. zu ganz klein. Preisen (0.20-2.20 M.)
20 (8) Uhr
Im weißen Rössl
(Preise II)

Gebildete Dame, Ende 30, kath., angenehmes Aeußeres und tadellose Vergangenheit, sucht da beruflich verhindert, auf diesem Wege

Herrenbekanntschaft

in gesicherter Position zwecks **Heirat.** Etwas Vermögen vorhanden. Angebote unter B. 565 an die Geschst. dieser Zeitg. Beuthen.

Verbilligung

bis zum Äußersten ist die **Parole** für unseren **Oster-verkauf**

Nebenstehend wenige Beispiele für **Qualitätswaren**

Damen-Strümpfe — Künstl. Waschseide, plattiert mit dreifach. Sohle Paar . . . . . 1.45, 1.15, **88 ₰**

Damen-Strümpfe — künstliche Waschseide, besonders feinmaschig und dehnbar, Paar 1.65, 1.45, **1.22**

Damen-Handschuhe — mit Manschetten, in großer Auswahl . . Paar 1.22, 88, **48 ₰**

Damen-Hüte — jugendlich und fesch, nur gute Geflechte 5.75, 3.95, **2.95**

Damen- u. Kindermützen — in vielen neuen Ausführung. und Farben . . 1.68, 1.25, **78 ₰**

Damen-Kragen und -Westen — entzückende Neuheiten, besonders billig . 1.45, 95, **75 ₰**

Herren-Oberhemden — nur neueste Muster, reelle gute Qual. m. passend. Krag. 4.90, 3.95, und ohne Kragen **2.75**

Herren-Sporthemden — hübsche Muster, mit Kragen und Binder . . 3.65, 2.95, **2.68**

Herren-Selbstbinder — in entzückenden Farbenstellungen, nur gute Qualit. 1.45, 95, 75, **50 ₰**

Herren-Einsatzhemden — reelle Qualitäten, mit hübsch. modern. Oberhemdeinsätzen . 1.95, 1.65, **1.45**

Damen-Unterkleider — gute Charmeuse-Qualitäten, in vielen Farben mit eleg. Motiven 4.90. 3.45, **2.95**

Damen-Hüfthalter — mit breiten Gummi-Einsätz. glatt u. gemustert 2.95, 1.95, **1.45**

Gebr.
Markus & Baender

Ring 23 Beuthen OS. Ring 23
Zweiggeschäft: Friedrich-Ebert-Straße 30 b

KKG

Anschlußfirma der Kundenkreditgesellschaft Beuthen OS., **Jetzt** Bahnhofstraße 14 und vieler anderer Einkaufsvereinigungen, dort können Sie sich Zahlungserleichterung verschaffen.

Morgen Sonntag von 12—18 Uhr geöffnet

ZOPPOT

erwartet Sie zu Ostern!

Internat. Kasino · Roulette · Baccara
(Staatl. konzessioniert)

Das ganze Jahr geöffnet

Auskunft: „Promenaden-Kiosk“, Berlin W 50, Tauentzien- Ecke Nürnberger Straße, Tel. B. 4, Bavaria 6526 und Verkehrsbüro Kasino-Zoppot.

Große Auswahl in allen Preislagen von

Qualitäts-Fahrrädern ab Rm. 49.-
bei Deutsch • Krakauer Str. 9 • Beuthen OS.

Anerkannte Vertretungen der Garantie-Marken:

Wanderer Naumann Brennabor Los Novos Ideal Excelsior Panther

Ohne Diät

bin ich in kurzer Zeit **20 Pfd. leichter** geword. durch ein einf. Mittel, das ich jedem gern kostenlos mitteile

Frau Karla Mast, Bremen EB 24

Wildunger
Wildungol-Tee
bei Blasen- und Nierenleiden
in allen Apotheken

Stellen-Angebote

Fräulein,

perf. in Stenographie und Schreibmaschine, gesucht. Anfängerinnen ausgeschlossen. Selbstgeschriebene Angebote mit Gehaltsansprüchen unter B. 548 an die Gschst. dies. Ztg. Bth.

Seife „Meine Sorte“

rein, mild und herrlich schäumend

Beuthener Bierhallen

Beuthen OS., Poststr. 2, gegenüber dem Landgericht

Sonnabend und Sonntag

Einweihungsfeier

verbunden mit Stettiner Abendbrot-Essen

Preis statt 1.25 Mk. nur **65 Pfennig**
Musikalische Unterhaltung
Biere: Schultheiß-Patzenhofer und Erstes Kulmbacher
Es laden ergebenst ein **Hans Gollasch u. Frau**

Apfelwein-Cyder, süß Ltr. **54 ₰**
Johannisbeerwein „ **64 ₰**
Kräuterwein, goldsüß „ **80 ₰**
Eier, 4 Stück . . . . **25 ₰**
Ölsardinen (135 Gramm) Dose **29 ₰**

Karl Kostka,
Beuthen OS., Dyngosstr. (Stadthaus)

Empfehle geg. Nachn. zum äuß. Tagespreis **Tafelbutter** z. Zt. zirka **1.10** Mk. je Pfd., als Postkolli von 9 Pfd. (auf Wunsch Pfdstücke

J. Guttack, Heydekrug (Memelland).

Verkäufe

Günstiger Gelegenheitskauf!

Erstklassig. Markenklavier,

Eiche, kreuzsaitig, Elfenbeinklaviatur.

Musikhaus R. Staschik, Beuthen OS., Große Blottnitzastraße 40 Ecke Hospitalstraße.

Weg. Auflös. d. Haushalts werden Möbel, Betten, Glas, Porzell. ab Montag billig verkauft. Auskunft im Zigarrengeschäft, Beuthen OS., Kais.-Franz-Jos.-Pl. 4

Kleine Anzeigen große Erfolge!

Geldmarkt

10000 Mk.

zur 2. Stelle auf ein in Beuthen OS. gelegenes Wohnhaus ges. Angebote unt. B. 561 a. d. G. d. Z. Beuth.

Die Leitung entscheidet!

Ein Käufer, der Wert auf gediegene Verarbeitung, erstklassiges Material zu mäßigsten Preisen legt, entscheidet sich für

Möbel von A. Tschauder!

Ratibor Bahnhofstraße 4 — **Gleiwitz** Reichspräsidentenplatz 3

Wir nehmen keine Rücksicht

auf unsere Einkaufspreise, sondern geben alle Artikel in unserem

Total-Ausverkauf

zu jedem annehmbaren Preise ab

Papiergeschäft

DER VERLAGSANSTALT KIRSCH & MÜLLER GMBH.

Telefon Nr. 2200 — **Gleiwitz** — Wilhelmstraße 45

Aus Oberschlesien und Schlesien

Provinzial-Arbeiten dem oberschlesischen Handwerk

Provinziallandtag fordert Reichshilfe

Bahnbauten — Maßnahmen gegen Hochwasserschäden — Üwo soll Strompreis senken

(Eigener Bericht)

J. S. **Ratibor**, 18. März.

Den Hauptteil der reichhaltigen Tagesordnung hatte der Provinziallandtag bereits in der arbeitsreichen Tagung am Donnerstag erledigt. Für die Freitagsitzung blieb nur noch eine Reihe minder wichtiger Vorlagen, die die am Vortage so kampfeslustigen Abgeordneten keinesfalls mehr stark interessieren konnten. Die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Ausführung von dringenden Baumaßnahmen zur Verhütung von Hochwasserschäden hatte eben mit der Wirtschaftskrise oder einem verlorenen Krieg nichts zu tun. Hier galt es, die Mittel zu schaffen, um gegen Naturgewalten anzukämpfen. **Und in diesem Streite fanden sich Seite an Seite die scharfen Gegner des Vortages, die im Plenum des Provinziallandtages eine Kostprobe des kommenden Wahlkampfes gaben und nun gemeinsam einen Hilferuf an die Reichs- und Staatsstellen erließen, endlich die Bauten durchzuführen, die einen vollen Hochwasserschutz gewähren** und die Bevölkerung an den gefährdeten Odergebieten vor weiteren großen Schäden und seelischen Qualen bewahren. Besonders eindringlich ist der Appell an die Reichsregierung, den Bau des Staubeckens bei Sersno nach allen Kräften zu fördern und endlich auch die längst geplante Staubeckenanlagen in Ruda bei Ratiborhammer und in Malapane bei Turawa in Angriff zu nehmen. Die geschlossene Front der Parteien setzte sich auch für den Bau der Kleinbahn Rosenberg—Botzanowitz ein, **um ein ausgedehntes landwirtschaftliches Hinterland, das augenblicklich völlig abgeschlossen von jedem Verkehr liegt, zu erschließen und zahllosen Erwerbslosen Beschäftigung auf diese Weise zu geben.** Ein wahrhaft nutzbringendes Gebiet, das vordringlich genug ist, um durch die Osthilfe unterstützt zu werden. Erfreulicherweise hat der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes bei den meisten Abgeordneten Widerhall gefunden. Was noch im Vorjahre entschieden abgelehnt wurde, erhob der Provinziallandtag, durch die Not gezwungen, nunmehr zum Beschluß: **Die Schutzbauten sollen gegebenenfalls im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt werden.**

Die Provinzial-Feuer-Sozietät hat sich durch die Erhöhung der Beiträge um 10 Prozent die landwirtschaftlichen Vertreter unter den Abgeordneten zu scharfen Gegnern gemacht. Man war nicht überrascht über die oft scharfe Kritik am Haushaltsplan dieser Anstalt, und wenn auch zugegeben werden kann, daß sich in dem Haushaltsplan noch manche Abstriche tätigen lassen, so muß es doch als verfehlt bezeichnet werden, **wenn man die Mittel für die Brandverhütung streichen will, deren planmäßige Aufklärungsarbeit sich sicherlich reichlich bezahlt macht.** Die hunderttausend Mark, die zur Förderung des Feuerlöschwesens im Etat eingesetzt sind, mögen im ersten Augenblick als reichlich hoch erscheinen. Aber auch hier darf mit Recht erwartet werden, daß durch einen planvollen Ausbau der Brandbekämpfungseinrichtung recht erhebliche Werte vor der Zerstörung durch die Feuersbrunst gerettet werden können.

Die neuen Ausführungsbestimmungen zum Haushaltsplan sind ein deutliches Spiegelbild unserer Zeit. Sie machen der Provinzialverwaltung die größte Sparsamkeit zur Pflicht, verhindern jegliche Etatsüberschreitung und verpflichten die verantwortlichen Leiter, das Geld der Steuerzahler so zu verwenden, wie es durch das Interesse der Allgemeinheit geboten ist. Man kann es verstehen, daß die Abgeordneten des Oberschlesischen Provinziallandtags in erster Linie die Interessen des Handwerks und Gewerbes ihrer Heimatprovinz vertreten, und darf hoffen, daß die heftigen Worte der Kritik an der Arbeitvergebung nicht ohne Wirkung geblieben sind. Alle Arbeiten soweit wie möglich dem oberschlesischen Handwerk und Gewerbe, ist an sich eine selbstverständliche Parole für die Provinzialverwaltung, die ja ihre Aufträge mit dem Geld ihrer Steuerbezahler bezahlen muß. Aber wirtschaftliche Schranken aufzurichten und das oberschlesische Gebiet dem außeroberschlesischen Handwerk und Gewerbe völlig zu verschließen, wäre wohl das Falscheste, was man hätte tun können. Abgesehen davon, daß nicht jeder Auftrag von oberschlesischen Handwerkern ausgeführt werden kann, weil wir für verschiedene Arbeiten keine Spezialisten haben, **würden wir durch die notwendig folgenden Gegenmaßnahmen der angrenzenden Provinzen unserem eigenen Handwerk und Gewerbe die Möglichkeit nehmen, sich außerhalb unserer Provinz ihren Unterhalt zu verdienen.** Hier können nicht gesetzliche Bestimmungen helfen, sondern nur der aufrichtige Wille der Leiter der Provinzialverwaltung, die Arbeiten zu vergeben haben. Wir hoffen, daß man bei allen Aufträgen zuerst an die oberschlesischen Handwerker denkt, und nur, wenn sich keine Möglichkeit bietet, eine Arbeit durch Einheimische durchführen zu lassen, Aufträge nach außerhalb gegeben werden.

Sitzungsbericht

Nach der Eröffnung der Sitzung am Freitag vormittag durch den Vorsitzenden Graf Praschma erhielt der Abgeordnete Dr. Pawelke als Berichterstatter über den Bau der Kleinbahn Rosenberg—Botzanowitz das Wort. **Der Provinzialausschuß hat bereits 1927 auf Antrag des Kreises Rosenberg beschlossen, sich an der Aktiengesellschaft für den Ausbau der Kleinbahnen Rosenberg—Zawisna und Rosenberg—Botzanowitz in gleicher Höhe wie Reich und Staat zu beteiligen.** Die Aktiengesellschaft wurde 1928 mit einem Aktienkapital von 1 916 000 Mark für den Umbau der Kleinbahn Rosenberg—Zawisna gebildet. Der Bahnbau Rosenberg—Botzanowitz mußte zurückgestellt werden, da es an Mitteln fehlte. Der Oberschlesische Provinzialausschuß hat im Interesse der Sanierung des Kreises und der Rosenberger Kreisbahn AG. wiederholt die Notwendigkeit der Inbetriebnahme der Bahn Rosenberg—Botzanowitz gefordert. **Nur die Inbetriebnahme dieser Bahn gewährleiste nach seiner Ansicht eine wirtschaftliche Hebung des Unternehmens, und ferner liege der Ausbau der Bahn im öffentlichen Interesse,** da dadurch für viele vorhandene Erwerbslose langandauernde Verdienstmöglichkeit geschaffen wird.

Abg. Wyschka verlangt, daß die dort beschäftigten Arbeiter, wenn der Bahnbau wirklich durchgeführt wird, Tariflohn erhalten und die Arbeit nicht im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt wird.

Der Provinziallandtag beschloß darauf:

„Die Reichs- und Staatsregierung zu ersuchen, für den sehr dringenden

Bau der Kleinbahn Rosenberg—Botzanowitz

im Kreise Rosenberg, durch welchen ein ausgedehntes, landwirtschaftlich hochstehendes Hinterland, das jetzt völlig abseits vom Verkehr liegt, erschlossen wird, und der eine zwingende Notwendigkeit im Interesse der weiteren Betriebsfähigkeit der Kleinbahn Rosenberg—Zawisna ist, bei welcher Reich, Staat und Provinz mit einem zinslos investierten Aktienkapital von gegenwärtig je 503 000 RM beteiligt sind, Mittel baldigst bereitzustellen. Gleichzeitig wird gebeten, für diesen Bahnbau einen größeren Betrag als Beihilfe aus Mitteln der Osthilfe zu bewilligen."

Abg. Viehweger berichtete über eine Vorlage wegen Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Ausführung von erweiterten Baumaßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen Oder in Oberschlesien. Der Provinziallandtag hat die Staatsregierung wiederholt gebeten, die restlichen Baumaßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen, mittleren und unteren Oder in Oberschlesien beschleunigt durchzuführen. Leider hatten diese Anträge nicht den für ein Notstandsgebiet gewünschten Erfolg.

Es handelte sich um

folgende Bauvorhaben:

Die Normalisierung des Cosel-Klodnitzer Verbandsdeiches.

Die Eindeichung von Wellendorf.

Die Eindeichung der Odervorstadt in Oppeln.

Nie Normalisierung des Landsmirz-Biadaczower Deiches.

Den Ueberlaufpolder Zelasno.

Außerhalb des Generalplanes waren beantragt:

Der Flutkanal bei Oppeln.

Der Ueberlaufpolder Krappitz—Rogau.

1930 ist die Eindeichung der Odervorstadt in Oppeln in Angriff genommen und die Geldmittel sind bereitgestellt worden. Die Arbeiten sind bis auf einen kleinen Rest fertiggestellt. Der Bau des Ueberlaufpolders zum Schutze der Dörfer Zelasno und Borek erfordere die Beseitigung von 12 Gehöften.

Neben Ergänzungen bereits ausgeführter Anlagen, z. B. von Deichen, müssen

Kunst und Wissenschaft

Das Dresdener Streichquartett in Gleiwitz

Unter dem Titel „Deutsche Kammermusik in der Goethezeit" vermittelte uns die Cieplikſche Konzertdirektion einen Kammermusikabend des **Dresdener Streichquartetts.** (Die tiefe, innere Beziehung ist mir unklar geblieben.) Nach einem Vortrag des Musikdirektors Franz Kauf „Ueber Goethes Beziehungen zur Musik" begann das erstklassige Quartett (1. Violine Fritzsche, 2. Violine Schneider, Bratsche Riphans, Cello Kropholler) mit Mozarts „Jagdquartett", dessen Stimmungsgehalt nach kurzer Einfühlung durchaus erschöpft wurde. Das klangschöne Moderato erfreute durch tiefempfundene Wiedergabe, die auch im Prestosatze nichts an Deutlichkeit verlor. Die Vorwegnahme Beethovens Quartett A-Moll, Op. 132, erwies sich als günstig für die Aufnahmefähigkeit der Hörer, da der letzte Beethoven an Gebende und Aufnehmende hohe Anforderungen stellt. Die selbstlose Hingabe der Künstler, die alles technische Können zugunsten des Werkes zurückstellten, bannte die Hörer in jene Sammlung, die Beethoven für seine Kunst fordert. Mit Haydns „Quintenquartett", natürlich und schlicht dargeboten, fand die erhebende Feierstunde ihren Ausklang.

Es gibt in der Tat nichts Schwereres als Streichquartettspiel; hier wird an geistige Konzentration und zugleich an Empfindungsfähigkeit feinfühligster Art mehr verlangt als bei der Ausübung jeder anderen Art von Musik. Außer auf eine vollendete Klangschönheit dürfen die Dresdener Künstler mit Recht auf Einheitlichkeit ihres Vortrags stolz sein. Absolute Reinheit, Klarheit, Abrundung und musterhafte Einstimmigkeit sind die hochschätzbaren Faktoren ihres eindrucksvollen Spieles.

Der zumeist von Liebhabern edelsten Hausmusikgutes besuchte Abend war ein auserlesener Genuß, für den der vermittelnden Direktion herzlich gedankt sei. Die Künstler wurden sehr gefeiert.

—cor—.

Das Wunder von Konnersreuth

Kaplan Fahsel spricht in Hindenburg

Am Donnerstag abend sprach Kaplan Fahsel vor vollbesetztem Hause im Theatersaal der Donnersmarckhütte über das Thema „Konnersreuth". Der ungemein fesselnden, auf persönlichen Erfahrungen gegründeten Rede lauschte mit Hingabe eine ergriffene Menge. Der bekannte Gelehrte und Theologe hatte diesen Vortrag schon einmal in Beuthen gehalten, und er wurde an dieser Stelle ausführlich besprochen. Man weiß, daß Kaplan Fahsel „gewaltig" redet, die Massen suggestiv mitreißt und packt. Vor der Würde des Themas macht die Kritik halt. Haeckel sagt: wo die Wissenschaft aufhört, fängt der Glaube an; Goethe formuliert im „Faust": das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind. Das Wunder Konnersreuth steht jenseits von dem, was exakte Wissenschaft fassen, wägen und zählen kann. Wenn sich auch sonst mit Worten „trefflich streiten und mit Worten ein System bereiten" läßt, . . . hier versagt menschliches Wissen.

Kaplan Fahsel stützt seine Ausführungen auf eigenes 80tägiges Erleben in Konnersreuth und auf langjährige Beschäftigung mit den Werken christlicher Mystik. Er hält Therese für das klassische Beispiel einer Mystikerin, die, mit der außergewöhnlichen Begabung der Vision (in den Zwischenzuständen der Eingenommenheit) begnadet, das in sich verschließt, was als „eingegossene Theologie" bezeichnet werden kann. Therese ist jedoch sonst ein natürliches, humorbegabtes, derbes Bauernmädchen, das alles gerade heraussagt und durchaus wahrhaftig ist. Neben der Gabe der Contemplation, neben den geistigen Dingen käme es bei jeder echten Mystik aber auch auf materielle Wirkungen und Aeußerungen an. Auch Christus habe sich der Materie (Wundmale!) als Predigt bedient. Der Redner beschrieb im einzelnen, sehr realistisch, die Stigmata der Therese und kam zu dem Schlusse, daß Autosuggestion nicht Ursache dieser Erscheinungen sein könne. Das Wunder der langjährigen vollkommenen Nahrungslosigkeit, das Auftreten der Stigmata und der Visionen zu bestimmten, vorher von Therese genau angesagten Stunden und Zeiten beweise, daß der Körper Therese Neumanns aus den Bindungen des kosmischen Sonnenjahres heraus getreten und in das kirchliche Jahr hineinbezogen worden sei. Der Redner sprach ferner von den Begleiterscheinungen ihrer Visionen (genaue Beschreibung des Herodianischen Tempels), von dem Phänomen der mystischen Stellvertretung, von wunderbaren Bekehrungen, um schließlich als Sinn der Sendung Thereses dies herauszustellen, daß sie stumme Predigt des Heilweges vom Glauben bis zur Auferstehung sei, und daß sie die große Liebe lehre, für andere, selbst für ihre Feinde, zu leiden.

Der Beifall war groß. Man ging sehr nachdenklich auseinander.

Dr. Zehme.

Stadttheater Ratibor

Carl Zuckmayer: „Der Hauptmann von Köpenick"

Anno 1906 hat die ganze Welt über die unglaublich komische Geschichte des Hauptmanns von Köpenick gelacht: der Schuster Wilhelm Voigt, ein entlassener Sträfling, zieht mit einem Gefreiten und elf Mann, ausgewiesen durch eine schlecht sitzende Hauptmannsuniform, auf das Rathaus von Köpenick, um dort den Bürgermeister zu verhaften und die Kasse zu beschlagnahmen. Zuckmayer will in seinem Stück zeigen, wie ein solcher Streich möglich war. Daher läßt er der Kernszene eine lange Reihe von Bildern voraufgehen, die den Zweck einer soziologischen Grundlegung haben und das sympathisch Menschliche des armen Schusters betonen. Dafür fällt mancher scharfe, ironische Hieb auf den überspannten Militarismus, der diese Köpenickiade ermöglicht habe, die uns wie ein Märchen vorkommt.

Die Aufführung unter der sehr geschickten Regie von Carl van Gils war bis ins letzte sicher und sauber und brachte das Kunststück fertig, mit einem zahlenmäßig kleinen Ensemble die Personenfülle des Stückes zu bewältigen. Ganz ausgezeichnet gelang es, die bunte Mannigfaltigkeit von 15 Bildern geschmackvoll abzutönen und zu einem geschlossen wirkenden Gesamtspiel zu formen. Mit besonderer Anerkennung sei auch der flotten, exakten Leistungen des technischen Personals gedacht. In der Titelrolle verstand es Artur Ziegler ganz vortrefflich, mit allen schauspielerischen Mitteln das Menschliche der geplagten Kreatur herauszuarbeiten und die Innerlichkeit und Wärme des unglücklichen Schusters überzeugend darzustellen. Neben ihm standen an erster Stelle Carl van Gils in mehreren Rollen, besonders echt als gütiger Schwager Voigts und preußischer Unteroffizier von klassischer Pflichttreue, Fritz Pospich besonders als Trödler Krakauer, Ernst Walter als schneidiger Gardeoffizier und Kriminaldirektor. Auch alle die anderen Mitwirkenden gaben ihr Bestes und verdienten vollauf den starken Beifall für diese ganz ausgezeichnete Aufführung.

F.

Oberschlesien im Rundfunk. Alfred Hein, der aus Oberschlesien stammende Verfasser des Verdun-Romans „Eine Kompagnie Soldaten", spricht am Karfreitag, den 25. März, vormittags 11,30 Uhr, auf der Deutschen Welle Berlin, über den „Sinn des Kriegserlebnisses". — Ferner schildert Alfred Hein am oberschlesischen Abstimmungstag (20. März, vorm. 10,40 Uhr) im Mitteldeutschen Sender Leipzig die oberschlesische Landschaft.

Freie Volksbühne Beuthen. Sonntag, 11,30 Uhr, Morgenfeier im Stadttheater. Am Dienstag Erstaufführung „Die göttliche Jette". Sonderaufführung für alle Gruppen und Pflichtaufführung für die Gruppe E.

Bühnenvolksbund Beuthen. Heute wird „Die Geisha" gespielt. Für die Morgenfeier im Stadttheater am Sonntag gibt die Theatergemeinde ebenfalls Karten an ihre Mitglieder ab. Die nächsten Aufführungen sind: Sonnabend, 26. März, „Mignon", 28. März „Die göttliche Jette".

Protestkundgebung der Kriegsopfer in Gleiwitz

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 18. März.

Die Verbände der Kriegsopfer und Sozialrentner von Gleiwitz Stadt und Land haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und veranstalteten am Freitag im Schützenhaus eine große Protestkundgebung, an der die Mitglieder der einzelnen Verbände in großer Zahl teilnahmen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, **Wystemp**, begrüßte unter den Anwesenden die Vertreter der Behörden und führte dann aus, daß das an den Kriegsopfern und Sozialrentnern begangene Unrecht einen Protest gegen die entstandenen Härten notwendig mache. Die dauernde Ausnahmebehandlung der Kriegsopfer habe zu dieser Protestveranstaltung geführt.

Der Bezirksvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Ziemny, ging dann auf die Vorschriften der 4. Notverordnung, soweit sie die Kriegsopfer und die Sozialrentner betreffen, ein und nahm nachdrücklich

gegen die Kürzung der Versorgung

Stellung. Sodann wandte er sich gegen den Magistrat Gleiwitz und übte Kritik an der hier erfolgten Herabsetzung der im Etat für die Betreuung der Kriegsopfer eingesetzten Mittel um 30 000 Mark.

Gewerkschaftssekretär Ehren führte aus, daß der Appell der beteiligten Verbände an alle Parteien gerichtet sei, die aufgefordert werden, den in Not und Sorge befindlichen Kriegsopfern zu helfen. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Kriegsopfer sei außerordentlich schwer. **Die Unterstützungssätze seien in Oberschlesien und besonders auch in Gleiwitz viel zu niedrig.** Der Redner behandelte dann die von ihm selbst seinerzeit im Stadtparlament gestellten Anträge, die sich gegen die Herabsetzung der Renten gerichtet hatten, und wies darauf hin, daß inzwischen drei Monate verstrichen seien, daß aber der Magistrat keine Maßnahmen getroffen habe. Zum Schluß versicherte er, daß die Stadtverordneten alles tun würden, um die Lage der Kriegsopfer zu bessern.

Die Versammlung nahm mehrere

Entschließungen

an, deren erste sich gegen die Bestimmungen der vierten Notverordnung richtet, wonach die Anrechnung der Renten aus dem Reichsversorgungsgesetz auf die Rente der Sozialversicherung erfolgt. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung seien in der Krankenversicherung, in der Unfallversicherung, in der Invaliden- und Angestelltenversicherung derart rücksichtslose Neuerungen getroffen, daß sie eine unerträgliche Belastung der Betroffenen bedeuteten. Es verstoße gegen jedes soziale Empfinden und sei rechtlich als durchaus nicht zulässig zu erachten, daß durch die neuen Vorschriften in der Sozialversicherung besonders hart die Schwerstbeschädigten und die kinderreichen Familien betroffen werden. Es liegt ein großes Unrecht darin, daß die Sanierung der Sozialversicherungen fast ausschließlich auf Kosten der Aermsten der Armen erfolge. Die einmütige Forderung der Versammlung gehe dahin, daß diese unverantwortlichen Eingriffe in die Rechte der Kriegs- und Sozialrentner schnellstens beseitigt werden.

Eine zweite Entschließung richtet sich gegen die Stadt Gleiwitz und bringt zum Ausdruck, daß die kommunale Behörde nicht in dem Umfange die Interessen der Kriegsopfer vertrete, wie es eigentlich der Fall sein müßte. Die Versammlung erhebe Anklage gegen den Dezernenten des Wohlfahrtsamtes, der sich weigere, den durch die Wahl zusammengesetzten Beirat der Fürsorgestelle zu hören. Obwohl die Fälle ungerechtfertigter Behandlung und unzureichender Zuweisungen sich häufen, die Sperrmaßnahmen des Kämmerers unbegrenzte Härten hervorrufen, sei **trotz Nachsuchen mit entsprechender Begründung der Beirat nicht zusammengerufen worden**, der zum letzten Male im Jahre 1931 vor den Etatberatungen getagt habe. Die Versammlung richtete an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, bei der Aufstellung des Etats unter keinen Umständen eine Kürzung der Positionen „Kriegsverletztenfürsorge" und „Darlehn für Kriegsbeschädigte" zuzulassen oder gar eine Streichung zu billigen, da die Beteiligten schon jetzt angesichts der Kürzung der Renten der Verzweiflung nahe seien, bei einer Erkrankung aber ohne diese Hilfe verelenden.

Mit einer dritten Entschließung wandte sich die Versammlung gegen die Kürzungen der Unterstützungssätze in der gehobenen Fürsorge und verlangte, daß diese Unterstützungen in der gleichen Höhe wie in anderen Städten gezahlt werden, da die Notlage unter den Kriegsopfern bereits ein erschütterndes Ausmaß erreicht habe.

---

umfangreiche Stauanlagen

projektiert und in Angriff genommen werden. Stillstand wäre auch hier Rückschritt. Die Kosten der Ausführung solch eines umfassenden Hochwasserschutzprogramms seien fraglos erheblich. **Seine Verwirklichung dürfe aber nicht daran scheitern, daß eine privatwirtschaftliche Rentabilität nicht nachzuweisen sei,** denn hier spielen Dinge eine Rolle, die zahlenmäßig nicht zu bewerten seien. **Es seien nur erwähnt die seelische große Not der Einwohner der vom Hochwasser bedrohten Ortschaften und die alljährlich wiederkehrenden ungeheuren Schäden an Hab und Gut, die, kapitalisiert, die Verwirklichung eines ausgedehnten planmäßigen Schutzes vollauf rechtfertigen und einen kleinlichen Maßstab bei der Bewertung der Anlagen ablehnen müssen.** Neben dem großen volkswirtschaftlichen Nutzen, den ein solches Werk umschließt, wäre die Möglichkeit gegeben, eine große Anzahl Arbeitsloser jahrelang nutzbringend zu beschäftigen. Falls es in absehbarer Zeit nicht möglich sein sollte, Kredite zu beschaffen, wird die

Ausführung der Arbeiten im Wege des Arbeitsdienstes

durchzuführen sein

Abg. Wyschka erklärt, Berlin habe kein Interesse daran, der Provinz zu helfen. Die Forderung müsse mehr Nachdruck bekommen, um die Regierung auch von der Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen zu überzeugen.

Abg. Botzek weist darauf hin, daß sich die Forderung nach Abstellung des Notstandes wohl mit der Pflicht zur Arbeitsbeschaffung verbinden lasse, umso mehr, als es sich hier um reine Erdarbeiten handele.

Der Provinziallandtag begrüßt es sehr, daß der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Möglichkeit weiterer Maßnahmen zur Milderung der Hochwassergefahren auf das sorgfältigste prüft, bedauert es aber lebhaft, daß die Mittel für die Normalisierung des Cosel-Klodnitzer Deiches für die Eindeichung von Wellendorf und für die übrigen Odergesetzbauten noch nicht bereit gestellt worden sind. Im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten katastrophalen Hochwässer wird dringend beantragt, die restlichen Arbeiten aus dem Generalplan, insbesondere die Normalisierung des Cosel-Klodnitzer Deiches, die Eindeichung von Wellendorf und die Normalisierung des Landsmierz-Biadaczower Deiches mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen.

Darüber hinaus wird dringend ersucht, den Ortschaften Leng, Zawada, Schichowitz, Lassoki und Wellendorf durch bauliche Maßnahmen vollen Hochwasserschutz zu gewähren, soweit eine Umsiedlung nicht möglich ist, und die Ländereien gegen mittlere Hochwässer zu schützen, und daß die Maßnahmen, die in ein neues Kreditgesetz aufgenommen werden, bei Leistungsfähigkeit der Interessenten nicht unausgeführt bleiben, sondern daß die Baukosten ohne geldliche Heranziehung der Interessenten von Staat und Provinz getragen werden. Nach den Erfahrungen der letzten großen Hochwässer und unter Berücksichtigung der von der Tschechoslowakei in den Quellflüssen der Oder geplanten Maßnahmen soll ein neuer großzügiger

Plan für Schutzbauten an der oberen Oder

in Oberschlesien alsbald aufgestellt und mit der Tschechoslowakei wegen Errichtung von Staubecken in den Quellflüssen der Oder verhandelt werden. Die Reichsregierung wird eindringlichst gebeten, den Bau des Staubeckens bei Sersno nach Kräften zu fördern und Staubeckenanlagen in der Ruda bei Ratiborhammer und in der Malapane bei Turawa alsbald in Angriff zu nehmen.

Abg. Beier berichtete über den Entwurf einer Satzung über die

Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes

für die Provinz Oberschlesien. Es werden hier besonders die Bestimmungen interessieren, daß **die Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander in voller Höhe im Haushaltsplan zu veranschlagen sind.** Für Einnahmen und Ausgaben im anderen Ansatz als im Vorjahre für die nicht in den früheren Etats die Mittel in mindestens gleicher Höhe bewilligt worden sind und alle einmaligen außerordentlichen Ausgaben sind im Haushaltsplan zu erläutern. **Einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen dürfen erst dann in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn Pläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung die Kosten der baulichen Maßnahme etwaige Beiträge Dritter und die etwa vorgesehenen Gebühren und Abgaben ersichtlich sind.** Die Haushaltsmittel dürfen bei den einzelnen Zweckbestimmungen nur insoweit in Anspruch genommen werden, als sie zur wirtschaftlichen und sparsamen Führung der Verwaltung erforderlich sind. Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben, auch Maßnahmen, durch die für die Provinz Verbindlichkeiten entstehen können und für die Mittel im Haushaltsplane nicht vorgesehen sind, sind nur ausnahmsweise im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses zulässig und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Provinzialausschusses. **Besoldungen und andere Dienstbezüge dürfen nur nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen und nur wenn der Haushaltsplan die Mittel dazu zur Verfügung stellt, bewilligt werden.** Außerordentliche Vergütungen und Unterstützungen, soweit sie im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, dürfen nicht gewährt werden. **Jeder Vergebung von Lieferungen und Leistungen für die Provinz soll eine öffentliche Ausschreibung vorhergehen, sofern nicht besondere Umstände eine Abweichung rechtfertigen.**

Abg. Kregel machte Bedenken gegen diese Bestimmung über die Ausschreibung von Lieferungen und Leistungen der Provinz geltend. Man könne diese Bestimmung schon etwas schärfer fassen. **Es sei z. B. nicht notwendig, daß die Provinz den Straßenbau an außeroberschlesische Firmen vergebe.** Man erhöhe die Provinzialabgaben auf 18 Prozent und sei deshalb doppelt verpflichtet, das oberschlesische Handwerk und Gewerbe auch weitgehend zu unterstützen. Berliner Firmen zahlten keine Provinzialabgaben. Wenn man die Aufträge nach Oberschlesien vergebe, so habe man auch größere Gewähr dafür, daß gute Arbeit geleistet werde, daß sich die Firma bei der Provinz nur auf diese Weise empfehlen könne. Auswärtige Firmen hätten oft nur ein Interesse an möglichst hohem Verdienst.

Abg. Groß weist auf die besondere

Notlage des oberschlesischen Handwerks

und Gewerbes hin, für das man bisher immer schöne Worte gefunden habe, aber nichts tat. Das solle kein Mißtrauensvotum gegen den Landeshauptmann sein, der, wie er wisse, bestimmt das Bestreben habe, das Beste für das oberschlesische Handwerk und Gewerbe zu tun. Er sei aber überzeugt, **daß Unterorgane vielleicht aus eigenem Interesse tun, was ihnen gefällt.** Der Redner stellte den Antrag, die Arbeiten ausschließlich an oberschlesische Firmen zu vergeben.

Abg. Ehrhardt (Ztr.) erklärte diesen Antrag für undurchführbar, weil man nicht jede kleine Arbeit ausschreiben und auch nicht jede Arbeit von oberschlesischen Firmen ausgeführt werden könne.

Abg. Thomas (Dnat.)

erklärte, daß die Deutschnationale Fraktion aus denselben Gründen dem Antrage ihre Zustimmung versagen müsse. **Die Deutschnationalen werden sich stets dafür einsetzen, daß bei der Arbeitsvergebung, soweit es irgendwie möglich sei, das oberschlesische Handwerk und Gewerbe herangezogen werde.**

Abg. Martinius schlägt vor, eine bestimmte Mindestsumme festzusetzen, von der aus alle Arbeiten ausgeschrieben werden müssen.

Erster Landesrat Hirschberg

erklärte, daß die Arbeiten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Es sei der Vorwurf gemacht worden, daß die Provinzialverwaltung das oberschlesische Handwerk nicht genügend berücksichtige. Er könne versichern, daß man immer bestrebt sei, das oberschlesische Handwerk möglichst weitgehend zu beachten. Auch den Vorwurf der Bestechlichkeit oder des persönlichen Vorteils von Beamten bei Arbeitvergebung könne er nicht eingehen, solange nicht bestimmte Einzelfälle vorgebracht werden

Abg. Dr. Martinius (Ztr.) betonte, daß man auch mit oberschlesischen Firmen schlechte Erfahrungen machen könne. Die Arbeiten sollen nur an solche Firmen gegeben werden, die auch imstande seien, eine Sicherheit für die Erfüllung ihrer Pflichten zu bieten, damit es nicht wieder vorkomme, daß Löhne und Gehälter nicht bezahlt werden

Abg. Ehrhardt weist darauf hin, **daß 90 Prozent der Provinzialarbeiten von oberschlesischen Firmen durchgeführt wurden.**

Abg. Groß erklärt, daß Architekt Goltz, Oppeln, bei der Arbeitvergebung manche Firmen nicht berücksichtige. Aus welchen Gründen wisse er nicht. Bei der Provinzialbank in Ratibor hätten Hamburger Firmen Aufträge erhalten, die das oberschlesische Handwerk mindest genau so gut hätte erledigen können.

Abg. Tauche (Zentr.) warnt davor, Bestimmungen zu treffen, die dem oberschlesischen Handwerk schaden können. Absperrbestimmungen für auswärtige Firmen könnten bei den anderen Provinzen Gegenmaßnahmen hervorrufen.

Abg. Groß: Man kann kein oberschlesisches Handwerk nennen, das im Reich Aufträge erhalten hat.

Abg. Botzek: „Die oberschlesischen Fechtbrüder."

Die Vorlage wird schließlich in der ursprünglichen Fassung angenommen.

Abg. Dr. Opperskalski gab Bericht über die Vermögensübersicht der Oberschlesischen Provinzial-Feuer-Sozietät im Rechnungsjahr 1930. Das Verwaltungsjahr 1930 war ein Jahr aufsteigender Entwicklung. Der Zuwachs gegenüber dem Jahre 1929 betrug 8810 Versicherungen, 240 636 000 M. Versicherungssumme und 182 450 Mark Jahresbeitrag. Da in den ersten drei Jahren des Bestehens der Sozietät die Feuerversicherungsbeiträge auf dem Lande nicht ausreichten, um die Schäden eben auf dem Lande und die Verwaltungskosten zu decken, und so auf die Sicherheitsrücklage zurückgegriffen werden mußte, **sah man sich gezwungen, außerordentliche Beiträge in Höhe von 10 Prozent der festen Grundbeträge zu erheben.** Der Schadensverlauf in der

Feuerversicherung

war 1930 günstiger als in den Vorjahren. Zum ersten Male konnte die Sozietät ihre Sicherheitsrücklage erhöhen, die Ende 1930 1 170 300 Mark gegenüber 764 500 Mark Ende 1929 betrug. Um den Schadensverlauf gut zu beeinflussen, wurde eine Brandverhütungsstelle eingerichtet, die durch Aufklärung die Brandursachen bekämpft. Die Anschaffung von Handfeuerlöschern durch die Versicherungsnehmer wurde weiter gefördert und ganz besonders beschäftigte sich die Brandverhütungsstelle mit der Prüfung der Feuerlöschwasserverhältnisse.

Im Jahre 1930 wurden

442 Brandfälle

verfolgt, bei denen in 96 Fällen der Eigentümer der beschädigten Sachen oder dessen Angehörige und in 253 Fällen andere Personen im Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung standen. In 57 Fällen lag fahrlässige Brandstiftung und in 24 Fällen Brandstiftung durch Kinder vor. Bei den übrigen Fällen, soweit sie aufgeklärt werden konnten, wurden als Brandursache hauptsächlich schadhafte oder mangelhafte Feuerungs- und elektrische Anlagen ermittelt. **Wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung sind im Jahre 1930 in Oberschlesien 18 Personen und wegen versuchten Versicherungsbetruges 4 Personen mit Zuchthaus-, Gefängnis oder Geldstrafen bestraft worden.** Auch in der

Hagelversicherung

ist ein Zuwachs festzustellen. Der Schadensverlauf war in Oberschlesien nicht ungünstig. **An 17 Schadenstagen haben 45 Feldmarken 104 Schäden erlitten, wofür insgesamt 22 095 Mark an Entschädigung gezahlt wurden.** Im Voranschlag für 1932 ist ein Minusbetrag gegenüber dem Vorjahre von 22 000 Mark feststellbar.

Abg. Kregel (Landvolkpart.) wies darauf hin, da im Vorjahre bereits das Versprechen gegeben worden sei, die Beiträge wieder herabzusetzen. Es sei aber nicht geschehen. Man spreche viel von der Notwendigkeit des Sparens. Daß man es wirklich tun wolle, könne man hier unter Beweis stellen, denn es bietet sich reichlich Gelegenheit. **So habe man früher nebenamtliche Versicherungskommissare gehabt, und nun habe man in jedem Kreis einen selbständigen Beamten angestellt, und im Etat seien 66 000 Mk. dafür ausgeworfen.** Die Brandverhütungsstelle sei ebenfalls überflüssig und kostet 75 000 Mark.

Abg. Botzek beanstandete die hohen Ausgaben für Bürobedürfnisse in Höhe von 22 000 Mark. In den Büros schwimme man in Papier. Interessant sei es, wie die Aufträge für Vordrucke vergeben werden. Einen Druckauftrag erhalten nur die Druckereien, die gute Fühlung zu den heutigen Machthabern haben, wie z. B. die „Ratiborer Rundschau.

Generaldirektor Tauche

machte geltend, daß es bei der hohen Summe der Versicherungen nicht möglich sei, jährlich alle Versicherungswerte neu einzuschätzen. **Jeder Versicherte habe aber das Recht, einen entsprechenden Antrag zu stellen.** Seiner Ansicht nach lassen sich nach Lage der Dinge keine weiteren Abstriche vornehmen.

Abg. Rathmann (Dnat.)

betonte, daß man auch nicht den Versuch gemacht habe, der Zeit entsprechende Sparmaßnahmen durchzuführen. Er habe das Gefühl, daß Generaldirektor Tauche mit seinem Stab von über 100 Beamten und seinem Autopark keine allzugroße Anstrengungen gemacht hätte, um Einsparungen zu treffen. Er zeigte eine Reihe von Etattiteln auf, bei denen Streichungen ohne weiteres durchgeführt werden könnten. **Nur durch Herabsetzung der Ausgaben könne die Grundlage für Senkung der Prämie geschaffen werden. Der Landeshauptmann habe freiwillig auf einen Teil der ihm zur Verfügung stehenden Gelder verzichtet, und er bitte Generaldirektor Tauche dringend, die gleiche Tugend zu üben.**

Abg. Botzek wandte sich gegen eine Kürzung der Beihilfen für Unterstützung des Feuerlöschwesens. Es sei höchste Zeit, daß jede Gemeinde eine neuzeitliche Feuerspritze erhalte. Wenn nachts ein Brand ausbreche und die Druckmannschaft zusammengesucht werden müsse, so könne man immer wieder erleben, daß sich die meisten auch wirklich drücken.

Generaldirektor Tauche betonte, daß alle Sozietäten in Deutschland den Standpunkt einnehmen, daß zur Förderung des Feuerlöschwesens nicht genug getan werden könne. Der Voranschlag der Oberschlesischen Provinzialfeuersozietät für 1932 wurde vom Provinziallandtag genehmigt und die Vermögensübersicht mit den Abrechnungen für das Rechnungsjahr 1930 genehmigt.

Abg. Tauche gab Bericht über die Gewinn- und Verlustrechnung der

Oberschlesischen Stadtschaft

vom Rechnungsjahr 1930.

Dank der im Frühjahr 1930 einsetzenden und im zweiten Vierteljahr unverminderten lebhaften Nachfrage nach Pfandbriefen konnte die Preußische Zentralstadtschaft Goldpfandbriefe im Betrage von über 81 Millionen GM vom Emissionskonto verkaufen. Der Bestand an abgerechneten Hypotheken erhöhte sich von GM 10 855 800 auf GM 20 962 500, die sich auf 815 Darlehnsnehmer verteilen. Zurückgezahlt wurden GM 62 500 auf 13 Hypotheken. Von den im Jahre 1930 zur Abrechnung gelangten Beträgen entfallen auf Altbauten GM 482 500, auf Neubauten GM 9 686 700. **Die Reichszwischenkredite wurden bis auf einen Betrag von GM 264 000, der bis zum 1. März 1931 verlängert wurde, zurückgezahlt.** Vorschüsse konnten, soweit notwendig, im Berichtsjahre in ausreichendem Umfange zur Verfügung gestellt werden. Am Jahresende beliefen sie sich nur noch auf RM 191 000. **Die Oberschlesische Stadtschaft ist seit ihrem Bestehen an der Erstellung von insgesamt 3 058 Wohnungen beteiligt.** Hiervon entfallen 2977 Wohnungen auf die bereits endgültig abgerechneten Darlehen. Die Auswirkung der Wirtschaftsnot, insbesondere aber der ungünstigen Finanzierungsmöglichkeiten des Jahres 1929, die durch hohe Zwischenkreditzinsen und niedrige Abrechnungskurse eine Ueberhöhung der Baukosten mit sich brachten, zeigt sich in der Zahl der Zwangsversteigerungen, die sich bei Altbauten auf 20, bei Neubauten auf 60 erhöhten. In 32 Fällen ist das Verfahren aufgehoben worden, bei 20 Grundstücken zur Durchführung gelangt. Die Hypotheken haben durchschnittlich 70 v. H. des Versteigerungserlöses ausgemacht. Der wirkliche Versteigerungswert würde ein noch günstigeres Bild für den Hundertsatz ergeben, da in vielen Fällen Nachhypothekare nur die vorgehenden Hypotheken ausbieten. Außerdem sah sich die Oberschlesische Stadtschaft gezwungen, in 13 Fällen die Zwangsverwaltung einzuleiten. Die Zinsrückstände auf abgerechnete Darlehen betrugen am 31. Dezember 1930 RM 178 191,44 = 11,43 v. H. der Gesamtleistungen. Von dem Ueberschuß in Höhe von 38 774,84 RM sollen 30 000 RM der Betriebsmasse zugeführt, die restlichen 8 774,84 RM auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Abgeordneter Dr. Paweike berichtete über einen Status über die Befugnis der Veräußerung von Grundstücken der Chaussee-Bauverwaltung bis zum Schätzwerte von 10 000 Mark. Im Zusammenhang mit der Uebernahme von 1213 Kilometer Hauptdurchgangsstraßen auf die Provinz werde eine grundsätzliche, auch grundbuch- und katasteramtliche Bereinigung der Eigentumsverhältnisse an den jetzt provinziellen Hauptdurchgangsstraßen notwendig werden. Hierbei werden nicht nur die Eigentumsverhältnisse geklärt, sondern auch Parzellenaustausche usw. vorgenommen wer-

Oberschlesien ehrt Robert Koch

Gleiwitz, 18. März.

Die am Sonntag im Münzersaal des „Hauses Oberschlesien" in Gleiwitz stattfindende Robert-Koch-Gedenkfeier verdient insofern gerade in Oberschlesien ganz besondere Beachtung und Würdigung, als der Entdecker des Tuberkelbazillus ein geborener Oberschlesier ist. Die Wiege von Robert Koch stand in Tarnowitz. Es ist daher bestimmt damit zu rechnen, daß auch sehr viele Ostoberschlesier nicht versäumen werden, an der Gedenkfeier teilzunehmen.

---

den müssen. Während eine Erwerbung von Grundstücken nicht der Beschlußfassung des Provinziallandtags unterliege, müsse der Landtag über die Veräußerung von Grundstücken beschließen. Er könne jedoch dem Provinzialausschuß dieses Recht durch Provinzialstatut übertragen, soweit es sich um einzelne Verwaltungszweige und Anstalten sowie um Grundstücke minderen Wertes handelt. **Der Provinziallandtag übertrug dem Provinzialausschuß die Befugnis zur Veräußerung von Grundstücken der Chausseebauverwaltung bis zum Schätzungswert von 10 000 Mark.**

Nachdem der Provinziallandtag über den Erlaß einer Gebührenordnung und ein Gesetz zur Abänderung der Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in Schlesien beschlossen hatte, berichtete der Abgeordnete Boese über die neue

Geschäftsordnung für den Provinziallandtag

Als Fraktion gilt eine Vereinigung von mindestens drei Abgeordneten, die sich zur gemeinsamen dauernden Arbeit im Provinziallandtag vereinigt haben. Die für den Provinziallandtag bestimmten Vorlagen der Staatsregierung und des Provinzialausschusses sind dem Abgeordneten rechtzeitig, möglichst vor Eröffnung des Provinziallandtages, gedruckt zuzusenden. Ueber Haushaltspläne wird in zwei Beratungen, über alle anderen Vorlagen in einer Beratung beschlossen. Uranträge müssen schriftlich eingereicht werden und von mindestens fünf Abgeordneten unterzeichnet sein. Die Reihenfolge der Redner bestimmt der Vorsitzende nach Stärke der Fraktionen oder nach Reihenmeldungen der Wortmeldungen. **Für bestimmte Beratungen kann der Provinziallandtag mit Mehrheit eine Längstdauer der Rede festsetzen.** Der Provinziallandtag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist. Wird die Beschlußfähigkeit durch einen Abgeordneten angezweifelt, so stellt der Vorsitzende fest, ob das der Fall ist. **Wer bei einer namentlichen Abstimmung oder bei namentlichem Aufruf durch den Vorsitzenden fehlt, verliert das ihm zustehende Tagegeld, falls er nicht beurlaubt ist.** Ohne Aussprache wurde die Geschäftsordnung mit den neuen Aenderungen angenommen.

Zum Schluß wurde noch ein Dringlichkeitsantrag behandelt, nach dem die Provinzialverwaltung ihren Einfluß dahin geltend machen soll, daß das Ueberlandwerk die Strompreise für die Landwirte entsprechend der 16prozentigen Herabsetzung der Kohlenpreise senkt. Der Antrag wurde damit begründet, daß die Notverordnung vorsehe, daß die Kohlenpreissenkung sich bis zum letzten Verbraucher auswirken solle. Wenn das Ueberlandwerk dem Schuhunternehmer Bata ganz erhebliche Sondervorteile einräumen könne, so müsse man um so mehr erwarten, daß es auch Verständnis für die schwierige Lage der Landwirtschaft habe.

Der Antrag wurde angenommen, worauf der Vorsitzende, Graf Praschma, nach Dankesworten an den Landeshauptmann und seine Mitarbeiter für die Unterstützung der Arbeit die Provinziallandtagung schloß.

Zusammenstöße mit Schmugglern

Ein Toter, drei Schwerverletzte

Kattowitz, 18. März.

Der Berufsschmuggler Robert Schender aus Zgorzelletz wurde heute nacht, als er der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge leistete, von einem polnischen Zollbeamten unweit der Grenzstelle Hohenlinde erschossen. Der Schmuggler hatte zwei Säcke Apfelsinen und Maggiwürfel bei sich.

Dieser Tage beobachteten einige Zollbeamte, wie zwei bekannte Schmuggler mehrere Pakete in den von Beuthen über Eichenau nach Kattowitz fahrenden Zug schafften. Als die Schmuggler die Waren in Eichenau ausladen wollten, wurden sie von den Zollbeamten gestellt und ergriffen die Flucht. Da sie auf mehrmaligen Anruf nicht stehen blieben, schossen die Beamten und verwundeten beide so schwer, daß diese ins Lazarett geschafft werden mußten. Dabei wurde auch ein nichtbeteiligter Arbeitsloser leicht verletzt. Den Zollbeamten fielen größere Mengen Kaffee usw. in die Hände. Im Zusammenhang damit wurden in Eichenau noch mehrere Personen festgenommen.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich bei Ruptau, unweit der tschechischen Grenze ab, wo ein polnischer Grenzbeamter einen Schmuggler aus dem Kreise Rybnik anschoß, der eine schwere Beinverletzung davontrug.

Warnung vor Inseraten-Schwindlern

Die Firma Langner & Co., Adreßbuch-Verlag, Inhaber Gasinski, Breslau, versucht zur Zeit, in der Provinz Inserate für ein Schlesisches Firmen-Adreßbuch zu werben, und es liegt Grund zur Annahme vor, daß sie ihre Tätigkeit auch auf Oberschlesien ausdehnen wird. Nach den vorliegenden Probeseiten zu urteilen, handelt es sich hierbei um ein für die Geschäftswelt unbrauchbares Buch. Die Industrie- und Handelskammer Breslau hat die Löschung der Firma Langner & Co. im Handelsregister beantragt, nachdem der Inhaber, Gasinski, zugleich für seine Firma den Offenbarungseid am 4. November 1931 geleistet hat.

Oberschlesien im Tonfilm

Gleiwitz, 18. März.

Abschnitte der von der Ortsgruppe Gleiwitz der Heimattreuen Oberschlesier am kommenden Sonntag auf dem Reichspräsidentenplatz zur Durchführung kommenden Abstimmungsgedenkfeier werden erstmals getonfilmt werden, um teilweise in der Ufa-, teilweise in der Emelka-Wochenschau durch sämtliche deutschen Kinos zu laufen und so das deutsche Volk auch auf diesem modernsten Wege über die Leiden der oberschlesischen Grenzbevölkerung aufzuklären, aber auch zu zeigen, welche Werte im oberschlesischen Grenzland stecken. Die Aufnahmen für diesen oberschlesischen Tonfilm haben bereits begonnen. Bisher sind u. a. der Grenzverlauf an den Delbrückschächten bei Hindenburg, der Grenzverkehr überhaupt, der Korridor bei Rudahammer sowie das Ottmachauer Staubecken getonfilmt worden. Weitere Tonfilme werden in Schönwald aufgenommen werden, und schließlich werden am Sonnabend vormittag auf dem Gleiwitzer Flughafen die neuesten Maßnahmen zur Warnung fremdländischer Flieger vor einer Ueberfliegung deutschen Hoheitsgebietes — das Abschießen von Rauchbomben — praktisch vorgeführt und im Tonfilm festgehalten werden. Neben der Kundgebung am kommenden Sonntag auf dem Reichspräsidentenplatz hinter dem „Haus Oberschlesien" wird auch eine Freilichtaufführung auf der Burgruine Tost Motive für eine Wiedergabe im Tonfilm abgeben.

Stadtverordnetensitzung Gleiwitz

Magistrat Gleiwitz erhält Ausgabe-Vollmacht

Genehmigung der Kanalisationsordnung — Kleine Vorlagen

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 18. März

Das Stadtparlament hatte diesmal für die öffentliche Sitzung eine Tagesordnung, die an Kürze gar nicht mehr überboten werden konnte. Nur vier Tagesordnungspunkte waren zu beraten, allerdings kamen im Laufe der Verhandlungen noch einige Kleinigkeiten dazu. Der wesentlichste Beschluß, der zu fassen war, bezog sich auf das Recht des Magistrats, Ausgaben zu machen, bevor der Haushaltsplan genehmigt ist. Das Stadtparlament stimmte unter der Voraussetzung zu, daß sich der Magistrat, bevor er nennenswerte Ausgaben macht, mit dem Finanzausschuß in Verbindung setzt. Auf diese Weise wird, wenn auch das Stadtparlament im allgemeinen ziemlich weitgehend ausgeschaltet ist, doch eine gewisse Verbindung zwischen Magistrat und Stadtparlament in der Ausgabenwirtschaft aufrecht erhalten. Die übrigen Beschlüsse waren nicht sonderlich schwerwiegend: von Bedeutung vielleicht noch die Zustimmung zu der Ordnung über den Anschluß an die Stadtentwässerung, die von gewisser Bedeutung für die Bautätigkeit ist.

Sitzungsbericht

Nach der Eröffnung der Sitzung durch Stadtv.-Vorsteher **Kucharz** richtete Stadtv. **Leschnik** (Zentr.) eine Anfrage an den Magistrat bezüglich der Erhebung von Steuern und Gebühren. Den Bürgern seien unerträgliche Härten bei der Erhebung der Steuern und Gebühren zugemutet worden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage für Handwerk, Gewerbe und Haus- und Grundbesitz, viele Betriebe dem Erliegen nahe sind, solle der Magistrat den außerordentlich starken Steuerdruck dadurch mildern, daß **die Mahnungen in Zukunft nicht mehr durch Vollstreckungsbeamte, sondern durch Postnachnahmen erfolgen,** daß die Anträge auf Stundung der Hauszinssteuer innerhalb acht Tagen entschieden werden, daß die vom Katasteramt geforderten Feststellungen in Hauszinssteuersachen innerhalb acht Tagen erledigt werden, daß ferner die periodisch eingehenden Entscheidungen des Katasteramtes sofort der Steuerkasse zugeleitet werden. **Der Hausbesitzer müsse in die Lage versetzt werden, rechtzeitig die ermäßigte Miete errechnen zu können, selbst aber vor Zwangsbeitreibung gesichert sein.** In denjenigen Fällen, wo Mieten für Steuer gepfändet sind, müßten dem Vermieter die Mittel zur Zahlung von Zinsen und Betriebskosten sowie das Existenzminimum verbleiben. Die Anfragerede schloß mit dem Wunsch, daß die Beamten der Steuerkasse ungehörige Redensarten unterlassen sollen. Da der Stadtkämmerer an der Sitzung nicht teilnahm, wurde diese Anfrage zurückgestellt und wird wohl in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Stadtv. **Pospiech** (Zentr.) führte dann darüber Klage, daß im Stadtteil Sosnitza nur in sehr geringem Umfange bedürftigen Schulkindern die Schulmaterialien geliefert werden. Es seien außerordentliche Härten entstanden.

Magistratsrat **Brzezinka** bestätigte, daß tatsächlich die Schulkinder im Stadtteil Sosnitza außerordentlich benachteiligt waren. Während in den Volksschulen innerhalb der Stadt 22 Prozent der Schulkinder die benötigten Schulmaterialien erhalten, waren in dem Stadtteil Sosnitza nur etwa 4 Prozent unterstützt worden. Da gerade im Stadtteil Sosnitza zahlreiche Erwerbslose wohnen, die ihren Kindern keine Schulmaterialien kaufen können, war hier die Unterstützung umso notwendiger. Das Stadtschulamt hat inzwischen die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um diese Härten abzustellen.

Stadtv. **Neblich** (Nat.-Soz.) erhob Protest dagegen, daß seitens der Stadt Gelder, die zur Verwendung für öffentliche Zwecke dienen sollen, für parteipolitische Zwecke gegeben worden sind. Es handelt sich um Beihilfen für das Reichsbanner. Außerdem erklärte der Redner, er habe gehört, daß Beträge an die Kreuzschar gegeben worden seien. Diese letztere Behauptung wurde von Oberbürgermeister Dr. Geisler bestritten. Eine weitere Anfrage von Stadtv. Neblich befaßte sich mit der Vergebung der Aufträge durch das Wohlfahrtsamt. Es sei darüber Klage geführt worden, daß ein Gleiwitzer Kaufmann mit der Lieferung der Lebensmittel für die Krankenhäuser beauftragt worden sei. Stadtrat Dr. Jeglinski erklärte, daß die Aufträge immer ausgeschrieben und der Zuschlag dem billigsten Bietenden erteilt wurde.

Ein Antrag der Wirtschaftsvereinigung verlangte, daß die Kaution, die vom Magistrat bei der Vergebung von Aufträgen an das Handwerk verlangt wird und zwei Jahre stehen bleiben muß, von 5 Prozent auf ein Prozent der Auftragssumme ermäßigt werde. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß dieser ermäßigte Betrag genügen würde und daß die Stellung einer 5prozentigen Kaution zahlreichen Handwerkern unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich sei. Der Antrag wurde der Baudeputation zugeleitet.

Stadtv.-Vorst. **Kucharz** gab dann die Einladung der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier an das Stadtparlament zu der Sonntag stattfindenden Kundgebung bekannt und teilte mit, daß sich der Magistrat bereit erklärt habe, in denjenigen Fällen an Kleinrentner zusätzliche Wohlfahrtsunterstützungen zu zahlen, in denen die Unterstützung unterhalb der Richtsätze liegt. Zu dem in der vergangenen Sitzung gefaßten Beschluß des Stadtparlaments, daß die Getränkesteuer aufgehoben und die Biersteuer gesenkt werden solle, hat der Magistrat erklärt, daß er es ablehne, diesen Beschluß an die Regierung weiterzuleiten, weil die Stadt nicht eine Steuersenkung fordern und auf der anderen Seite Beihilfen verlangen könne. Der Magistrat hatte an seiner Ablehnung eine Bemerkung angeknüpft, die sich gegen das Zustandekommen des Beschlusses richtete. Stadtv. Dr. Herrnstadt (Soz.) protestierte gegen die seitens des Magistrats dem Stadtparlament erteilte Rüge.

Die Oberschlesischen Verkehrsbetriebe haben eine Senkung der Straßenbahnpreise noch nicht vorgenommen.

Der Magistrat hat bei der Regierung die Entziehung der Konzession und deren Uebertragung an die Stadt Gleiwitz beantragt.

Nach einem Bericht von Stadtv. **Dr. Hanke** (Zentr.) wurde Reichsbahnsekretär i. R. Glowalla als Schiedsmann für den 8. Bezirk, der in der Gegend der Waldschule liegt, wiedergewählt.

Stadtv. **Reinke** (Dnat.) berichtete über die Jahresrechnung für 1926 und teilte mit, daß es kaum möglich sei, auf einzelne Dinge einzugehen,

weil ein mehrstündiger Vortrag dazu notwendig wäre. Im Jahre 1926 seien außerordentlich hohe Etatüberschreitungen gemacht worden. Ferner habe **der Magistrat in erheblichem Umfange Ausgaben gemacht, die das Stadtparlament gar nicht bewilligt hatte.** Die Etatüberschreitung hat den Betrag von drei Millionen Mark erreicht. Die zahlreichen Dienststellen des Magistrats hätten sich an die Beschlüsse des Stadtparlaments nicht gehalten. **Die Jahresrechnung schließe mit einem Fehlbetrag von 347 000 Mark** ab. Nachdem aber eine vollständige Umorganisation in der städtischen Verwaltung eingetreten sei, könne nunmehr die Entlastung dieser Jahresrechnung vorgeschlagen werden. Das Stadtparlament genehmigte nachträglich die Ueberschreitungen und stimmte der Entlastung der Jahresrechnung zu.

Stadtv. **Leschnik** (Zentr.) berichtete nunmehr ausführlich über die neue Ordnung betreffend den

Anschluß an die Stadtentwässerung.

Nachdem einige Aenderungen vorgenommen waren, stimmte das Stadtparlament der neuen Ordnung zu und genehmigte auch die Erhebung der Anschluß- und Entwässerungsgebühren. Die einmaligen Gebühren betragen 25.— Mark für den laufenden Meter der Grundstücksgrenze gegen die Straße.

Die laufenden Gebühren wurden auf drei Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes, die Zuschußgebühren auf fünf Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes festgesetzt.

Diese Regelung ist zunächst als vorläufig anzusehen, da die Gebühren endgültig erst bei der Etatberatung festgesetzt werden.

Der Magistrat beantragte mit Rücksicht auf die Umgestaltung des Etats und auf die Zeit, die noch bis zur Verabschiedung des Etats vergehen wird, daß er ermächtigt werde, diejenigen Ausgaben zu leisten, die bei sparsamster Wirtschaft notwendig sind, um die Verwaltungsgeschäfte durchzuführen und den Verpflichtungen der Stadt zu genügen. Ebenso sollen die Steuern in dem bisherigen Umfang weiter erhoben werden. Das Stadtparlament stimmte diesem Antrage zu, setzte daran jedoch auf Antrag des Stadtv. Brzezinka (Zentr.) die Voraussetzung, daß der Magistrat sich bei wichtigen Ausgaben um die Bewilligung an den Finanzausschuß wenden muß.

Seitens der kommunistischen Fraktion wurde ein Antrag eingebracht, der sich mit Erwerbslosenfragen befaßte. Insbesondere wurde eine **zweckmäßigere Auszahlung der Unterstützungsbeträge** verlangt. Soweit es sich um die Auszahlung der Unterstützung handelte, sind seitens des Wohlfahrtsamtes bereits Schritte unternommen worden, soweit es sich um die Forderungen für die Erwerbslosen handelt, wurde der Antrag dem Finanzausschuß überwiesen.

Stadtverordnetensitzung Hindenburg

Sturmlauf gegen die hohen Tarife

(Eigener Bericht)

Die Sitzung der Hindenburger Stadtverordnetenversammlung am Freitag nahm dank der flotten Geschäftsführung des Stadtverordnetenvorstehers Siara einen lebhaften Verlauf. Es fehlte auch nicht an Zusammenstößen. Von vornherein konnte man annehmen, daß sie nur kurz sein werde, weil die Parteiführer und die sogenannten Dauerredner zum Provinziallandtag nach Ratibor abgeordnet waren. Die Provinziallandtagsabgeordneten erschienen jedoch pünktlich auf der Bildfläche, um in der Zeit der Sparmaßnahmen und Notverordnungen an den Geschicken von Groß-Hindenburg Anteil zu nehmen. Die Notverordnungen machten sich in dieser Sitzung erheblich bemerkbar. Etatsfragen standen zwar nicht zur Beratung an, jedoch Etatsüberschreitungen und Nachbewilligungen von Mitteln für allerlei Zwecke. Die Kommunisten und Wirtschaftsparteiler warteten mit Dringlichkeitsanträgen auf, die zu lebhaften Erörterungen führten. Der kommunistische Stadtverordnete Wyschka machte sogar dem Stadtverordnetenvorsteher die schneidige Leitung der Sitzung zum Vorwurf, indem er ihm einen Feldwebelton unterschob. Lebhaft wurde die Verhandlung dann anläßlich der Vorlage auf Genehmigung der Jahresrechnung der Stadthauptkasse für 1929. Sie wurde lebhafter bei der Nachbewilligung von Geldmitteln und am lebhaftesten bei der Beratung der kommunistischen und wirtschaftsparteilichen Anträge. Die Versammlung nahm auch gegen die Tarife des Verbandsgaswerkes, des Zentralwasserwerkes und der Oberschlesischen Ueberlandbahnen Stellung. Den Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei auf Ermäßigung der kommunalen Biersteuer und der Schankverzehrsteuer um 50 Prozent sowie der Marktstandsgelder um 20 Prozent machten sich auch die Kommunisten zu eigen. Bei Beratung des erstgedachten Antrages, den der Stadtverordnetenvorsteher Siara als ungesetzlich bezeichnete, so daß er der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung nicht unterliege, kam es sogar so weit, daß der Stadtverordnetenvorsteher seinen Platz verließ, weil er sich nicht für berechtigt hielt, diesen Antrag behandeln zu lassen. Als der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Hille nachher die gleiche Erklärung abgab, wollte der kommunistische Stadtverordnete Hartmann schnell in die Bresche springen und die Versammlung leiten, was natürlich lebhafte Heiterkeit auslöste. Hier mußte der Oberbürgermeister Franz einschreiten und die Versammlung dahin belehren, daß sie gehalten sei, sogleich eine Vorlage über die Deckung der durch die beantragte Minderung der Einnahmen zu unterbreiten. Als sich die Mehrheit des Hauses wieder der Geschäftsordnung näherte und Unklarheiten geklärt waren, konnte man zur formellen Behandlung der Anträge schreiten. Aber auch dann entspann sich ein kommunalpolitischer Streit über Zuständigkeit und Nichtzuständigkeit. Als Oberbürgermeister Franz auch die Ermäßigung der Marktstandsgebühr als nicht zur Preissenkungsaktion gehörig bezeichnete, und auch diese Vorlage als unzulässig erachtete, belegte ihn Stadtv. Wyschka (Komm.) mit dem Kosenamen „Einpeitscher" und „Demagoge", wofür er sich einen Ordnungsruf zuzog. Sodann wurde der Konfliktfall durch die sachliche Beschlußfassung erledigt.

Späte Etatskritik in Hindenburg

Stadtverordnetenvorsteher Siara eröffnete die Sitzung und trat sogleich in die Tagesordnung ein. Der Stadtv. Lentner berichtet über die Jahresrechnung der Stadthauptkasse für 1929 und erörterte besonders die Zuschüsse, die die einzelnen Verwaltungen erforderten. In einigen Fällen wandte er sich gegen die Buchungsart, die ein falsches Bild gewähre. Es seien auch sehr erhebliche Ueberschreitungen vorgekommen, die vermieden werden konnten. Auch die so oft gerügten kleineren Buchungs- und Rechnungsfehler müßten vermieden werden. Der Abschluß der ordentlichen Verwaltung ist folgender: Der Etat sieht 17 835 316,01 Mark in Einnahme und 18 491 316,01 Mark in Ausgabe, mithin einen

Fehlbetrag von 656 000 Mark

vor. Die wirkliche Einnahme betrug 20 255 872,21 Mark und die Ausgabe 20 259 927,89 Mark, sodaß sich ein Fehlbetrag von 4 055,68 Mark ergab. Die Etatsüberschreitung und deren Deckung ist folgendermaßen begründet: Die Bruttoüberschreitungen betragen nach der Jahresrechnung 3 456 456,56 Mark; dagegen sind Minderausgaben von 962 034,20 Mark zu verzeichnen. Der verbleibenden Ueberschreitung der Ausgaben in Höhe von 2 494 422,36 Mark kommt noch eine Ausgabenersparnis von 725 810,48 Mark zugute, sodaß die Netto-Ueberschreitung 1 768 611,88 Mark beträgt. Die gegenüber dem Etatsansatz sich ergebende Mehreinnahme beträgt 2 420 556,20 Mark. Sie ist durch den Fehlbetrag von 656 000 Mark belastet und es bleibt daher eine Mehreinnahme von 1 764 556,20 Mark. Stellt man dieser die Nettoüberschreitung von 1 768 611,88 Mark gegenüber, so ergibt sich **Ende 1929 ein ungedeckter Fehlbetrag von 4 055,68 Mark.** Die Erinnerungen sind als erledigt zu betrachten. Der Berichterstatter sprach den Wunsch aus, daß der Magistrat zukünftig nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren möge. Er warnte vor der Unterschätzung der Einnahmen bei der Etatsaufstellung.

Der kommunistische Stadtv. **Wyschka** übte an den Ausgaben Kritik und bemängelte auch die späte Vorlage der Rechnung für 1929.

Stadtv. **Groß** (Wirtsch. P.) kritisierte besonders die Vergebung von Lieferungen nach auswärts zu einer Zeit, in der das heimische Gewerbe darniederliegt.

Stadtv. **Wyschka** verlangt für die Zukunft Aufstellungen über die Steuerrückstände und Ausgabenüberschreitungen nebst Angaben, wie letztere gedeckt werden sollen.

Zur Jahresrechnung 1929 entspann sich noch eine lebhafte Aussprache.

Oberbürgermeister **Franz** wies verschiedene Bemängelungen aus der Mitte der Versammlung zurück und hob hervor, daß der Magistrat bei Vergebung der Aufträge die Hindenburger Bürger berücksichtige. **Wenn man aber wolle, daß der Magistrat nach kaufmännischen Grundsätzen verfahre, dann müßten Aufträge auch nach auswärts vergeben werden.** Die Stadt Hindenburg sei die erste, die schon die Rechnung für 1929 vorgelegt habe. Ein Ausscheiden der Stadt aus dem Oberschlesischen Verkehrsverbande sei nicht angezeigt, da die Stadt an Verkehrsverbesserungen stark interessiert sei.

Stadtkämmerer **Schilling** betonte, daß die Bilanzen des Gaswerkes erst später herauskämen und alle Einnahmen und Ausgaben sowie alle Ueberschüsse in der Rechnung der Stadthauptkasse erscheinen müssen.

Bürgermeister **Dr. Opperskalski** wies die Anwürfe des Stadtv. Wyschka bezüglich der Ausschaltung der Kommissionen zurück. Die Jahresrechnung wurde genehmigt. Der Stadthauptkasse wurde Entlastung erteilt. In den Schulausschuß der städtischen Mittelschulen wurden die Stadtv. Frau Rosenberger und als deren Vertreterin Frau Kaplonek hinzugewählt. Für die freie Stadtbauratsstelle sind rund 140 Bewerbungsgesuche eingegangen. Darunter befinden sich namhafte Bewerber, zum großen Teil Stadt- und Magistratsbauräte bedeutender Städte. Zur Prüfung der Bewerbungsgesuche wurden nach Vorschlag des Aeltesten-Ausschusses die Stadtverordneten Dr. Korten, Hawellek, Klappan, Lentner, Diepold, Schieron und Fraschka gewählt. Die Umwandlung einer Lehrerstelle an Schule 27 (Stadtteil Zaborze) wurde genehmigt.

Stadtv.-Stellv. **Hille** berichtete über eine Vorlage wegen der Errichtung von 24 Notwohnungen an der Lehmgrubenstraße. Hierzu ist ein Zuschuß von 40 000 Mark erforderlich. Die Vorlage wurde genehmigt.

Eine weitere Vorlage, über die Stadtv. **Kloce** (Soz.) berichtete, betraf den Antrag auf Genehmigung einer Ortssatzung über die Stadtentwässerung und Erhebung der Anschluß- und Entwässerungsgebühren. Dipl.-Ing. **Köchermann** berichtete über die technische Seite der Ortssatzung, der eine gleiche Ordnung der Städte Beuthen und Gleiwitz zugrunde liegt. Die Stadtv. **Groß** (Wirtschaftsp.) und **Hartmann** (Komm.) sprachen sich gegen die Vorlage in der jetzigen Fassung aus. Oberbürgermeister **Franz** führte aus, daß es sich um eine Ortssatzung handele, die unbedingt notwendig sei. Da sich aber eine Reihe von Stadtverordneten mit dem Inhalt nicht ganz einverstanden erklären und Wünsche vorgebracht haben, sei er bereit, die Vorlage zurückzuziehen. Er schlug vor, eine Kommission zu bilden, die sich noch mit der Vorlage befassen soll. Die Kommission wurde gebildet. Ihr gehören die Stadtv. Paschka und Januschowski (Ztr.), Hartmann (Komm.), Grzensik (Soz.), Diepold (Mieter), Groß (Wirtschaftspartei) und Spoida (Nat. Ord.) an. Die Vorlage selbst wurde der Kommission überwiesen. Für die Versorgung des Stadtbezirks mit Trinkwasser ist die Verlegung von Wasserleitungen in der Adolf- und Cäcilienstraße, der Schopenhauerstraße, Mühlstraße und Gebertstraße von der Sosnitzaer bis zur Hatzfeldstraße erforderlich. Die Vorlage, die einen Kostenaufwand von 22 000 Mark erfordert, wurde angenommen.

Der Fluchtlinienplan für das Gebiet zwischen der Florian- und Urbanstraße einerseits und der Dorotheen- und Viktoriastraße andererseits wurde genehmigt. Die Nachbewilligung von 21 940 Mark als Steuern für städtische Grundstücke wurde genehmigt. Sodann erfolgte die Nachbewilligung von Geldmitteln beim Wohlfahrtsetat, und zwar Fürsorgekosten für Wohlfahrtserwerbslose in Höhe von 500 000 Mark, für Heilfürsorge 18 600 Mark, für zahnärztliche Behandlung 2000 Mark, für Wochenfürsorge 9000 Mark und weitere 7000 Mark. Die kommunistische Fraktion beantragte die Mietssenkung in den städtischen Grundstücken, die Senkung der Autobusfahrpreise und die Gaspreissenkung und stellte ferner im Dringlichkeitswege eine Reihe von Anträgen auf Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Wohlfahrtserwerbslosen.

Stadtrat Dr. Killing

nahm zu den einzelnen Anträgen Stellung. Der Gaspreis sei bereits von 20 auf 18 Pfg. je Kubikmeter gesenkt. Der Grund dafür, daß die Stadt Beuthen im Gaspreise billiger sein könne als Hindenburg, beruhe auf dem höheren Anlagekapital und den höheren Lasten in Hindenburg. **Mit der Strompreissenkung der OEW könne man nicht einverstanden sein.** Der Vertrag mit der OEW wurde auf 50 Jahre abgeschlossen und gilt noch 16 Jahre. Es sei untragbar, daß eine Gemeinde wie Hindenburg an den Erträgnissen des elektrischen Stromes so gering beteiligt sei. **Noch schlechter stehe es mit dem Wasserpreis.** Das Wasserwerk Zawada erhöhte den Preis um 3½ Pfg. je Kubikmeter. In der Beibehaltung des bisherigen Wasserzinses durch die Stadt liege ein Preisabbau. Mit den Preisen der Ueberlandbahn könne man nicht zufrieden sein. Es müßte erreicht werden, daß die Zeitkarten wesentlich verbilligt werden. Beim städtischen Autobusverkehr sei Voraussetzung, daß man bei den größten Einsparungen wenigstens auf die Kosten komme. Die Autobusse werden auch 1932 einen erheblichen Zuschuß erfordern.

Die weitere Aussprache verschiedener Redner faßte der Stadtv.-Vorsteher Siara dahin zusammen, daß die ganze Bevölkerung Hindenburgs erwartet, daß er mit energischen Vorstellungen an den Regierungspräsidenten herantritt, um von der Ueberland-Gesellschaft eine sofortige fühlbare Senkung der Tarife zu erwirken. Auch mit der OEW müsse das Vertragsverhältnis dahin geändert werden, daß man ebenfalls sehr bald zu einem günstigen Tarif komme. Die Vorlage wegen Ermäßigung der Marktstandsgelder wurde nach den eingangs geschilderten, lebhaften Erörterungen an die Finanzkommission verwiesen. Ebenso wurde die Vorlage der Wirtschaftspartei wegen Ermäßigung der kommunalen Biersteuer und Schankverzehrsteuer, die dem Regierungspräsidenten vorgelegt werden soll, nach den stürmischen Verhandlungen der Kommission überwiesen. — Der öffentlichen Versammlung folgte eine geheime Sitzung zur Beratung von Grundstücksangelegenheiten.

Beuthen und Kreis

* **Abschlußprüfung der zweijährigen Handelsschule.** Die Abschlußprüfung der zweijährigen Handelsschule haben bestanden: Annemarie Bock, Beuthen; Hanna Helbing, Beuthen; Edith Janowski, Orzegow; Edeltraut Kozielski, Bobrek, Elli Schramek, Beuthen; Charlotte Streit, Beuthen; Ella Trzewik, Kattowitz; Ruth Ucko, Beuthen; Agnes Urbainczyk, Schomberg. Mit „Gut" haben bestanden: Annemarie Bock, Hanna Helbing, Edith Janowski.

* **Beginn des zweiten Wahlkampfes.** Am Donnerstag abend fand die erste oberschlesische Wahlversammlung der Nationalsozialisten im überfüllten Beuthener Schützenhaus statt. Es sprach der ehemalige Kommunist und jetzige Leiter der NS. Betriebszellen, Pg. Wiemer, Forst. Nach einigen Ausführungen über die Propagandamethoden der Reichsregierung zur Wahl sprach Wiemer über das Arbeiterprogramm der Nationalsozialisten und über den natürlichen Zwiespalt der aus germanischem Kameradschaftsgefühl entstandenen Gewerkschaften und der marxistischen Parteien. Zur Frage des Tarifrechts führte der Redner aus, daß das heutige Tarifsystem das eine gleiche Bewertung für Fleißige und Faule und damit durch Verminderung der Arbeitslust eine tatsächliche Produktionsverminderung bedeute, einen minimalen Tarif vorsieht, dem im nationalsozialistischen Staate Minimaltarife folgen müßten, durch die ein ausreichendes Einkommen auch den Volksgenossen, die etwa durch Kriegsbeschädigung, Krankheit u. dergl. in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind, gewährleistet wird.

* **Volkshochschule.** Am heutigen Sonnabend findet folgender Kursus statt: „Die Entstehung und Verwertung der Elektrizität" (Hilfsschullehrer Ottel) um 20 Uhr. Berufsschule, Gräupnerstraße, Saal 36.

*

* **Evangelischer Kirchenchor.** Sonntag, 8,30 Uhr, Singen in der Kirche. Dienstag, 8 Uhr abends, Probe für den ganzen Chor.
* **ATB., Turnerjugend.** Heute, abends 8 Uhr, Tie, Krakauer Straße 6 I.
* **Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.).** Sonnabend, abends 7,45 Uhr, im Konzerthaus Klubabend.
* **Evangelische Jungschar (Buben).** Alle Sippen treten Sonntag, 8,15 Uhr, zum Singen in der Evangelischen Kirche auf dem Klosterplatz an.
* **Imkerverein.** Der Imkerverein hält am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in Karf beim Gastwirt Baron eine außerordentliche Generalversammlung ab.
* **Stahlhelm.** Sonntag, vormittags 9,30 Uhr, Wehrsport in der Gieschekampfbahn.
* **VDA.-Jugendgruppe.** Die nächste Versammlung fällt wegen der Feiertage aus, so daß erst wieder am 31. März Heimabend ist.
* **Quickborn-Jungen.** Sonntag, den 20. März, vormittags 10,30 Uhr, ist im „St.-Georgsheim" (Gräupnerstraße) Vollthing der Quickborn-Jungenschaft. Liederbücher und Instrumente mitbringen.

Miechowitz

* **Mittelschule.** Die Aufnahmeprüfung in die hiesige Mittelschule findet am Montag, vormittag 9 Uhr, statt

Rokittnitz

* **Wann kommt der Radfahrer- und Fußgängerweg nach Mikultschütz?** Mit großem Eifer fing man mitten im Winter mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes an, den für so notwendig und dringend erachteten Fußgänger- und Radfahrerweg zwischen Rokittnitz und Mikultschütz auszubauen. Ueber die Anfänge kam man aber leider nicht hinaus, und man mußte schließlich feststellen, daß daselbst die Arbeit überhaupt eingestellt worden war. Man hofft aber doch, daß es der Kreisverwaltung bald gelingen wird, die nötigen Maßnahmen zur Fortführung dieser Verkehrswege zu ergreifen.

* **Katholischer Gesellenverein.** In der letzten Monatsversammlung konnte der Verein seinen Mitgliederbestand wiederum durch drei Neuaufnahmen erhöhen. Es wurde der Besuch des in Beuthen stattfindenden Wochenendkurses und die Teilnahme an der nächsten Generalkommunion angeregt. Die nächste Sitzung in Verbindung mit einem interessanten Vortrag findet am 6. April statt.

Gleiwitz

* **Auflösung einer nationalsozialistischen Erwerbslosenversammlung.** Am Freitag nachmittag fand in Gleiwitz im Katholischen Vereinshaus eine von der NSDAP. einberufene Erwerbslosenversammlung statt. Sie war von etwa 550 Personen, und zwar zur Hälfte von Kommunisten, besucht. Die Kommunisten brüllten den Redner nieder und begannen die Internationale zu singen. Die Polizei löste deshalb die Versammlung wegen Unfriedlichkeit auf. Sie mußte dabei in und auch vor dem Lokal vom Gummiknüppel Gebrauch machen.

* **Hausfrauenbund.** Der Hausfrauenbund nimmt am Abstimmungsumzug am Sonntag, 20. März,

Stadtverordnetensitzung Groß Strehlitz

Kleingärten für Groß-Strehlitzer Arbeitslose

Bahnbauprojekt Groß Strehlitz—Kandrzin gesichert

(Eigener Bericht)

Groß Strehlitz, 18. März.

Die zweite Sitzung der Groß-Strehlitzer Stadtverordnetenversammlung im Jahre wurde nach den Einleitungsworten des Stadtverordnetenvorstehers Guzy einberufen, um die Anlage der Schrebergärten für die Erwerbslosen mit allem Nachdruck zu fördern. Von besonderem Interesse war die Mitteilung von Bürgermeister Dr. Gollasch über den Stand des

Bahnbaus Groß Strehlitz—Kandrzin.

Die Verhandlungen sind nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Es haben in letzter Zeit Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung, der Reichsbahn, dem Magistrat und den Vertretern der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen sowie den Grundstückseigentümern stattgefunden, deren Grundstücke durch die neue Bahnlinie betroffen werden. Die Verhandlungen haben in der Hauptsache zur Einigung geführt. Es besteht außerdem begründete Aussicht, **daß in die Stadt Groß Strehlitz das Hauptbüro für den Bahnbau gelegt wird.** Die Stadt ist in der Lage, geeignete Räume in dem Hause Gogoliner Straße zu stellen, das zur Zeit noch im Bau ist. Daß die Verlegung des Hauptbaubüros nach Groß Strehlitz für Handel und Gewerbe und vor allem für das Handwerk von großer Bedeutung ist, ist selbstverständlich. Die gesamte Angelegenheit betreffend den Bahnbau selbst dürfte **für die Entwicklung der Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung in der schweren Notzeit sein.**

Die Versammlung trat nun in die ordentliche Sitzung ein. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Anlage der Schrebergartensiedlung. Das Referat hielt

Stadtverordnetenvorsteher Guzy.

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, die Erwerbslosigkeit zu mildern, spielt das Siedlungsproblem eine große Rolle. Die Schwierigkeiten und Gefahren der Arbeitslosigkeit erschöpfen sich keineswegs in der Sorge um Nahrung und Kleidung. Es ist vielmehr von Wichtigkeit, wie man die aus dem Erwerbsleben ausgeschalteten Menschen von dem Druck, der infolge ihrer erzwungenen Untätigkeit auf ihnen lastet, befreien kann. Dies kann in erster Linie dadurch geschehen, daß man ihnen eine Tätigkeit verschafft, die ihnen eine gewisse Befriedigung gibt und zur Besserung ihrer Lebenshaltung beiträgt. Der Grundgedanke liegt darin, daß die Erwerbslosen davon überzeugt werden, daß nicht die knappe Geldunterstützung, sondern die Arbeit und Werte schaffende Fürsorge ihnen auf die Dauer eine Erleichterung bringen kann. In dieser Erkenntnis hat sich die Stadtverordnetenversammlung von Groß Strehlitz seit längerer Zeit mit den umfangreichen Vorarbeiten befaßt und beim Reichskommissar für vorstädtische Kleinsiedlungen einen Antrag auf Bewilligung von Mitteln für diesen Zweck gestellt. Dem Antrage ist jetzt entsprochen worden. Der Magistratsbeschluß lautet dahin, daß in der Feldmark Lipitsche

100 Kleingärten für Erwerbslose

hergerichtet werden. Zur betriebsfertigen Herrichtung dieser Kleingärten soll ein Darlehn von 7000 Mark bei der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin aufgenommen werden. Das Darlehn ist zinslos und mit 10 Mark jährlich zu tilgen. Das Gelände für die Kleingärten von 17 Morgen ist aus stadteigenem Bestande bereitgestellt worden. Soweit ein zusammenhängendes stadteigenes Gelände nicht vorhanden ist, sind die erforderlichen Parzellen durch Tausch mit den Anliegern zu erwerben. Es wurde eine Kommission gebildet, die das Programm durchführen soll. Die Kommission besteht aus den Stadträten Nett und Dr. Pietzko und den Stadtverordneten Deschczyk, Henkel und Schlich.

Bürgermeister Dr. Gollasch

ergänzte die Ausführungen des Berichterstatters dahin, daß die Stadtverordnetenversammlung die erforderlichen Anträge bereits vor längerer Zeit gestellt habe und die erforderlichen Unterlagen eingereicht seien. **Es sei jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Stadt Groß Strehlitz in nächster Zeit berücksichtigt werde,** da die Mittel als Beispielswirkung für die durchgreifende Hilfe an einigen, besonders durch Arbeitslosigkeit bedrängten Stellen in Oberschlesien konzentriert werden sollen. Nach einer längeren Aussprache, an der sich besonders die Stadtverordneten Gundrum, Deschczyk und Pilawa sowie Konietzny beteiligten, wurde der Magistratsbeschluß angenommen.

Auch die folgende Vorlage des Magistrats, die eine

Hebung des Marktverkehrs

bringen soll und vor allem auch der Landwirtschaft, die Erleichterung braucht, dienen soll, durch Senkung der Marktgebühren, wurde mit kleinen Aenderungen angenommen. **Die Standgelder auf den Wochen-, Kram- und Viehmärkten sollen nach dem Magistratsbeschluß um zehn Prozent gesenkt werden.** Ueber diesen Satz hinaus sind die Gebühren gesenkt worden für Rindvieh, von 1,25 Mark auf 90 Pfennig, für Jungvieh von 1 Mark auf 80 Pfennig und für Ziegen von 50 auf 18 Pfennig. Auf Anregung einzelner Stadtverordneter wurde der Tarif für Stände mit Absatz von Waren durch Ausspielen jeder Art für einen Quadratmeter Standfläche von 36 Pfennig auf 1 Mark erhöht, um eine Einschränkung dieser Art Stände zu erreichen.

Die Vorlage 3 betreffend Auflösung der Gesamtschulverbände Groß Strehlitz—Neudorf und Groß Strehlitz—Bresina wurde vom Magistrat zurückgewiesen.

Ueber die nächste Vorlage, **die Finanzierung des Achtfamilienhauses auf der Gogoliner Straße,** sprach Stadtverordneter Pilawa. Der Weiterbau des Hauses an der Gogoliner Straße ist daran gescheitert, daß die von der Stadtschaft in Ratibor zugesagte Hypothek wegen mangelnden Absatzes der Pfandbriefe nicht gegeben werden konnte. Die Finanzierung soll bis zur Beleihung durch die Stadtschaft auf andere Weise erfolgen, und zwar aus Privatdarlehn in Höhe von 30 000 Mk. und aus Darlehn aus den von der Stadt gestellten Stiftungen, die zur Zeit bei der Kreis- und Stadtsparkasse angelegt sind. Bisher sind für den Bau 30 000 Mark Hauszinssteuer verwendet worden, die erst nach Fertigstellung verzinst werden. Außerdem wurden 17 000 Mark verzinsliche Darlehn aufgenommen. Die Vorwürfe, es seien unnötig Zinsen gezahlt worden, sind entkräftet durch die inzwischen eingetretene Senkung der Restbaukosten, durch die die Zinsverluste bei weitem ausgeglichen werden. Die Wohnungen werden für die von der Reichsbahn zum Neubaubüro entsandten Beamten und im Falle der Neubesetzung von Lehrerstellen für die neueinzustellenden Lehrer dringend gebraucht.

Die nächste Vorlage betraf Grundstücksangelegenheiten. Der Magistrat hat beschlossen, die städtischen Grundstücke in der Gemeinde Rosmierka in Größe von etwa 33 Morgen zu verkaufen. Zum Verkaufsabschluß wurde die Bau- und Forstkommission ermächtigt. Es sind verschiedentlich für diese Grundstücke Kaufgesuche für Einzelparzellen eingegangen, denen bisher nicht entsprochen werden konnte. Die Grundstücke haben aber keinen kommunalpolitischen Bebauungswert. Der Erlös soll zur Abdeckung von zentraler gelegeneren Grundstücken verwendet werden. Das liegt im Zuge einer planmäßigen Grundstückspolitik.

Vor Eintreten in die geheime Sitzung gab Stadtverordnetenvorsteher Guzy als Kenntnisnahmesache einen Beschluß des Magistrats betr.

Einrichtung eines Mittelschulzuges an der Städtischen Höheren Mädchenschule

bekannt. Der Beschluß und insbesondere die Gründe legen Zeugnis dafür ab, daß der Magistrat mit allem Nachdruck bemüht war, Sparmaßnahmen durchzuführen und die Bürger vor neuen Lasten und Abgaben zu bewahren. So wünschenswert an und für sich die Einführung des Mittelschulzuges ist, so muß sie doch in der gegenwärtigen Zeit unterbleiben, da, einmal aufgebaut, ein Abbau im Interesse der die Schule besuchenden Kinder nicht möglich wäre. Die Städtische Höhere Mädchenschule wird dadurch beeinträchtigt, daß seit dem Jahre 1929 die Abschlußklasse U II wechselt. Die Folge davon ist, daß die Schülerinnen im letzten Jahr **auswärtige Schulen besuchen müssen,** oder ohne Abschlußprüfung aus der Oberprima abgehen. Dieser Zustand ist für einen großen Teil der Schülerinnen unerwünscht. In einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat, Kuratorium der städtischen höheren Mädchenschule und Vertretern der in der Stadtverordnetenversammlung vorhandenen Parteien wurde eine evtl. Neuorganisation der Städtischen Höheren Mädchenschule besprochen. Als Ergebnis dieser Besprechung kann festgestellt werden, **daß die Beibehaltung des Lyzeal-Schul-Zuges allein unerwünscht erscheint,** da keine Abschlußklasse besteht. Der Magistrat hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, die Vorlage wegen Einrichtung eines Mittelschulzuges der Stadtverordnetenversammlung zur Zeit nicht zuzuleiten, weil diese zur Zeit nicht zu verantworten wäre, zumal sich auch bei günstigster Entwicklung für die entstehende Mehrbelastung ein brauchbarer Deckungsvorschlag nicht machen läßt. Die Anregung soll aber sofort wieder aufgenommen werden, sobald die kommunalen Finanzen wieder besser gestellt sind. Es ergibt sich bei der Beratung der Haushaltspläne, **daß die Einnahmen aus der Einkommsteuer sich in einem katastrophalen Umfange verringert haben, während die Kosten für die Wohlfahrtspflege, insbesondere für die Wohlfahrtserwerbslosen und die Krisenunterstützungsempfänger ganz erheblich zunehmen.** Die meisten Gemeinden zahlen heute nur noch Unterstützungen, Löhne und Gehälter. Es wäre unverantwortlich, zur Zeit irgendwelche auch noch so bedürftige Neueinrichtungen zu schaffen, die eine geldliche Belastung darstellen. Bei Einrichtung des Mittelschulzuges würde neben dem bisherigen Zuschuß für die Schulen auch bei steigender Schülerzahl von zehn Schülern in den nächsten Jahren etwa folgende Mehrbelastung eintreten.

Im Jahre 1932 2000 Mark.
Im Jahre 1933 2800 Mark.
Im Jahre 1934 etwa 9200 Mark.
Im Normaljahr 1935 und den fortlaufenden etwa 5600 Mark.

Außerdem würden Schwierigkeiten entstehen bei der Beibehaltung der Vorschule, und zwar in der Raumfrage und der Aufbringung der Kosten für die Neuerrichtung weiterer Klassen.

Was der Film Neues bringt

Beuthen

„Menschen hinter Gittern" in den Kammer-Lichtspielen

Der große Heinrich-George-Film ist nun auch nach Beuthen gekommen. Er lief in der Premiere unter größter Spannung des Publikums. Ist er doch auch seinem Inhalt nach geeignet, ein übervolles Haus zum Rasen zu bringen. Die ganz großen, genial aufgezogenen Massenszenen, sind von überwältigender Wirkung. Und im Mittelpunkt steht der Riese Heinrich George, ein Schauspieler von geradezu unheimlicher Echtheit der Gestaltungskraft. Es geht um ein Zuchthausschicksal, das eine Reihe von Menschen zu qualvoller Zwangsgemeinschaft zusammenschließt, um ein Zuchthausschicksal, das mit gewaltsamer Befreiung aller Beteiligten enden soll. Viel schöne Menschlichkeit, viel starkes Leben, kräftiger Humor, die gesunden, naturnahen Gesetze des Rechts des Stärkeren werden überzeugend dargestellt — es ist, von der Regie des Spiels aus gesehen, eine große Leistung. Auch akustisch ist das alles hervorragend gemacht: prachtvoll, wie die angerauhte Stimme Georges in der Dunkelzelle dröhnt, oder den Lärm der Maschinenpistolen überdröhnt. Das Herz bleibt einem stehen, wenn in dem Gottesdienst plötzlich eine Patrone, die von Hand zu Hand wandert, zu Boden fällt . . . Ein Film, der zur Spitzenproduktion dieses Winters gehört.

„Der weiße Rausch" im Intimen Theater

Zum Osterabschluß der Wintersportsaison bringt das Intime Theater noch einmal den wundervollen Schneeschuhfilm „Der weiße Rausch", der vor einiger Zeit bereits mit größtem Erfolg in den Kammerlichtspielen gelaufen ist. Damit wird allen, die diesen prachtvollen neuen Film von Arnold Fanck noch nicht gesehen haben, noch einmal Gelegenheit gegeben, sich an dem heiteren Spiel der Fuchsjagd und an den wundervollen Aufnahmen aus Deutschlands schönstem Skigebiet am Arlberg zu erfreuen. Und wer den Film bei seiner ersten Aufführung in Beuthen bereits kennen gelernt hat, wird diese Bekanntschaft in bester Erinnerung haben und sie sicher noch einmal erneuern wollen. Einer der Hauptdarsteller dieses Filmes, Rudi Matt, ist inzwischen in Schreiberhau Deutscher Skimeister geworden und der Beweis, daß es die Elite des Internationalen Schneeschuhsports ist, die hier unter Führung von Hannes Schneider, Rudi Matt, Helmut Lantschner, Walter Rieml und nicht zu vergessen Leni Riefenstahl vor Fancks einzigartiger Kunst der Aufnahme im Pulverschnee ihre Künste zeigen, wird dadurch erneut bestätigt.

„Die Masken des Erwin Reiner" in den Thalia-Lichtspielen

Das neue Programm bringt drei amerikanische Großfilme, von denen der Romanfilm „Die Masken des Erwin Reiner" besonders hervorgehoben sei. Er erzählt von den Gewissenskämpfen eines jungen Wiener Adligen, der die Braut seines besten Freundes für sich zu gewinnen sucht. Jakob Wassermanns Roman, der dem Film zugrunde liegt, schildert einen Mann mit einer Doppelseele. Er wird im Film von John Gilbert verkörpert. Die Romanfigur „Erwin Reiner" zeigt einen skrupellosen, selbstsüchtigen und verlogenen Charakter. Er ist aber unwiderstehlich durch seinen Scharm, seine Liebenswürdigkeit und Großzügigkeit. Eva von Berne und Alma Rubens sind die Partnerinnen Gilberts. Zur Aufführung kommt noch das Filmdrama „Die goldene Hölle" mit Dolores del Rio und das Großlustspiel „Das rollende Haus"

„Der unbekannte Gast" in der Schauburg

Das Verhängnis beginnt damit, daß der kleine Kaufmann Gruber in Neustadt seinen Laden eines Sonnabends frühzeitig schließt, um schnell einmal seine in Berlin an einen gewissen Müller verheiratete Tochter zu besuchen. Sie hat ihm eine Postkarte mit einer Prachtvilla geschickt und darunter geschrieben: hier wohnen wir! Herr Gruber, der seinen Schrebergarten noch nicht kennt, kommt geradezu in einen feudalen Haushalt. Nur ist ihm ein kleiner Irrtum unterlaufen: seine Tochter ist nämlich nicht mit dem Direktor Müller, dem das Haus gehört, verheiratet, sondern mit dessen Chauffeur Müller. Da die Herrschaft gerade auf einer Wochenendreise ist, läßt man den guten Schwiegerpapa in seinem Glauben, und damit sind die Voraussetzungen zu den erheiterndsten Verwicklungen gegeben. Szöke Szakall überrascht seine Freunde mit einer ganz neuen Maske. Ein alter Gehrock, ein unmöglicher Zylinder, ein schlechtsitzender Kneifer über dem martialischen Schnauzbart, — mit diesen Requisiten wirkt er einfach unwiderstehlich. Ihm verdankt der Film seinen Erfolg. Wirkungsvolle Schlagermusik von Willy Meisel umrahmt die heitere Handlung.

„Harold der Drachentöter" im Palasttheater

Wo Harold Lloyd mit seiner schwarzen Hornbrille sein Wesen treibt, da kann man sich auf allerhand gefaßt machen. Da hetzen sich die Abenteuer „noch und noch"! Zunächst ist Harold ein netter, liebenswürdiger Mann, der das Glück hat, auf einer kleinen Bahnstation die Bekanntschaft der reizenden Billie zu machen, die in Sorge um ihren kleinen Bruder, den chinesischen Arzt Gow in San Francisco konsultieren will. Nach diesem lyrischen Auftakt geht es dann richtig los. Frisco, chinesisches Bandenunwesen, Opiumhöhlen, Rauschgiftschmuggel, Polizei, Geschieße, Geraufe, — diese Stichworte werden genügen, die tollen Ereignisse anzudeuten. Daß Harold Lloyd der Hauptkerl ist, nicht nur das geheimnisvolle Oberhaupt der Schmuggler, den „Drachen" aufzustöbern, sondern auch die Braut nach Hause zu führen, ist selbstverständlich. Zu bemerken ist noch, daß in diesem Filme vier echte, recht betagte Chinesen mitwirken.

„Strohwitwer" im Capitol

Der ganz auf Humor eingestellte neue Spielfilm der Capitol-Lichtspiele bringt wieder etwas, das den Besucher unaufhörlich erheitert. Den ereignisreichen Inhalt erzählen zu wollen, würde den Eindruck dieses tollen Schwankes abschwächen. In der Hauptsache handelt es sich um die erquicklichen Erlebnisse und Abenteuer, die der Schuhfabrikant und „Strohwitwer" Karl Braun (Fritz Kampers), der einen 25stündigen Polizeiarrest absitzen muß, seiner Frau dies aber verheimlichen möchte — erlebt. Um diese Tatsache herum hat man ein Stück gedreht, das das Tollste, was man bisher an Situationskomik erlebte, überbietet. Die schauspielerische Besetzung hat natürlich den Hauptteil an dem Lacherfolg. Fritz Kampers ist der geborene Typ eines reichen Schuhfabrikanten. Maly Delschaft stellt seine entzückend süße, leicht schmollende Frau, dazu gesellen sich noch Walter Janssen, Paul Morgan, Joseph Plaut, alles „Kanonen" ihres Faches, mit denen man die leichteste Handlung „vertiefen" kann. Die jüngeren weiblichen Darsteller sind die beiden überaus temperamentvollen Maria Paudler und Grete Natzler, und dann Adele Sandrock, ihr Name allein genügt, um den Wert dieses Filmstreifens zu kennzeichnen. Diesmal spielt sie die Rolle einer energischen Schwiegermutter. Außerdem läuft in dem reichhaltigen Beiprogramm noch die tönende Fox-Woche, die aktuelle Bilder von den chinesischen Kriegsschauplätzen bringt.

„Durchlaucht, die Wäscherin" im Delitheater

Ein echtes Wiener Volksstück, wie es die Masse immer wieder liebt. Von romantischer Stimmung durchzogen, die besonders in einer gemütlichen Gastwirtschaft, mit Lampions im Garten und lockender Tanzmusik alle Herzen umfängt. Eine Kleinstadtfürstin feiert ein Regierungsjubiläum. Sie besitzt eine Halbschwester, die ihr zum Verwechseln ähnlich „ausschaut". Aber diese Barbara Leitenberger ist keine Durchlaucht, ihre Kopfkissen zieren nicht mehrzackige Kronen, sie ist halt nur eine kleine Waschfrau. Aber energisch! Als in dem Kleinstaate, dem ihre durchlauchtige Schwester vorsteht, eine Revolution ausbricht, ergreift die Waschfrau die „Zügel der Regierung" und schafft Ordnung. Sie regiert überhaupt noch alles mögliche. Sogar ihre Tochter verheiratet sie an einen Erbprinzen, der aber nicht ganz echt ist. Hauptschlager in diesem Film ist die immer noch beliebte Wiener Volksschauspielerin Hansi Niese in ihrer originellen Doppelrolle als Fürstin und als Wäscherin. Sie, die einmal beim erhören des ersten Tonfilmes tränenüberströmt gesprochen hatte: „Wir Schauspieler sind tot!" hat sich überraschend leicht umgestellt und sich dem Tonfilm verschrieben. Neben ihr ist noch Else Elster zu nennen, die ihre reife Kunst in der Liebesszene mit Fred Döderlein zeigt.

Hindenburg

* **Bestandene Prüfung.** Die zweite Lehrerprüfung hat der Heimatdichter Junglehrer Alfons Haiduk bestanden.

* **Abiturientenprüfung beim Gymnasium.** Unter dem Vorsitz des Oberstudiendirektors Beck fanden am Donnerstag und Freitag im hiesigen Gymnasium die Abiturientenprüfungen statt, die bestanden haben: Kaspar (Apotheker), Schwerin (Staatswissenschaft), Schirmeisen (Theologie), Sniehotta (Theologie), Cichowski (akad. Zeichenlehrer), Burek (Landwirt), Czerwinski (Theologie), Cohn (Jura), Kostka (Theologie), Klähr (Landwirt), Miosga (Landmesser), Weinstein (Medizin), Smolorz (Landwirt), Smolarczyk (Jura), Bittner (Chemie).

* **Elternabend der Evangelischen Volksschule Borsigwerk.** Einen gut besuchten Elternabend veranstaltete zum Abschluß des Schuljahres die Evangelische Volksschule Borsigwerk im Hüttengasthaus. Der Abend war Goethe gewidmet. Hauptlehrer Koschulla sprach die Begrüßungsworte. Ueber Goethes Wirkenszeit hielt Lehrerin Frau Melzer einen Vortrag. Lehrer Pentke las Goethe'sche Balladen. Einige Volksschüler trugen Goethesche Gedichte vor. Schließlich war auch der Schülerchor unter Leitung von Lehrer Pentke zu hören. Angenehm klangen die Sologesänge von Frau Obersteiger Komorek. Weiterhin wurde des Scheidens der Lehrerin der Kleinkinderschule, Fräulein Pinow, gedacht, die sich nach 30jähriger unermüdlicher Tätigkeit zur Ruhe setzt. Am Nachmittag fand in den Räumen der Kleinkinderschule eine Ausstellung von Schülerarbeiten in Zeichnen und Handarbeit statt.

* **Hauptversammlung des DBB.** Am 17. d. M. hielt der Hauptausschuß des Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes die Hauptversammlung ab. Unter der Leitung des Konrektors Grund wurde die Kartelleitung neu gewählt. 1. Vorsitzender ist nunmehr Magistratsrat Dr. Schaletzki, 2. Vorsitzender Polizeirat Rave, 1. Schriftführer Stadtobersekretär Olesch, 2. Schriftführer Lehrer Berger, Kassierer Oberpostsekretär Wende. Dem neuen Vorstand wurde aufgegeben, insbesondere wegen der Ortsklasseneinreihung den beschrittenen Weg weiterzugehen und auch wegen der Preisbildung mit Handels- und Wirtschaftskreisen in Verbindung zu treten.

* **Erster Deutscher Polizei-Hunde-Verein.** Am Mittwoch hielt der Verein eine Mitgliederversammlung ab. Es wurde u. a. beschlossen, einen Ausbildungskursus für Schutz- und Polizeihunde zu eröffnen, der am Mittwoch, dem 6 April, unter der Leitung des 1. Vorsitzenden und Leiters des Oberschlesischen Diensthundewesens, Polizei-Oberleutnants Goebe, beginnen wird. Die Uebungsstunden finden an jedem Mittwoch und Sonnabend von 16 Uhr ab auf dem Sportplatz an der Polizeiunterkunft, Sosnitzastraße, statt.

* **Theaterspielplan.** Sonntag, 15 Uhr, findet eine Volksvorstellung von Goethes „Faust I" zu sehr mäßigen Preisen statt. Dienstag, 20 Uhr, einmalige Aufführung der Oper „Jenufa". Karten für beide Veranstaltungen in der Buchhandlung Czech.

Ratibor

* **Das Arbeitsprogramm des Kreistages.** Die Tagesordnung für die am 31. März d. J. im Kreisständehaus anberaumte öffentliche Kreistagssitzung des Landkreises weist 17 zur Erledigung kommende Punkte auf. Außer Feststellung und Entlastung von Jahresrechnungen aus 1930 von der Kreissparkasse, Kreiskommunalkasse, der Landwirtschaftsschule sowie über im Kreise ausgeführte Chausseebauten wird der durch den Oberpräsidenten mit Zustimmung des Bezirksausschusses genehmigte Jagdsteuerordnung bis 31. März 1934 beigetreten werden. Außer Wahlen eines Kreisdeputierten und eines Kreistaxators sowie anderer Gemeindewahlen dürfte die Erstattung des Verwaltungsberichts für 1931 und die Feststellung des Kreishaushaltsplanes für 1932 die Hauptaufgabe des Kreistages bilden.

* **I. Stenographenverein Ratibor 1887 nach Stolze-Schrey und Einheitskurzschrift.** Der Verein hielt im Vereinsheim, „Schloßrestaurant" seine Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Hauptkassenbuchhalter Seidel, erstattete Bericht über den Vertretertag des Oberschlesischen Stenographenverbandes vom 14. 2. 32 in Kandrzin. Der Jahresverbandstag findet am 4., 5. und 6. Juni 1932 in Oppeln statt. Schriftfreund Stübner hielt einen Vortrag über „Marksteine in der Entwicklung der deutschen Kurzschrift". Am 27. 4. 32 findet in Ratibor die Handelskammerprüfung statt. Auf das Funk-

---

teil. Die Mitglieder versammeln sich um ½12 Uhr Ebert-Straße (Schauburg). Rege Beteiligung wird erwartet.

Kultur- und Wirtschaftsfragen im Osten

Vortrag Dr. Freymark in Gleiwitz

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 18. März.

Im Rahmen der staatspolitischen Vortragsreihe der Reichszentrale für Heimatdienst sprach am Freitagabend in der leider nur mäßig besuchten Aula des Staatlichen Gymnasiums der Syndikus der Breslauer Handelskammer, Dr. Freymark, über das Thema „Kultur- und Wirtschaftsfragen im Osten". Nach einer kurzen Begrüßung durch Dr. Prange führte der Redner aus, daß es ein Fortschritt sei, daß sich die Provinzen des Ostens auf die großen gemeinschaftlichen Ziele geeinigt hätten. Nur das geschlossene Vorgehen könne wirksam helfen. Unsere Stellung im Osten sei wirtschaftsverbunden mit dem Reich. Gerade die Provinz Schlesien könne besondere Leistungen für Deutschland in die Waagschale werfen. Freilich seien die glänzenden Erinnerungen Deutschlands an westliche Stämme gebunden, aber den Zeiten des Glanzes sei der Verfall gefolgt. Dann sei ein Werk gekommen, das Lamprecht als gewaltigste Tat in der deutschen Geschichte bezeichnete:

Die Wiedergewinnung des deutschen Ostens.

Schon damals sei der Keim für Obersachsen und Brandenburg und Preußen geplant worden. Man übersehe über der Entwickelung des Ordensstaates, der zeitweilig eine Großmacht gewesen sei, die Entwickelung Schlesiens. Schlesien habe Anlauf zum gewaltigen Aufschwung genommen, habe sich aber in der Mitte des 13. Jahrhunderts wieder zersplittert. So habe es nicht eine selbständige, aber dafür unter den anderen Staaten eine gewaltige Stellung eingenommen. Breslau habe die Vermittlung von Ost- nach Westeuropa übernommen. Der schlesische Handel habe versucht, fremde Ware durch eigene zu ersetzen mit dem Erfolge, daß Schlesien bald die förderreichste Provinz des Reiches wurde.

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung Schlesiens habe Breslau bald einen Mittelpunkt im geistigen Leben Deutschlands eingenommen. Goethes Großoheim habe gesagt, Schlesien sei der Boden der kräftigsten deutschen Poeten.

Die Trauer Maria Theresias um Schlesien sei vom österreichischen Standpunkt aus durchaus verständlich. Oesterreich habe durch diesen Verlust eine starke Schwächung des Deutschtums erlitten. Schlesien habe dafür einen tragenden Faktor in der Entwickelung Preußens gebildet.

Ohne Schlesien sei die Geschichte Preußens und des Deutschen Reiches nicht zu denken.

So groß die Verschiedenheiten in wirtschaftlicher Hinsicht im Osten auch sein mögen, so stimmen sie darüber überein, daß die Landwirtschaft in Schlesien die größte Bedeutung habe. Schlesien nehme darin eine führende Stellung im Reiche ein. Aber auch in der gewerblichen Tätigkeit sei Schlesien einer der wichtigsten Repräsentanten des deutschen Ostens. **So stehe Schlesien trotz der Abtrennung immer noch an zweiter Stelle in der Kohlenförderung.** Auch die Produktion der Rohstoffe sei wichtig und sei für die gewerbliche Tätigkeit Schlesiens von großer Bedeutung. Wenn man diese Tatsache in weitesten Kreisen nicht wisse, so sei das darauf zurückzuführen, daß in Schlesien nicht Großbetriebe, sondern mittlere und kleinere Betriebe beständen. In der Leinen- und Glasfabrikation stehe Schlesien an erster, in der Papier- und Zuckerfabrikation an zweiter Stelle, in der Keramik und Wolle belege Schlesien den dritten Platz im Reiche. Diesen Gewerbezweigen schließe sich der Handel, besonders der Großhandel an. Breslaus Bedeutung liege in der Pflege und der Vermittlung der Beziehungen zum Osten und Südosten Europas. Der Großhandel Schlesiens habe vor dem Kriege Anteil an dem internationalen Handel genommen. Ueber den Handel hinaus habe er eine Brücke zu den Völkern des Ostens geschaffen. So könne z. B.

Krakau als Tochterstadt Breslaus

bezeichnet werden. Als Polen unter die wirtschaftliche Macht Rußlands kam, seien schlesische Weber hinübergegangen. Auch nach Deutschland, vor allem nach Berlin, seien Schlesier ausgewandert. Damit sei zwar kostbares Blut für Schlesien verlorengegangen, aber es sei eine Brücke zu anderen Staaten geschlagen worden. Schlesien habe den Vorteil gehabt, die Besiedlung auf dem Wege der friedlichen Durchdringung durch Bürger und Bauern erhalten zu haben. Breslau sei dem Osten nicht als Gegner, sondern immer als Kulturbringer entgegengetreten. Dabei sei Schlesien die gemeinsame Geschichte mit vielen Oststaaten zugute gekommen. Die Gebietsabtretungen, durch die uns die Hälfte des natürlichen Absatzgebiets genommen sei, haben eine Umgestaltung der gesamten Produktionsbedingungen zur Folge gehabt.

komme eine Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Zu der Steuerüberlastung Schlesiens

Nirgends sei die Not so groß wie im Osten. Der Osten sei ein Grundpfeiler des Reiches, wenn er zusammenbräche, müßten alle anderen zusammenstürzen. Die slawische Gefahr müsse besonders darauf achten lassen, daß aus dem Volk ohne Raum nicht ein Raum ohne Volk entstehe. Die Mission des Ostens sei wichtiger denn je, die Konsequenzen daraus ergäben sich von selbst.

Die Osthilfe sei für die Landwirtschaft schon allein wegen der Um- und Entschuldungen von größter Wichtigkeit. Aber auch für das Gewerbe sei eine Steuerentlastung unbedingt notwendig. Wir befänden uns nicht nur in einer Weltwirtschaftskrise, sondern auch in einer Krise der Weltwirtschaftspolitik. Die Vorgänge in England, der Uebergang zum Schutzzollsystem und die weitere Gefahr, daß sich auch die nordischen Staaten anschließen könnten, müßten uns Warnung sein. Wir müßten versuchen, unsere Absatzgebiete zu halten. Die Zollunion mit Oesterreich habe diesen Plan verfolgt. Es handle sich hierbei um allgemeine Fragen des deutschen Ostens, aber **der Osten müsse zur Verwirklichung dieser Pläne treiben.** Das Gedeihen des deutschen Ostens sei eine Verkehrsfrage gewesen. Bei der Herstellung des Mittellandkanals habe man Schlesien Verkehrsbedingungen versprochen, die eine

Frachtparität am Berliner Markt

sicherte. **Eine ungesunde Frachtenpolitik habe die Not des Odergebietes gesteigert.** Es handele sich jetzt darum, daß wir günstige Verkehrsverbindungen bekämen. Für die Oder sei viel geschehen, aber es reiche alles nicht aus. Bei der Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsplanes werde man hoffentlich die Notwendigkeit der Staubecken für die Oder berücksichtigen. Das Projekt, die Oder mit der Donau zu verbinden, könne das Wirtschaftsgebiet nur befruchten. Von Oberschlesien aus sei der Plan nur unter der Bedingung zu billigen, daß es einen direkten Anschluß an die Oder erhalte. Der Plan ist schon so weit gediehen, daß man in vier Jahren damit fertig zu sein gedenkt.

Die Osthilfe sei nicht allein eine gesetzgeberische, sondern auch eine Gesinnungsangelegenheit. In ihr drückt sich der Wille aller Kreise des Volkes aus, im Hinblick auf die Schicksalsverbundenheit des Ostens mit dem Reiche dem deutschen Osten zu der Bedeutung zu verhelfen, die ihm zukomme.

---

schreiben am 4. 4. 1932 wurde hingewiesen, gleichzeitig auf das 17. Winklers-Preisschreiben (letzter Abgabetermin 27. 3. 1932).

* **Im Keller als Leiche aufgefunden.** In dem Horakschen Mühlengrundstück in Klein-Peterwitz, Kreis Ratibor, abseits der Dorfstraße, wohnt das Arbeiter Kotzianische Ehepaar. Es fiel auf, daß der Arbeiter K. längere Zeit aus seiner Wohnung fortblieb. Man fand den Vermißten mit schweren Kopfverletzungen im Keller liegend tot auf. Ob K. in den Keller gestürzt ist und dabei den Tod gefunden hat oder ob ein Verbrechen vorliegt, werden die eingeleiteten Ermittelungen ergeben.

Groß Strehlitz

* **Kirchenkonzert.** Am 1. Osterfeiertag verabschiedet sich Kantor Würzner nach einer fast 40jährigen Tätigkeit als Kantor und Organist von seiner Gemeinde durch ein Kirchenkonzert, das am 1. Osterfeiertag, abends 8 Uhr, in der evangelischen Kirche stattfindet. Es werden Kompositionen für Chor, Solis, Violine und Orgel von J. S. Bach, Buxtehude, Corelli und zwei neuzeitlichen Komponisten Arnolds Mendelssohns — „Gottes Gericht" und Max Gulbins „Fürchte Dich nicht!" — zu Gehör gebracht.

* **Konfirmation.** Folgende Konfirmanden der Evangelischen Gemeinde werden am kommenden Sonntag in der Evangelischen Kirche konfirmiert: Wilhelm Baschista, Kurt Becker, Siegfried Bergs, Rudolf Dzierzawa, Viktor Jecho, Herbert Kalisch, Hans Rudolf Prankel, Reinhold Schilk, Irene Felgenhauer, Hildegard Krassa, Johanna Lange, Ruth Löbe, Barbara Lohstötter, Gerda Meyer, Hildegard Rampold und Ingeborg Seiffert. — Der Jahresschlußgottesdienst der Evangelischen Schule findet nicht am Mittwoch, sondern bereits am Dienstag, den 22. März, vormittags 8 Uhr, in der Evangelischen Kirche statt.

Leobschütz

* **Steuererleichterungen.** Von seiten der Regierung sind zum Zwecke einer weiteren Steuererleichterung 70 000 Mark bewilligt worden. Dieser Betrag wird bei der Ermäßigung der gemeindlichen Grundvermögensteuerzuschläge Verwendung finden.

Rosenberg

* **Primizfeier.** Unter zahlreicher Beteiligung seitens der Parochianen fand am Montag die Primizfeier des Ordens-Neupriesters Thomas Respondek aus Albrechtsdorf statt.

* **Aus dem Schulwesen.** Schulrat Dwucet ist mit der vertretungsweisen Verwaltung des Schulaufsichtsbezirks Guttentag betraut worden.

Oppeln

* **Abschiedsfeier.** Für den in den Ruhestand tretenden Geistlichen Rat Steinhauf in Falkenberg fand im Schützenhaussaal eine Abschiedsfeier statt, zu der sich die Gemeinde zahlreich eingefunden hatte. Darunter bemerkte man auch Landrat Wackerzapp, Bürgermeister Dr. Pohl, Graf Praschma als Patron der Kirche sowie die Vertreter der Schulen. Nach einleitenden Gesangsvorträgen des Kirchenchores nahm Graf Praschma das Wort und dankte dem Scheidenden für die in der Gemeinde und Kirche geleistete Arbeit. Seinen Dankesworten schloß sich Rektor Prause als Vertreter der Pfarrgemeinde an und betonte das gute Zusammenarbeiten mit der Schule und Lehrerschaft. Für die im Kreise geleistete Jugend- und Wohlfahrtsarbeit dankte Landrat Wackerzapp, und Bürgermeister Dr. Pohl fand Worte des Dankes und der Anerkennung für die in der Stadt geleistete Arbeit. Den Dank der Schulen brachte noch Schulrat Kühnel zum Ausdruck. Für die Worte der Anerkennung und Wünsche dankte Geistlicher Rat Steinhauf und versicherte, daß er auch weiterhin stets der Gemeinde ein freundliches Gedenken bewahren werde. Mit einem Vortrag des Kirchenchores unter Leitung von Chorrektor Wohlfahrt schloß die Feier.

* **Geschäftsfreie Sonntage im Jahre 1932.** Für den Stadtkreis Oppeln sind nach Anhörung der beteiligten Verbände im Jahre 1932 folgende Sonntage für alle Zweige des Handelsgewerbes als geschäftsfrei in der Zeit von 11½ bis 18 Uhr zugelassen worden: Sonntag vor Ostern (20. März), Sonntag vor Pfingsten (8. Mai), der vorletzte Sonntag vor Weihnachten (11. Dezember) und der letzte Sonntag vor Weihnachten (18. Dezember). Für Fleischereien, Bäckereien, Pfefferküchlereien und Zuckerwarengeschäfte sowie für solche Geschäfte, in denen religiösen Zwecken dienende Gegenstände (Devotionalien) feilgehalten werden, ist außerdem Sonntag, der 17. Juli 1932 (Ablaßfest) für eine Geschäftszeit von 11½ bis 14 Uhr freigegeben worden. Wenn auf die angegebenen Sonntage verfassungsmäßige Wahlen fallen, bleibt es vorbehalten, den vorhergehenden Sonntag freizugeben.

* **Männergesangverein 1919.** Unter Leitung seines Chormeisters, Konrektors Knopp, veranstaltet der Männergesangverein 1919 auch in diesem Jahr in der Aula der Oberrealschule am Sonntag, 20. März, nachmittag 4 Uhr, ein Volksliederkonzert für die Schüler der oberen Klassen (I und II) sämtlicher Oppelner Volksschulen.

Kirchliche Nachrichten

Katholische Kirchengemeinde Beuthen

Pfarrkirche St. Trinitatis, Beuthen:

Palmsonntag: Früh 5,30 Uhr hl. Messe, polnisch; 6,30 Uhr hl. Messe, deutsch; 7,45 Uhr Palmenweihe, darauf Schulgottesdienst; 9 Uhr Palmenweihe und polnisches Hochamt; 10 Uhr deutsches Hochamt (G. P. Palestrina, missa Papae Marcelli für sechsstimmigen gem. Chor, a-cappella); 11,30 Uhr stille hl. Messe, deutsch; nachmittags 2 Uhr deutscher Kinderkreuzweg; 3 Uhr polnische Fastenpredigt, darauf polnische Kreuzwegandacht; 5 Uhr deutsche Kreuzwegandacht, darauf um 6 Uhr deutsche Fastenpredigt und hl. Segen. — Montag, Dienstag und Mittwoch: früh um 6, 6,30, 7 und 8 Uhr hl. Messen. Montag, abends 7,30 Uhr, Männerkreuzweg. Dienstag, nachmittags 4 Uhr, Kreuzweg für alle Frauen. Mittwoch, nachmittags 4,15 Uhr, allgemeiner Kreuzweg. Mittwoch, nachmittags von 5 Uhr ab und abends Beichtgelegenheit. Am Gründonnerstag: früh von 6 Uhr ab halbstündlich Austeilung der hl. Kommunion; 8 Uhr feierliches Hochamt und Uebertragung des Allerheiligsten. Donnerstag, abends 7,45 Uhr, deutsche Oelbergsandacht. Am Karfreitag: früh 7 Uhr polnische Kreuzwegandacht; 9 Uhr Beginn der Zeremonien (Vittoria, Improperien lat., C. Thiel, Improperien, deutsch, Kuhn-Crucifixus, Handl-Ecce quomode moritur). Nachmittags 2,30 Uhr werden vom Kirchenchor gesungen: Th. Hagedorn, „Die sieben Worte Christi am Kreuze" für Soli, vierstimmigen bis achtstimmigen gem. Chor, Knabenchor und Orgel; um 3 Uhr deutsche Passionspredigt, darauf deutsche Kreuzwegandacht; abends 6,30 Uhr polnische Passionspredigt, nachher polnische und deutsche Leidensgesänge. Am Karsamstage: früh 6,30 Uhr Feuer- und Wasserweihe; 8 Uhr Hochamt; nachmittags von 5 Uhr ab Beichtgelegenheit. Die Auferstehungsfeier am Ostersonntag, früh 5 Uhr, ist deutsch.

Pfarrkirche St. Maria, Beuthen:

6. Fastensonntag, Palmarum: Um 6 Uhr hl. Messe für die Parochianen, deutsch; 7,15 Uhr deutsche Singmesse mit Predigt, Int. des Katholischen Gesellenvereins. Um 8 Uhr Kindergottesdienst für verst. Agnes Muschalik; 9 Uhr deutsches Hochamt mit Predigt, für das Jahrkind Josef Pakusa; 10,30 Uhr polnische Fastenpredigt; um 11 Uhr Palmenweihe, darauf polnisches Hochamt, Int. der Rose 1 Johannes Chudoba; 11,45 Uhr stille hl. Messe. Nachmittags 2,30 Uhr polnische Kreuzwegandacht; abends 6,30 Uhr deutsche Fastenpredigt. — An den Wochentagen: Um 6, 6,30, 7,15 und 8 Uhr hl. Messen. Montag, abends 8 Uhr, Primizsegen des Neupriesters Gutsfeld. Gründonnerstag um 8 Uhr feierliches Hochamt. Karfreitag um 8 Uhr hl. Zeremonien, Uebertragung des Allerheiligsten ins hl. Grab, darauf polnische Fastenpredigt. Nachmittags 3 Uhr deutsche Fastenpredigt, darauf Kreuzwegandacht; abends 6 Uhr polnische Kreuzwegandacht. Karsamstag: Früh 6,30 Uhr Feuer- und Wasserweihe, darauf feierliches Hochamt. Die Ordnung der Anbetungsstunden beim hl. Grabe während der Nacht ist an der Kirchentür ersichtlich. — Taufstunden: Sonntag nachmittags um 3,30 Uhr **und Donnerstag früh um 9 Uhr. — Nachtkrankenbesuche** sind beim Küster, Tarnowitzer Straße 10, (Fernsprecher 2630), zu melden.

Hl.-Geist-Kirche, Beuthen:

Palmsonntag: Um 8 Uhr hl. Messe für die Verst. der Familie Kandora.

Pfarrkirche St. Hyazinth, Beuthen:

Palmsonntag: Oberkirche: Um 5,15 Uhr stille hl. Messe für die Pfarrgemeinde; 6 Uhr polnische Singmesse; 7,30 Uhr deutsche Singmesse in der Meinung des Jungmännervereins St. Hyazinth; 8,45 Uhr Palmenweihe; 9 Uhr deutsches Hochamt; 10,45 Uhr Palmenweihe; 11 Uhr polnisches Hochamt. Nachmittags 2,15 Uhr polnische Litanei zum Leiden Christi, Kreuzwegandacht und polnische Fastenpredigt; abends 6 Uhr deutsche Fastenpredigt mit anschließender Kreuzwegandacht. — Unterkirche: 8 Uhr Gottesdienst für die Mittelschule; 11 Uhr deutsche Singmesse mit Predigt. — In der Woche: Um 6, 6,30, 7,15 und 8 Uhr hl. Messen. — Die hl. Taufe wird gespendet am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, Dienstag und Donnerstag, vormittags 8 Uhr. — Nachtkrankenbesuche sind beim Küster, Kaminer Straße 1, zu melden.

St.-Barbara-Kirche, Beuthen:

Sonntag, 20. März: 6,30 Uhr stille hl. Messe mit deutschem Gesang, Intention noch frei; 7,45 Uhr Hochamt auf die Meinung des Katholischen Beamtenvereins mit hl. Segen und Generalkommunion; 9 Uhr Palmenweihe, Palmenprozession und Hochamt, für † Pfarrer Niestroj, bestellt vom Mütterverein St. Barbara; 11 Uhr Hochamt, Intention noch frei. Nachmittags 3 Uhr Kreuzwegandacht; 6,30 Uhr Fastenpredigt. — Montag, Dienstag und Mittwoch: Um 6,30, 7 und 8 Uhr hl. Messen. Montag, 8,30 Uhr, Schulgottesdienst auf die Meinung der Schulentlassenen der Schule 13, mit hl. Segen. Gründonnerstag: 8 Uhr Hochamt mit Generalkommunion der Pfarrgemeinde zur göttlichen Vorsehung auf eine besondere Meinung. Karfreitag: Um 8 Uhr Zeremonien; 2,30 Uhr Kreuzweg, anschließend Fastenpredigt. Karsamstag: Um 6 Uhr Feuer- und Wasserweihe. Gegen 7,30 Uhr Hochamt. Intention noch frei. — Beichtgelegenheit: Mittwoch von 4 bis 6 Uhr und abends von 7,30 bis 8,30 Uhr; Donnerstag von 6 bis 8 Uhr vormittags. — Karsamstag ist Fasttag mit Abstinenz bis Mittag. Am Karsamstag um 3 Uhr nachmittags Weihe der Osterspeisen. — Es wird um Blumenspenden für das hl. Grab gebeten. — Taufen werden gespendet am Sonntag nach dem Kreuzweg und am Freitag um 8 Uhr vormittags. — Nachtkrankenbesuche sind beim Küster, Wilhelmstraße 40, anzumelden.

Herz-Jesu-Kirche, Beuthen:

Sonntag, 20. März (Palmsonntag): 6,30 Uhr Frühmesse mit Ansprache; 7,30 Uhr Kindermesse mit Ansprache; 8,30 Uhr Amt mit Gemeinschaftskommunion der Jungfrauen-Kongregation mit hl. Segen; 10 Uhr Akademikermesse mit Ansprache; 11 Uhr Hochamt mit Predigt und hl. Segen. Vor dem Hochamt ist Palmenweihe mit anschließender Prozession. Abends 7 Uhr Fastenpredigt mit hl. Segen. Mittwoch abends um 7,30 Uhr Fastenandacht mit Lamentationen und hl. Segen. Gründonnerstag: Um 8 Uhr feierliches Levitenamt, nachher Prozession zum Sakramentsaltar. Der Gründonnerstag ist der Tag der Einsetzung des Allerheiligsten Altarsakramentes. Alle Gemeindemitglieder werden daher herzlichst zur gemeinsamen Familienkommunion eingeladen. Nachmittags 2,30 Uhr Kreuzwegandacht ohne Segen; abends 7,30 Uhr Fastenandacht mit Lamentationen. Karfreitag: 8 Uhr hl. Messe, anschließend Prozession zum hl. Grabe. Nachmittags um 2,30 Uhr Kreuzwegandacht. Abends um 7,30 Uhr Fastenpredigt und Lamentationen. Karsamstag: 7 Uhr Feuer-, Osterkerzen- und Taufwasserweihe; 8 Uhr Hochamt. Vom Karfreitag bis zum Karsamstag abends (auch nachts) ist Anbetung des Allerheiligsten am hl. Grabe. Von 10 Uhr abends an nur für Männer und Jungmänner. Karsamstag, mittags 12 Uhr, ist Schluß der Fastenzeit. Die Auferstehungsfeier mit Prozession ist in diesem Jahre nicht am Ostersonntag früh, sondern schon am Karsamstag abends um 7,30 Uhr. Ostersonntag ist zugleich Einkehrsonntag, **daher Gemeinschaftskommunion der Jungmänner.**

Sportnachrichten

Eishockey-Europameisterschaft

Schweden — Schweiz 1 : 1 (1 : 1, 0 : 0, 0 : 0)

Im Hauptspiel des Donnerstag begegneten sich Schweden und die Schweiz, die sich nach ausgeglichenem Spielverlauf unentschieden 1 : 1 trennten. Im 1. Drittel erfolgten die Angriffe der Schweden etwas häufiger als die der Schweizer. Ein scharfer Schuß von Fürst prallte dann auch von Eberles Schläger ins Schweizer Tor. 1 : 0 für Schweden. Jetzt wurden auch die Schweizer warm und griffen heftiger an. Sie hatten aber erst dann Erfolg, als nach einem Durchbruch Cattinis die Scheibe von Carlssons Schläger zu R. Torriani kam, der scharf plaziert zum Ausgleich einsandte. Im 2. Drittel hatten die Schweden wieder etwas mehr vom Spiel. Die Verteidigung beider Mannschaften war aber sehr auf dem Posten. Das Schlußdrittel nahm einen ziemlich ausgeglichenen Verlauf, ohne daß sich besonders Aufregendes ereignete. Keiner Mannschaft gelang der siegbringende Treffer.

In den Pausen liefen Nikkanen, der von Tag zu Tag besser wird, und Sonja Henie. Der Jubel der Berliner war unbeschreiblich, von den Rängen und Logen regnete es Blumen über Blumen.

Oesterreich — Tschechoslowakei 3 : 0

Von den fünf an der Endrunde um die Europameisterschaft im Eishockey teilnehmenden Mannschaften standen sich am Donnerstag die von Oesterreich und der Tschechoslowakei gegenüber. Die Mannschaft der Oesterreicher, die den Titel zu verteidigen hat, war meist etwas überlegen und gewann völlig verdient mit 3 : 0 (2 : 0, 1 : 0, 0 : 0) Toren. Allerdings hatten die Tschechen das Pech, den recht gut in Form befindlichen Dorazil durch eine Verletzung zu verlieren. Der famos arbeitende Brück schoß vier Minuten vor Schluß des ersten Drittels den Führungstreffer, und drei Minuten später erhöhte Göbl auf 2 : 0. Auch im zweiten Spielabschnitt hielt die österreichische Ueberlegenheit an. Gleich nach Beginn erzielte Göbl das 3. Tor. Mit diesem Vorsprung gab sich die österreichische Mannschaft augenscheinlich zufrieden.

Zum 84. Male Oxford — Cambridge

Einer der berühmtesten und traditionsreichsten sportlichen Wettbewerbe in der ganzen Welt ist der Ruderkampf zwischen den Achtermannschaften der Universitäten Oxford und Cambridge, der am Sonnabend auf der Themse bei London zum 84 Male zur Entscheidung gelangt. Der erste

Sonntagsprogramm

Beuthen:

10 Uhr: **Gauwaldlaufmeisterschaften der Leichtathleten** (Renndreieck Dombrowa).

Miechowitz:

15 Uhr: **SV. Miechowitz — Spielvereinigung Beuthen**, Pokalspiel (Sportplatz am Grzyberg).

Gleiwitz:

15 Uhr: **Vorwärts-Rasensport — Beuthen 09**, Südostdeutsche Fußballmeisterschaft (Jahn-Stadion).

20 Uhr: **Schaukämpfe der Tischtennisweltmeister**, (Haus Oberschlesien).

Hindenburg:

15 Uhr: **SV. Delbrück — SV. Ostrog 1919**, 1. Aufstiegsspiel (Fabregasportplatz).

Lamsdorf:

15 Uhr: **Preußen Lamsdorf — Wartburg Kreuzburg**, Handballmeisterschaft des OSSV.

---

derartige Wettkampf fand am 10. Juni 1829 zwischen dem St. John's College der Cambridge Universität und dem Christ College Oxford statt und wurde von Oxford leicht gewonnen. Im Jahre 1877 gab es das einzige tote Rennen, das die Geschichte von Oxford-Cambridge verzeichnet. Nach Beendigung des Weltkrieges begann eine Hegemonie von Cambridge; nur einmal, im Jahre 1924, wurden die „Hellblauen" in der Nachkriegszeit geschlagen, und bei dem bevorstehenden Rennen bietet sich ihnen die Chance, den von Oxford aufgestellten Rekord von neun hintereinander gewonnenen Rennen zu erreichen. Auf Grund der Trainingsleistungen geht Cambridge auch diesmal als Favorit an den Start; der Achter dieser Universität erreichte vor einigen Tagen auf der 6840 Meter langen Rennstrecke von Putney nach Mortlake die sehr gute Zeit von 18:48 (Rekord von Oxford 18:29 im Jahre 1911), während die beste Trainingszeit von Oxford fast eine volle Minute langsamer war.

Beuthens Kegler führen noch

Dreistädtekampf vor dem Abschluß

Am vergangenen Sonntag fand der 2. Lauf im Städtekampf statt. Es wurde erbittert gekämpft! Gleiwitz und Hindenburg gaben sich die größte Mühe, um das Minus, das sie in Beuthen im 1. Lauf verloren haben, wieder aufzuholen. Einen Teil der Punkte haben Gleiwitz und Hindenburg aufgeholt, aber es wird ihnen doch schwer fallen, beim 3. Lauf, der in Gleiwitz stattfindet, den Sieg zu erreichen. Die Ergebnisse des 2. Laufes, je 1000 Kugeln und Stadt, sind folgende: Gleiwitz 7187, Hindenburg 7248 und Beuthen 7125 Holz. Somit geht Beuthen vor Gleiwitz mit 158 Plus, Beuthen vor Hindenburg mit 181 Holz Plus in den Endkampf. Nach Schluß des Kampfes in dem schönen Keglerheim in Hindenburg gab Weißgerber die Ergebnisse bekannt.

Bellak und Szabados

Vollendetes Spiel der Tischtennis-Weltmeister

(Eigener Bericht.)

Beuthen, 18. März.

Das Auftreten der Ungarischen Tischtennisweltmeister Szabados und Bellak im Beuthener Konzerthaussaale hatte seine Zugkraft nicht verfehlt. Die **technisch vollendete Spielweise der Ungarn** riß das zahlreiche Publikum wiederholt zu großen Beifallstürmen hin. Den Höhepunkt des Abends bildete der Schaukampf der beiden Weltmeister. Was hier an raffinierter und virtuoser Tischtenniskunst gezeigt wurde, ist kaum noch zu überbieten. Diese großartig gelungene Veranstaltung wird dem Beuthener Tischtennissport zu einem Aufstieg verhelfen.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Oberschlesischen Tischtennisverbandes, Kosekí, wechselten die Ungarn einige Trainingsbälle, die den Zuschauern starken Applaus abzwangen. Darauf spielte Bellak gegen den Beuthener Stadtmeister Hassa. Der junge Beuthener lieferte ein ansprechendes Spiel und unterlag mit 21:18, 21:5. Der Schlesische Meister, Ronge, kämpfte anfangs gegen Szabados recht unsicher, lief aber schließlich zur gewohnten Form auf. Doch reichte sein Können nicht, um dem ausgezeichnet spielenden Ungarn gefährlich zu werden. Mit 21:10, 21:12 siegte Szabados sicher. In einem Doppelspiel siegten Bellak/Szabados, verhaltend spielend, gegen das Oberschlesische Meisterpaar Prysok/Fröhlich leicht mit 21:12, 21:11. Einen ausgezeichneten Kampf lieferten sich darauf Bellak und Ronge. Der Beuthener zeigte glänzende Paraden und unterlag ehrenvoll mit 21:15, 21:13. Hassa verlor nach schönem Spiel gegen Szabados mit 14:12 und 7:21. Bellak gewann gegen Fröhlich, der recht unsicher spielte, mit 21:6, 21:8, während Szabados Prysok mühelos mit 21:6, 21:15 abfertigte. Danach trugen Hassa und Ronge einen spannenden Kampf aus. Knapp mit 19:21, 21:13, 21:15 blieb Ronge erfolgreich. Der letzte Kampf des Abends zwischen den beiden Weltmeistern Szabados und Bellak brachte noch einmal fabelhafte Tischtenniskunst. In einem abwechslungsreichen, prachvollen Match siegte Szabados mit 21:19, 19:21, 23:21 und 21:18.

Am Sonnabend spielen die Ungarn in Hindenburg um 20 Uhr im Konzerthaus. Am Sonntag beschließen sie ihre Oberschlesienreise mit einem Schaukampf in Gleiwitz, der um 17,30 Uhr im Münzersaale des „Haus Oberschlesien" beginnt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Seifter, Bielsko.
Druck: Kirsch & Müller, Sp. ogr. odp., Beuthen OS.

Der Landtag stirbt — in Beschlußunfähigkeit

Wahlalter nicht heraufgesetzt

Letzte Wahlreden im Parlament selber — Welcher Landtag ist nach der Neuwahl zuständig?

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 18. März. „Geboren im Jahre 1928, selig entschlafen am 18. März 1932", so wird es in der Parlamentsgeschichte von diesem Preußischen Landtag heißen. Es ist kaum anzunehmen, daß er sich noch einmal während seiner bis zum 22. Mai 1932 gültigen Wahlperiode zusammenfindet. Präsident Wittmaack hat sich zwar das Recht nochmals vorbehalten, kündete aber mit gewisser Sentimentalität an, daß die heutige Sitzung wahrscheinlich die letzte gewesen sei. Ein seltsamer Zustand ergibt sich. Am 24. April wird der neue Landtag gewählt, aber der alte bleibt nach dem formalen Recht der Verfassungsbestimmungen bis zum 22. Mai gültig. Was dann, wenn Fragen auftauchen sollten, die den Zusammentritt des Preußenparlaments verlangen? Wer hat dann das Vorrecht, der alte oder der neue Landtag? Hoffen wir der neue . . .

Der Höhepunkt des letzten Tages war die programmatische Rede des preußischen Volksparteiführers Stendel. Er kämpft gegen zwei Fronten, unterstützt nochmals die Kandidatur Hindenburgs, erklärt aber dem Kabinett Brüning und der Preußenregierung schärfsten Kampf. Die Deutsche Volkspartei lehnt die Verkürzung des Wahlkampfes und den Oster-Burgfrieden ab. Man müsse auch in diesen Fragen Objektivität bewahren. Die Preußenregierung stehe den Dingen aber rein subjektiv gegenüber. Mit scharfen Worten geißelt Stendel die Personalpolitik und die einseitigen Sparmaßnahmen des Ministeriums, aber so exakt diese Kritik auch wirkt und so groß die Resonanz sie vielleicht früher gehabt hätte, das Hohe Haus fühlt seit langem die Sterbestunde. Die Fraktionen feierten im Landtags-Erfrischungsraum Abschied. Mancher wird nicht wiederkehren. Eine Entscheidung des Hohen Hauses (über den wirtschaftsparteilichen Antrag auf Herabsetzung des Wahlalters) stand noch aus. Energische Reden klangen noch einmal auf. Man begeistert sich schon am Wahlkampf. Aber als schließlich der Präsident die Abstimmung vornimmt, erweist sich die längst gehegte Ahnung als richtig: Das Haus ist beschlußunfähig. **Nur 105 Karten werden gezählt. Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschnationale geben keine Karten ab, obwohl das Haus dicht besetzt ist.** Kurze Glockenzeichen. Vertagung. Dann noch ein schlecht gesungener Chor der Kommunisten, und dieser Preußische Landtag zog in die Geschichte ein. Minuten später schon sah man Mitglieder des Hohen Hauses mit Koffern zu den Bahnhöfen eilen.

Sitzungsbericht

Abg. Stendel (DVP.) erinnert an die Einmütigkeit, mit der kürzlich der Landtag das litauische Vorgehen gegen das Deutschtum im Memelland zurückgewiesen hat und verlangt schärfste Maßnahmen, die allein Litauen klar machen könnten, daß Deutschland seine im abgetretenen Gebiet lebenden Volksgenossen zu schützen bereit sei.

Die Mittelparteien begrüßten die hohen Stimmenziffer, die Hindenburg schon im ersten Wahlgang erhielt. Er bedauert, daß eine völlige Einigkeit für Hindenburg nicht zu erzielen war. Es sei zu beklagen, daß im Wahlkampf Beschimpfungen gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen worden sind. Erfreulich ist, daß Herr Duesterberg in **vornehmer Weise seine Kandidatur zurückgezogen hat.**

Wir haben uns mit aller Kraft für Hindenburg eingesetzt, obwohl wir mit dem Kabinett Brüning in schärfstem Kampfe stehen. Ein Kampf um Preußen mit einer so kurzen Wahlvorbereitung unter Einschaltung sogar noch eines Osterfriedens ist eine Herausforderung der Opposition. Noch schlimmer ist, daß man versucht, durch ein Aneinanderschieben der Reichspräsidenten- und Landtagswahlen beide Wahlen in ihrer Struktur zu verwischen. Soll der Rundfunk mit aller Gewalt zu einem Mittel des politischen Kampfes gemacht werden, so muß er auch der Opposition zur Verfügung stehen. Die Demokratie, wie die Regierungsparteien sie auffassen, sei nichts anderes als die Fürsorge für eigenen Parteimitglieder. Die Opposition sei steigend mit immer neuen Methoden von der Mitarbeit ausgeschaltet worden. Der Redner übt scharfe Kritik an der Personalpolitik der Preußischen Regierung, die eine

reine Parteipolitik

sei. **Wenn jetzt ein großer Teil des deutschen Volkes dem nationalsozialistischen Gedanken zugefallen sei**, so habe gewiß die Wirtschaftskrise auch dazu beigetragen, **ein gerüttelt Maß von Schuld aber trage die Politik der Preußischen Regierung.** Was jetzt in der Presse über den beabsichtigten nationalsozialistischen Aufmarsch mitgeteilt werde, sei gewiß aufsehenerregend, aber **man habe schon zu oft erlebt, daß solche Nachrichten sich später als erheblich übertrieben herausgestellt hätten.** Bei den kommenden Wahlen zum Preußischen Landtag werde **der Kampf der Deutschen Volkspartei der Beseitigung des Parteistaates gelten."**

Abg. Falk (Staatspartei): Die Notwendigkeit einer 2. Wahl sei ein Unglück für die deutsche Wirtschaft, da politische Erschütterungen die wirtschaftliche Entwicklung störten. Der Osterfriede sei zu begrüßen. Die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß die individualistische Wirtschaft versagt habe und nur die Gemeinwirtschaft zum gewünschten Ziele führe, teilt der Redner nicht. Wenn die Wirtschaft versagt habe, so liege das nicht am System; **den gegenwärtigen Notzeiten sei eben kein Wirtschaftssystem gewachsen.** Der Redner beschäftigt sich dann mit den Gemeindefinanzen und bezeichnet deren Stabilisierung als dringendes Erfordernis.

Abg. Haase, Liegnitz (WP.) erklärt, daß **die Verwaltungskosten in Preußen noch immer viel zu hoch seien.**

Ein hierauf von den Nationalsozialisten mit der Begründung **„dem Landtag das Sterben etwas leichter zu machen"**, eingebrachter Antrag auf Schluß der Aussprache, wird abgelehnt.

Abg. Pohl (Volksrechtspart.) ist der Ansicht, daß der Staat nie in die jetzige finanzielle Notlage gekommen, wenn rechtzeitig der verschwenderischen Ausgabenwirtschaft ein Ende gemacht worden wäre.

Abg. Baecker (Landv.) nennt die Aeußerungen des Ministerpräsidenten Braun über den Ausfall der Reichspräsidentenwahl in Ostpreußen unmoralisch und töricht. Trotz schärfster grundsätzlicher Opposition gegen die Preußische Staatsregierung empfinde das Landvolk doch immer die Pflicht zu verantwortungsvoller Mitarbeit. **Bei den Preußenwahlen werde das Landvolk sich dafür einsetze, daß Preußen wieder ein christliches, deutsches und auf den bodenständigen Kräften des Landes ruhendes, mit einem Wort: Ein gut preußisches Regiment bekomme.**

Damit ist die erste Lesung des Haushaltsplans für 1932 beendet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines von der Wirtschaftspartei eingebrachten Gesetzentwurfs auf

Hinaufsetzung des Wahlalters

in Preußen von 20 auf 25 Jahre.

Abg. Hestermann (WP.) gibt eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der der Antrag auf Hinaufsetzung des Wahlalters damit begründet wird, daß die bisherige seit 1918 bestehende Regelung sich nicht zum Wohle des Staates ausgewirkt habe. — Die Erklärung wird durch fortgesetzte Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen.

Bei der namentlichen Abstimmung über den einzigen Artikel des wirtschaftsparteilichen Gesetzentwurfes **werden nur 105 Karten abgegeben. Das Haus ist also beschlußunfähig.**

Der Präsident teilt mit, daß man am Schlusse der voraussichtlich letzten Sitzung stehe. Er behalte sich jedoch vor, den Landtag vor Ablauf der Wahlperiode noch einmal zusammenzuberufen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. **Um 17 Uhr wird die Sitzung geschlossen.**

Das endgültige Ergebnis des 13. III.

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. März. Der Reichswahlausschuß hat das vorläufige endgültige Ergebnis der Reichspräsidentenwahl festgestellt. Insgesamt wurden 37 658 036 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

Duesterberg	2 558 939 =	6,8 %
von Hindenburg	18 654 690 =	49,6 %
Hitler	11 341 360 =	30,1 %
Thälmann	4 982 939 =	13,2 %
Winter	111 486 =	0,3 %
Zersplittert	8 622	

Auf Grund dieser Angaben hat der Reichswahlausschuß festgestellt, daß **unzweifelhaft keiner der Anwärter mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen** erhalten hat und daß Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl nicht bestehen.

Aufruf der Hindenburg-Ausschüsse

Berlin, 18. März. Die Vertreter der Hindenburgausschüsse aus den Ländern und den preußischen Provinzen beschlossen nach Austausch der Erfahrungen, die Organisation der Ausschüsse auszubauen und mit der größten Energie in den zweiten Wahlgang einzutreten. Das Kuratorium der Hindenburgausschüsse tritt mit einer Erklärung an die Oeffentlichkeit, in der es heißt:

„Es besteht die Gefahr, daß wegen der Größe des Erfolges manche Wähler glauben, ihre Stimmen seien im zweiten Wahlgang nicht mehr nötig, während die Gegner zu doppelten Anstrengungen angetrieben werden. Niemand darf am 10. April der Wahl fernbleiben. Niemand darf es unterlassen, durch Aufklärung neue Stimmen zu gewinnen. Denn unser Ziel muß sein, daß der Reichspräsident im zweiten Wahlgang noch erheblich mehr Stimmen erhält. Darum tue jeder seine Pflicht."

Beschlüsse der Deutschen Volkspartei

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. März. In der heutigen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei kam der einmütige Wille zum Ausdruck, **die gesamte Stoßkraft der Partei, die selbständig in den Kampf eintreten wird, für die Beseitigung der Herrschaft der Weimarer Koalition in Preußen einzusetzen.** Begrüßt wurde allseitig das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl. Es wurde als selbstverständliche Pflicht aller Volksparteiler erklärt, **Wahlmüdigkeit und Flaumacherei auf das schärfste zu bekämpfen und auch im zweiten Wahlgang alle Kräfte für Hindenburg einzusetzen.**

Aufruf des Grafen Westarp

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. März. Graf Westarp übergibt der Oeffentlichkeit eine Erklärung, in der er dazu aufruft, **durch Wiederwahl Hindenburgs Deutschlands Stellung im außenpolitischen Entscheidungskampf zu stärken.** Alle nationalen Frauen und Männer müßten bekunden, **daß das deutsche Volk geschlossen hinter seinem Präsidenten als dem Führer im Freiheitskampf stehe**, gewillt, **den Kampf gegen Tribute, einseitige Entwaffnung und Kriegsschuldlüge bis zum vollen Siege durchzuführen.** An alle, die am 13 März ihre Stimme noch einem anderen nationalen Kandidaten gegeben **haben**, ergehe der dringende Ruf, der Selbstzerfleischung Einhalt zu tun.

Die Veröffentlichung der Notverordnung über die Biersteuersenkung ist verschoben worden. Das Reichskabinett hat nochmals technische Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs durchberaten.

*

In Verhandlungen mit dem Preiskommissar haben die Organisationen der Hebammen sich bereiterklärt, **die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung weitestgehend zu berücksichtigen.**

Von der Tänzerin Winkelstern totgefahren

Berlin. Die Tänzerin Marianne Winkelstern überfuhr an der Kreuzung Kantstraße und Kaiser-Friedrich-Straße den fünfzig Jahre alten Oberingenieur Rudloff. Dieser war sofort tot. Die Tänzerin erlitt, als sie dies bei der Vernehmung auf dem Polizeirevier erfuhr, einen schweren Nervenschock. Zu dem Unglück erklärte sie, vor dem Getöteten habe ein Ehepaar den Fahrdamm überquert. Rudloff sei den beiden in einem Abstand von wenigen Meter gefolgt. Als er den Wagen bemerkte, sei er zurückgesprungen. Sie habe nun geglaubt, freie Fahrt zu haben und wieder Gas gegeben. In diesem Augenblick müsse der Ingenieur sich eines anderen besonnen haben, denn er sei wieder vorgesprungen und habe versucht, noch rasch an ihrem Wagen vorbeizukommen. Sie habe den Wagen scharf nach rechts abgedreht. Trotzdem sei die Geschwindigkeit zu groß gewesen, und sie habe nicht mehr verhindern können, daß der linke Kotflügel ihres Wagens den Mann umriß.

Die ersten kriminalpolizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß Rudloff von dem Wagen der Künstlerin nicht überfahren worden ist. Es haben sich keinerlei Merkmale dafür am Körper des Toten gezeigt. Rudloff ist wahrscheinlich mit dem Kopf auf die Bordschwelle geschlagen und hat sich dabei den Schädelbruch zugezogen. Die bevorstehende Obduktion der Leiche wird ergeben, ob ihre ersten Feststellungen den Tatsachen entsprechen.

Handel • Gewerbe • Industrie 

Oderschiffsverkehr am Montag

Durch den eingetretenen Wasserwuchs Ratibor am 17. 3.: 2.42 m Höchststand, wird das Auffüllen der einzelnen Stauhaltungen auf der Oberoder beschleunigt. Im Bezirk des Wasserbauamtes Oppeln ist bereits der größte Teil der Wehre aufgerichtet und teilweise mit Wehrnadeln dicht gesetzt. Brieg ist ebenfalls seit heute mit dem Anstauen stark beschäftigt, und ebenso wird Breslau sich anschließen. Somit wird **am Montag, dem 21. März, auf der Oberoder der Schiffsverkehr zu Tal und zu Berg in vollem Umfange aufgenommen.** Cosel-Hafen hat heute bereits die ersten Kohlengenehmigungen mit grubenseitigem Ausgang per 21. d. M. erteilt. Die Mitteloder ist vollkommen eisfrei; in Ransern werden heute Fahrzeuge bis 1,50 m Tauchtiefe geschleust, doch dürfte bei dem bestehenden Wasserstand diese Beschränkung schon morgen aufgehoben werden. Der Oderspreesowie Hohenzollernkanal ist, wie berichtet, für den Schiffsverkehr frei, und lediglich die Unteroder weist noch Eisversetzungen auf.

Berliner Börse

Geringe Kursveränderungen

Berlin, 18. März. Der heutige Börsenverkehr zeigte zu Beginn recht widerstandsfähige Haltung. Das Geschäft war allerdings sehr klein. Der Hauptgrund für diese Lähmungserscheinungen dürfte wohl der sein, daß die Kreugerkrise an den Weltbörsen doch noch nicht so ganz verschmerzt ist, wie der Verlauf der gestrigen Stockholmer und auch der Baseler Börse bewies, und daß eine ziemlich starke Unsicherheit hinsichtlich der Weiterentwicklung dieser Dinge besteht. Trotz aller Maßnahmen schreitet auch in Amerika die Besserung nicht voran, und es bleibt abzuwarten, ob es in London gelingt, mit der angefangenen Zinsverbilligungspolitik die Wirtschaft zu beleben. Nachdem sich schon gestern abend gegen die Höchstkurse kleine Abschwächungen gezeigt hatten, eröffneten die Hauptmärkte heute etwa auf dieser ermäßigten Basis. Etwas lebhafteres Geschäft hatten wieder Montanwerte, doch waren die Kursveränderungen ebenfalls nur gering. Reichsbankanteile konnten sich unter Berücksichtigung des heute erfolgten Dividendenabschlages von 10,8 Prozent eher etwas befestigen. Auch Farben und Elektrowerte wurden etwa auf gestriger Basis gehandelt. Am Kalimarkt lagen Westeregeln anscheinend auf ein Zufallsangebot 2 Prozent niedriger, während sich Burbach nach den Abschwächungen der Vortage etwas erholen konnten.

Am Kassamarkt zeigten die meisten Papiere nur geringe Kursveränderungen, die Tendenz war auch an diesem Markte im allgemeinen lustlos. Am Geldmarkt wurden unveränderte Sätze genannt, am Devisenmarkt änderte sich mit Ausnahme einer Besserung um 10 Pfg. beim Gulden und einem Rückgang um 15 Pfg. bei Oslo fast überhaupt nichts.

Breslauer Börse

Freundlicher

Breslau, 18. März. Die Tendenz der heutigen Börse war bei etwas lebhafterem Geschäft freundlicher. 8prozentige Bodenpfandbriefe leicht befestigt. Ebenso zeigte sich Interesse für Bodenkulturobligationen. Landschafts-Bodenpfandbriefe ½ Prozent höher. 8prozentige Landschaftliche Goldpfandbriefe wurden gegen Börsenschluß sehr gesucht. Stadtanleihe waren heute etwa 1 Prozent höher. Interesse zeigte sich für Niederschlesische Provinz-Goldobligationen bei gut behaupteten Kursen. Am Aktienmarkt waren die Umsätze nicht wesentlich.

Berliner Produktenmarkt

Weizen weiter schwächer

Berlin, 18. März. Nach ruhigem, aber ziemlich stetigem Vormittagsverkehr nahm die Produktenbörse wieder einen überwiegend schwächeren Verlauf. Anregungen vom Mehlabsatz her fehlen weiterhin, so daß die Mühlen nur vorsichtig disponieren. Infolgedessen findet das herauskommende Inlandsangebot, das sich bei Weizen zur Kahnverladung etwas verstärkt hat, nur schwer Unterkunft. Am Prompt-Markte lauteten die Gebote für Weizen etwa 2 Mark niedriger, und auch für Roggen waren gestrige Forderungen nicht immer durchzuholen, obwohl der Hauptteil des mäßigen Offertenmaterials an deutschem Roggen bereits von den Provinzmühlen aufgenommen wird. Am Lieferungsmarkt kamen die Notierungen wieder nur zum Teil zustande, wobei Weizen bis 1½ Mark, Roggen bis 1 Mark schwächer eröffnete. Weizenmehle waren in den Forderungen im Zusammenhang mit den leichteren Einkaufsmöglichkeiten etwas ermäßigt, haben aber ebenso wie Roggenmehl schleppendes Geschäft. Am Hafermarkt ist das Prompt-Angebot für die geringe Konsumnachfrage ausreichend, die Lieferungspreise waren nicht immer behauptet. Gerste lustlos. Für Weizen- und Roggenexportscheine nannte man gestrige Briefpreise.

Breslauer Produktenmarkt

Matt

Breslau, 18. März. Die Tendenz für Weizen und Roggen war matt. Die Gebote lauteten für Weizen 2 bis 3 Mark und für Roggen 2 Mark niedriger als gestern. Auch Hafer und Industriegersten waren schwächer und nur bei 1 Mark niedrigeren Preisen unterzubringen.

Arbeitsmarktlage und Arbeitsbeschaffungsprogramm

Amtliche Stellen rechnen mit einer saisonmäßigen Arbeitsmarktentlastung für den Sommer in Höhe von rund 800 000 bis 1 Million Personen. Diese Ziffer ist verhältnismäßig geringfügig in Anbetracht der heutigen Arbeitslosenziffer von fast 6.2 Millionen, zu der noch mehrere hunderttausend hinzukommen, die (weil z. B. auf Wanderschaft befindlich) als arbeitslos überhaupt nicht statistisch erfaßt sind. Der freiwillige Arbeitsdienst hat trotz aller bürokratischer und gewerkschaftlicher Schwierigkeiten bisher recht gut eingeschlagen; **innerhalb der letzten 6 Monate hat die Reichsanstalt 1000 Arbeitsprojekte anerkannt, die für rund 30 000 Arbeitsfreiwillige Beschäftigung geben;** in dem Bereich des Landesarbeitsamtes der Rheinprovinz allein sind in den Monaten November-Februar Projekte mit 590 000 Tagewerken anerkannt worden. Zweifellos besteht an sich noch sehr starker Arbeitsbedarf. Allein für Meliorationen, Regulierungen, Straßen- und Eisenbahnbau usw. sind in den letzten 5 Jahren Arbeiten mit einem Gesamtkostenaufwand von 2 Milliarden Mark durchgeführt worden. Würde die Kapitalbeschaffung ermöglicht werden, könnte z. B. allein aus der normalen Instandsetzungsarbeit des Wegebaues (dieser Begriff im weiteren Sinne gefaßt) ein Betrag von 1 bis 1,2 Milliarden Mark arbeitsmarktmäßig verwendet werden; **ein Drittel des gesamten Ackerbodens ist an sich dränierungsbedürftig;** der bauliche Zustand der Altwohnungen ist teilweise so vernachlässigt, daß an sich nur für Instandsetzungsarbeiten dieser Art eine Beschäftigungsmöglichkeit für 200 000 bis 300 000 Arbeiter besteht; für alle diese und ähnliche Dinge fehlt aber das Geld.

Angesichts des fehlenden privaten Kapitals sind in der letzten Zeit wiederholt Maßnahmen staatlicher Arbeitsbeschaffung unter Bereitstellung öffentlichen Kapitals gefordert worden. Eine im richtigen Augenblick anzusetzende öffentliche Arbeitsbeschaffung hätte mittels der überhöhten Steuereinziehungen zweifellos möglich gemacht werden können; diese Funktion eines Arbeitsmarktregulators im Augenblick einer Konjunkturschwäche kann die öffentliche Hand aber nicht mehr ausüben, weil sie **die überhöhten Steuern vorzeitig unnütz ausgegeben hat.** Heute ist mit sog. „produktiver Arbeitslosenfürsorge" für tatsächlich unproduktive Zwecke die wirtschaftliche Lage nicht mehr zu retten. Außerdem wäre eine Bereitstellung von Mitteln für künstliche Experimente im jetzigen Augenblick mit den reparationspolitischen Hinweisen auf die deutsche Zahlungsunfähigkeit nicht in Einklang zu bringen; sie würde auch vom Ausland, das nach wie vor rein privatwirtschaftlich denkt, als staatssozialistisches Experiment, das nach unnötigem Kostenaufwand doch fehlschlagen müsse, zu unserem Nachteil gewertet werden. Ganz abgesehen davon sehen aber die meisten dieser Arbeitsbeschaffungspläne, die fast alle irgendwie vom Baumarkt ausgehen, die künftige Entwicklung falsch. In der Nachkriegszeit ist die staatliche Baupolitik von der grundsätzlich falschen Vorstellung ausgegangen, daß die deutsche Bevölkerungsentwicklung der Zukunft großstadt-orientiert sei; aus diesem Grunde ist der größte Teil des für Bauzwecke verausgabten Kapitals **in Großstädten falsch angelegt worden.** Jetzt stellt sich immer mehr heraus, daß die städtische Bevölkerung sich schon seit Jahren nur durch Zuwanderung ergänzt hat, daß diese Zuwanderung jetzt aber nicht mehr erfolgt, daß vielmehr im Gegenteil eine **Rückwanderung von der Stadt zum Land größten Ausmaßes in Erscheinung zu treten beginnt.**

Diese Entwicklung wird noch dadurch beschleunigt, daß die Sterblichkeitsziffer der städtischen Bevölkerung weit über der Reichsdurchschnittsziffer liegt, und daß schon deshalb im Laufe der Jahre die Stadtwohnungen früher zum Leerstehen kommen werden als die Landwohnungen. Weiter ist mit industriellen Standortsverschiebungen zu rechnen, die auf Kosten der Großstädte gehen werden. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Bevölkerungsschicht, die in den Großstädten am stärksten wohnbedürftig ist, infolge langer Arbeitslosigkeit die Mieten auch für noch so billige Neubauwohnungen nicht aufbringen kann, so daß die öffentliche Hand schon sehr bald zu Mietszuschüssen gezwungen wäre, die natürlich entsprechenden finanziellen Fehlbedarf an andern, ebenso wichtigen Stellen zur Folge haben würde. Alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen deshalb nicht auf der jetzigen Großstadt-Wirtschaft beruhen, sondern sich nur darauf erstrecken, die unausbleibliche Rückentwicklung von der Stadt zum Land in irgendeiner direkten oder indirekten Weise zu fördern.

Im allgemeinen bleibt das Angebot zwar klein, jedoch ist die Nachfrage noch geringer. Bei Roggen drückten die Offerten auf Russenroggen. Am Futtermittelmarkt war die Tendenz ebenfalls ruhiger und wurden Untergebote insbesondere bei Kraftfutter von 5 bis 10 Pfennig akzeptiert. Die Umsätze blieben infolge der geringen Kauflust sehr klein.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 18. März 1932.

Weizen	
Märkischer	245—247
„ März	258
„ Mai	262
„ Juli	—
„ Sept.	231
Tendenz: matter	
Roggen	
Märkischer	194—196
„ März	—
„ Mai	200
„ Juli	202
„ Sept.	187½
Tendenz: schwächer	
Gerste	
Braugerste	182—189
Futtergerste und Industriegerste	169—177
Wintergerste, neu	
Tendenz: stetig	
Hafer	
Märkischer	154—161
„ März	169—168½
„ Mai	178½
„ Juli	177
Tendenz: schwächer	
für 1000 kg in M. ab Stationen	
Mais	
Plata	—
Rumänischer	—
für 1000 kg in M.	
Weizenmehl	30¾—34½
Tendenz: kaum behauptet	
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin	
Feinste Marken üb. Notiz bez.	
Roggenmehl	
Lieferung	26.75—27,90
Tendenz: ruhig	
Weizenkleie	10.80—11.10
Weizenkleiemelasse	
Tendenz: kaum behauptet	
Roggenkleie	10.40—10.70
Tendenz: ruhig	
für 100 kg. brutto einschl. Sack in M. frei Berlin	
Raps	
Tendenz:	—
für 1000 kg in M. ab Stationen	
Leinsaat	—
Tendenz:	
für 1000 kg in M.	
Viktoriaerbsen	19.00—26.00
Kl. Speiseerbsen	21.00—24.00
Futtererbsen	15.00—17.00
Peluschken	16.50—18.50
Ackerbohnen	15.00—17.00
Wicken	16.00—19.50
Blaue Lupinen	11.00—12.00
Gelbe Lupinen	15,00—17.00
Seradella, alte	—
„ neue	33,00—38.00
Rapskuchen	—
Leinkuchen	12,50
Erdnusskuchen	—
Trockenschnitzel prompt	8,60—8,70
Sojabohnenschrot	12.90
Kartoffelflocken	16,90 - 17 30
für 100 kg in M ab Abladestat. märkische Stationen für den ab Berliner Markt per 50 kg	
Kartoffeln, weiße	—
„ rote	—
Odenwälder blaue	—
„ gelbfl.	—
„ Nieren	—
Fabrikkartoffeln pro Stärkeprozent	—
Allg. Tendenz:	

Breslauer Produktenbörse

Getreide Tendenz: abgeschwächt

	18. 3.	17. 3.
Weizen (schlesischer) Hektolitergewicht v. 74,5 kg	249	251
„ „ 78 „	253	255
„ „ 72 „	239	241
Sommerweizen, hart, glasig 80 kg	—	—
Roggen (schlesischer) Hektolitergewicht v. 71,2 kg	280	210
„ „ 72,5 „	—	—
„ „ 69 „	204	206
Hafer, mittlerer Art u. Güte neu	157	157
Braugerste feinste	198	198
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	181	183
Wintergerste 63—64 kg	—	—
Industriegerste 63—64 kg	181	183

Hülsenfrüchte Tendenz: mehr Nachfrage

	18. 3.	15. 3.		18. 3.	15. 3.
Vikt.-Erbs.	24-26	22-26	Pferdebohn.	15-16	1 -16
gelb. Erbs. m.	-	-	Wicken	18-20	18-20
kl. gelb. Erbs.	-	-	Peluschken	17-19	17-19
grüne Erbs.	32-35	32-35	gelbe Lupin.	15-16	15-16
weiße Bohn.	18-20	18-19	blaue Lupin.	13-14	13-14

Futtermittel Tendenz fest

	18. 3.	15. 3.
Weizenkleie	10,25—11.00	10.25 11.00
Roggenkleie	10,25—11,00	10,25 - 11,00
Gerstenkleie	—	—

Rauhfutter Tendenz stetig

	18. 3.	15. 3.
Roggen-Weizenstroh drahtgepr.	1,50	1 50
„ „ bindfgepr.	1,20	1.20
Gerste-Haferstroh drahtgepr.	1,50	1,50
„ „ bindfadgepr.	1, 0	1,20
Roggenstroh Breitdrusch	1,80	1,80
Heu, gesund trocken, neu	1.80	1,80
Heu, gut, gesund, trocken, alt	2,10	—
Heu, gut, gesund, trocken, neu	2,10	2,10
Heu, gut, gesund, trocken, alt	—	—

Mehl Tendenz: ruhiger

	18. 3.	17. 3.
Weizenmehl (Type 60%) neu	34¾	34¾
Roggenmehl*) (Type 70%) neu	30¼	30¼
Auszugmehl	40¾	40¾

*) 65%iges 1 RM teurer, 60%iges 2 RM teurer.

Warschauer Produktenbörse

Warschau, 18. März. Roggen 25—25,50, Dominium-Weizen 28—28,50, Weizen gesammelt 27,25—27,75, Roggenmehl 41—42, Roggenmehl 4 31—32, Weizenmehl luxus 45—50, Weizenmehl 0000 40—45, Roggenkleie 14—15, Weizenkleie grob 16—17, mittel 15—16, Hafer einheitlich 24,50—25,00, gesammelt 22,50—23,00, Graupengerste 22,75—23,25, Braugerste 23,75—24,75, Viktoriaerbsen 28—34, Felderbsen 27—30, Leinkuchen 24,50—25,00, Sonnenblumenkuchen 18—19, Rapskuchen 18—19, Raps 36—38. Stimmung ruhig.

Posener Produktenbörse

Posen, 18. März. Roggen Transaktionspreis 95 To. 24,75, Weizen Transaktionspreis 30 To. 25,00, Orientierungspreis 24,50—25,00, mahlfähige Gerste A 20,50—21,50, B 21,50—22,50, Braugerste 23.75—24,75, Hafer 20,75—21,25, Roggenmehl 65% 37—38, Weizenmehl 65% 37,50—39,50, Roggenkleie 15—15,50, Weizenkleie 14—15, grobe Weizenkleie 15—16, Raps 32—33, Senfkraut 30—35, Sommerwicken 22—24, Viktoriaerbsen 23—26, Folgererbsen 30—34, Peluschken 24—26, blaue Lupinen 11,50—12,50, gelbe Lupinen 16—17,00, Serradelle 30—32, roter Klee 160—210, weißer Klee 320—460, schwedischer Klee 130—150, englisches Reisgras 45—50. Stimmung ruhig.

Metalle

Berlin, 18. März. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Preis für 100 kg in Mark: 57¼.

Berlin, 18. März. Kupfer 50.50 B., 49.50 G., Blei 19 B., 17,50 G., Zink 20,75 B., 19.50 G.

London, 18. März. Kupfer, Tendenz fest, Standard per Kasse 33⅝—33¾, per 3 Monate 33⅝—33¾, Settl. Preis 33⅝, Elektrolyt 36½—37½, best selected 36½—37¾. Elektrowirebars 37½. Zinn, Tendenz fest, Standard per Kasse 130⅛—130⅜, per 3 Monate 131⅞—133⅛, Settl. Preis 130¼, Banka 140¼, Straits 133⅛, Blei, Tendenz stetig, ausländ. prompt 12½, entf. Sichten 12¾, Settl. Preis 12½, Zink, Tendenz fest, gewöhnl. prompt 12 15/16, entf. Sichten 13 5/16, Settl. Preis 13, Silber, prompt 18 1/16, auf Lieferung 18 3/16.

Berliner Viehmarkt

Ochsen

a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. jüngere	35
2. ältere	—
b) sonstige vollfleischige, 1. jüngere	32—34
2. ältere	—
c) fleischige	30—31
d) gering genährte	25—28

Bullen

a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	28—29
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	26—27
c) fleischige	24—25
d) gering genährte	21—23

Kühe

a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	24—27
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—23
c) fleischige	16—18
d) gering genährte	12—15

Färsen

a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes	30—33
b) vollfleischige	26—29
c) fleischige	20—25

Fresser

a) mäßig genährtes Jungvieh	17—23

Kälber

a) Doppellender bester Mast	—
b) beste Mast- und Saugkälber	42—50
c) mittlere Mast- und Saugkälber	33—45
d) geringe Kälber	20—30

Schafe

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 1) Weidemast	—
2) Stallmast	37—40
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel	35—37
c) gut genährte Schafe	29—31
d) fleischiges Schafvieh	30—34
e) gering genährtes Schafvieh	20—28

Schweine

a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—
b) vollfl. Schweine v. ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.	41
c) vollfl. Schweine v. ca. 200—240 Pfd. Lebendgew.	39—41
d) vollfl. Schweine v. ca. 160—200 Pfd. Lebendgew.	37—39
e) fleisch. Schweine v. ca. 120—160 Pfd. Lebendgew.	34—36
f) fleisch. Schweine unter 120 Pfd. Lebendgew.	—
g) Sauen	36—38

Auftrieb: Rinder 3035, darunter: Ochsen 728, Bullen 895, Kühe u. Färsen 1412, zum Sc lachthof direkt 144. Auslandsrinder 54. Kälber 3795, zum Schlachthof direkt —, Auslandskälber —, Schafe 7380, zum Schlachthof direkt 504. Schweine 18902, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 1338 Auslandsschweine —

Marktverlauf: Rinder ruhig, Kälber mittelmäßig, Schafe Schweine ruhig.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 18. März. Tendenz ruhig. März 5,90 B., 5,55 G., April 5.90 B., 5,55 G., Mai 5,90 B., 5,65 G., August 6.30 B., 6.10 G., Oktober 6,50 B., 6.35 G., November 6,60 B., 6,40 G., Dezember 6,75 B., 6,60 G.

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	18. 3. Geld	18. 3. Brief	17. 3. Geld	17. 3. Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	1,073	1,077	1,073	1,077
Canada 1 Can. Doll.	3,746	3,754	3,766	3,774
Japan 1 Yen	1,349	1,351	1,349	1,351
Kairo 1 ägypt. Pfd.	15,64	15,68	15,64	15,68
Istambul 1 türk. Pfd.	—	—	—	—
London 1 Pfd. St.	15,23	15,27	15,23	15,27
New York 1 Doll.	4,209	4,217	4,209	4,217
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,249	0,251	0,249	0.251
Uruguay 1 Goldpeso	1,728	1,7:2	1,728	1,732
Amstd.-Rottd. 100 Gl.	169,93	170,27	170,03	170,37
Athen 100 Drachm.	5,445	5,455	5.445	5.455
Brüssel-Antw. 100 Bl.	58,76	58,88	58,74	58,86
Bukarest 100 Lei	2,517	2,523	2,517	2,523
Budapest 100 Pengö	56,94	57,06	56,94	57,06
Danzig 100 Gulden	82 07	82,23	82,07	82,23
Helsingf. 100 finnl. M.	7,033	7,047	7,013	7,027
Italien 100 Lire	21,76	21,80	21,78	21,82
Jugoslawien 100 Din.	7,413	7,427	7,413	7,427
Kowno	41,98	42,06	41,98	42,06
Kopenhagen 100 Kr.	83,92	84,08	83,97	84.13
Lissabon 100 Escudo	13,89	13,91	13,89	13,91
Oslo 100 Kr.	82,27	82,43	82,42	82,58
Paris 100 Frc	16,57	16,61	16,57	16,61
Prag 100 Kr.	12.465	12,485	12,465	12,485
Reykjavik 100 isl. Kr.	67,73	67,87	67,73	67,87
Riga 100 Latts	79,72	79,88	79,72	79,88
Schweiz 100 Frc.	81,41	81,57	81,42	81,58
Sofia 100 Leva	3,057	3,063	3,057	3,063
Spanien 100 Peseten	32,12	32,18	32,12	32,18
Stockholm 100 Kr.	83,62	83,78	83,57	83,73
Talinn 100 estn. Kr.	109,39	109,61	109,39	109,61
Wien 100 Schill.	49.95	50.05	49,95	50,05
Warschau 100 Zloty	47,15—47,35		47,15—47,35	

Banknoten

Sorten- und Notenkurse vom 18. März 1932

	G	B
Sovereigns	20,38	20,46
20 Francs-St.	16,16	16,22
Gold-Dollars	4,185	4,205
Amer. 1000-5 Doll.	4,20	4,22
do. 2 u. 1 Doll.	4,20	4,22
Argentinische	1,04	1,06
Brasilianische	0,225	0.245
Canadische	3,72	3,74
Englische, große	15,19	15,25
do. 1 Pfd. u. dar.	15,19	15,25
Türkische	1,93	1,95
Belgische	58.60	58,84
Bulgarische	—	—
Dänische	83,73	84,07
Danziger	81,89	82,21
Estnische	108,88	109,32
Finnische	6,98	7 02
Französische	16,53	16,59
Holländische	169,56	170.24
Italien. große		
do. 100 Lire	22,11	22,19
und darunter	22,11	22,19
Jugoslawische	7,30	7,34
Lettländische	—	—
Litauische	41,72	41,88
Norwegische	82,09	82,41
Oesterr. große	—	—
do. 100 Schill. u. darunter	—	—
Rumänische 1000 u. neue 500 Lei	2,49	2,51
Rumänische unter 500 Lei	2,46	2.48
Schwedische	83,43	83,77
Schweizer gr.	81,23	81,55
do. 100 Francs u. darunter	81,23	81,55
Spanische	31,99	32,11
Tschechoslow. 5000 Kronen u. 1000 Kron.	12,41	12,47
Tschechoslow. 500 Kr. u. dar.	12,41	12,47
Ungarische	—	—
Reichsbank. Ostnotenkurse		
Kl. poln. Noten	—	—
Gr. do. do	46.95	47,35

Warschauer Börse

Bank Polski	84,50
Starachowice	6,75
Zieleniewski	10,00
Haberbusch	30,00

Dollar 8,90, Dollar privat 8,9025, New York 8,916, New York Kabel 8,921, Danzig 173,95, Holland 359,85, London 32,35—32,39, Paris 35,13, Prag 26,41, Schweiz 172.70, Italien 46,25, Pos. Konversionsanleihe 5% 39.00, Eisenbahnanleihe 5% 36,50—37,00, Dollaranleihe 6% 60 50—59.00, 4% 48,25—48,00—48,25, Bodenkredite 4½% 41,50. Tendenz in Aktien und Devisen uneinheitlich.